



IW-Report 36/2021

Wohlstand für alle? Inklusives Einkommenswachstum vor Corona

IW-Verteilungsreport 2021
Maximilian Stockhausen / Kai Maiworm

Köln, 25.09.2021

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Wesenszüge der Sozialen Marktwirtschaft	5
2 Verteilung des Volkseinkommens	7
3 Schwerpunktthema: Individuelle Arbeitseinkommen	9
3.1 Arbeitseinkommen in der Haupt- und Nebentätigkeit	10
3.1.1 Regionale Unterschiede	14
3.1.2 Unterschiede nach Erwerbsumfang	16
3.1.3 Unterschiede nach Arbeitseinkommensdezilen	20
3.1.4 Unterschiede nach Migrationshintergrund und Bildungsniveau	24
3.1.5 Entwicklung der relativen Ungleichheit der Arbeitseinkommen	26
3.2 Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit	28
3.2.1 Sektorale Unterschiede und Unterschiede nach Erwerbsumfang	28
3.2.2 Unterschiede nach Branchen (nur Vollzeit)	31
4 Arbeits- und Kapitaleinkommen auf Haushaltsebene	33
4.1 Entwicklung nominaler und realer Größen	33
4.2 Kapitaleinkommen nach unterschiedlichen Einkommensarten	35
4.3 Anteil der Haushalte mit positiven Einkünften aus Kapital und Arbeit	35
5 Haushaltseinkommen und Haushaltsnettoeinkommen	37
5.1 Entwicklung mit und ohne Bedarfsgewichtung sowie geschätzte Mietvorteile	37
5.2 Unterschiede nach Einkommensdezilen	41
5.3 Entwicklung der unteren 40 Prozent und der oberen 60 Prozent	46
5.4 Niedrigeinkommensquote und relative Armut	48
5.5 Entwicklung der relativen Ungleichheit der Haushaltseinkommen	50
6 Fazit	52
Abstract	54
Abbildungsverzeichnis	56
Literatur	58

JEL-Klassifikation:

D31 – Persönliches Einkommen, Vermögen und deren Verteilung

D33 – Funktionale Einkommensverteilung

I31 – Allgemeiner Wohlstand; Wohlergehen

I32 – Analyse und Messung der Armut

Zusammenfassung

Im Lichte der Bundestagswahl widmet sich der IW-Verteilungsreport 2021 der Frage, ob die besonders in Wahlkampfzeiten oft bemühte Behauptung einer sich weiter öffnenden Einkommensschere zwischen Arm und Reich der Faktenlage standhält. Dazu wird neben der Entwicklung der Primärverteilung insbesondere die Entwicklung der jährlichen Arbeitseinkommen seit der Wiedervereinigung betrachtet. Als Wohlstandsmaß allein sind die Arbeitseinkommen jedoch nur eingeschränkt geeignet, da die verfügbaren Einkommen nicht nur von der Haushaltsgröße und -struktur abhängen, sondern auch von den zu zahlenden Steuern und Abgaben, den empfangenen Transferleistungen sowie anderen Einkünften. Daher werden neben den Arbeitseinkommen auch die Markteinkommen und die Nettoeinkommen der Haushalte ausführlich betrachtet. Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Die Jahre vor Ausbruch der Corona-Pandemie erweisen sich im Rückblick als eine Periode inklusiven Wachstums, in der ähnlich hohe Einkommenswachstumsraten entlang der gesamten Einkommensverteilung beobachtet werden können.** Insbesondere nach 2015 ist der Wohlstand breiter Bevölkerungsteile stark gewachsen. Insgesamt erweist sich die relative Verteilung der Einkommen in Deutschland bereits seit 2005 auf unterschiedlichsten Ebenen als bemerkenswert stabil und variiert phasenweise nur leicht. Für den Zeitraum von 2005/06 bis 2016 zeigen Begleitstudien von Kleimann et al. (2020) im Rahmen des 6. Armuts- und Reichtumsbericht auf, dass die positive Beschäftigungsentwicklung isoliert betrachtet zu einer Verringerung der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen geführt hätte. Andere Faktoren haben diesem Effekt jedoch entgegengewirkt, beispielsweise die erhöhte Migration nach 2010, sodass die relative Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten trotz der positiven gesamtwirtschaftlichen Situation insgesamt nahezu unverändert blieb. Von einer sich stetig vergrößernden relativen Einkommensungleichheit kann jedoch nicht gesprochen werden, auch wenn das Niveau der Ungleichheit heute höher liegt als in 1990er Jahren.
- **Auch die Niedrigeinkommensquote (relative Armutsgefährdungsquote) und die relative Einkommensarmutsquote verharren seit 2015 auf einem nahezu unveränderten Niveau von 16 Prozent beziehungsweise 10 Prozent.** Der Anstieg gegenüber den Jahren zuvor ist dabei auf unterschiedlichste Faktoren zurückzuführen, beispielsweise auf die erhöhte Migration nach 2010. Diese führte nicht nur zu einem nachweislichen Anstieg der Zahl der Mindestsicherungsempfänger, sondern auch zu einem Anstieg der Niedrigeinkommensquote sowie der Einkommensarmutsquote. Im Gegensatz dazu sank im selben Zeitraum die Zahl der Mindestsicherungsempfänger ohne Migrationshintergrund, wenngleich die absolute Zahl der Mindestsicherungsempfänger im Alter und bei Erwerbsminderung zunahm (die Empfängerquote liegt jedoch seit Jahren um rund 3 Prozent). Jedoch zeigen sich auch bei den neu Hinzugezogenen nach 2015 Erfolge bei der Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt, was sich in einem Rückgang der Gesamtzahl der Mindestsicherungsempfänger ausdrückt.
- **Die relative Einkommensreichtumsquote ist seit 2005 ebenfalls nahezu unverändert und verharrt auf einem Niveau von rund 8 Prozent.** Aber auch hier ist ein leicht höheres Niveau

gegenüber den 1990er Jahren zu verzeichnen, was insbesondere durch die wirtschaftlich schwierigen Jahre zwischen 1999 und 2005 mit relativ hoher Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und einem hohen Anteil unfreiwilliger Teilzeit verbunden war.

- **Die Arbeitseinkommen stellen noch immer die weitaus wichtigste Einkommensquelle der Haushalte dar und sind zwischen 1991 und 2018 inflationsbereinigt im Durchschnitt um 12 Prozent gewachsen – nominal waren es 76 Prozent.** Allein zwischen 2015 und 2018 stiegen die realen Arbeitseinkommen um über 5 Prozent. In dieser Periode ist nach längerem Stillstand ebenfalls wieder eine leichte Konvergenz der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten gewesen. 2018 lag das Niveau bei 81,0 Prozent, während es 1991 noch bei 61,3 Prozent lag und 2015 bei rund 77,5 Prozent.
- **Für die Entwicklung der durchschnittlichen Höhe der Arbeitseinkommen zeigt sich insbesondere die erhöhte Teilzeiterwerbsquote als Treiber größerer Veränderungen.** Der stetig gestiegene Anteil von Teilzeitbeschäftigung hat sich insbesondere in den 2000er Jahren als ein wesentlicher Einflussfaktor für die im Durchschnitt rückläufigen Arbeitseinkommen im unteren Einkommensbereich erwiesen. Teilzeitbeschäftigung wird dabei häufig in durchschnittlich geringer entlohnten Dienstleistungsbranchen wie dem Gastgewerbe oder der Gastronomie ausgeübt. Große Unterschiede im Arbeitseinkommen bestehen ebenfalls nach Bildungsniveau, wobei der Anteil von niedrig Qualifizierten an allen Beschäftigten im Rahmen der Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte insgesamt abgenommen hat. Dennoch haben sich die durchschnittlichen Arbeitseinkommen für Personen mit niedrigem Qualifikationsgrad eher unterdurchschnittlich entwickelt und sind in einigen Phasen sogar inflationsbereinigt zurückgegangen.
- **Gleichzeitig zeigt sich über den gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung ein stetig gesunkener Anteil der Haushalte mit positiven Zins- und Kapitaleinkommen.** Während die durchschnittliche Einkommenshöhe aus Zinsen und Dividenden gesunken ist, kann ein stetiger Anstieg des Anteils der Haushalte mit positiven Einkommen aus Vermietung und Verpachtung beobachtet werden. Allerdings liegt dieser Anteil auch 2018 nur bei rund 12 Prozent der Bevölkerung, während rund 74 Prozent der Haushalte positive Zins- und Divideneinkünfte erzielten. 1991 waren es noch 87 Prozent.

Die Jahre vor Ausbruch der Corona-Pandemie erweisen sich insgesamt als eine Periode starken Einkommenswachstums für nahezu alle betrachteten Bevölkerungs- und Einkommensgruppen. Sie können dementsprechend als Phase inklusiven Wachstums bezeichnet werden. Eine Herausforderung für die Zukunft besteht neben der Bewältigung der Corona-Pandemie und dem ökologischen Umbau der deutschen Wirtschaft darin, sowohl niedrig Qualifizierte am Wohlstandswachstum (weiter) teilhaben zu lassen als auch in der Vermeidung von zukünftiger Altersarmut.

1 Wesenszüge der Sozialen Marktwirtschaft

Im Vorfeld der Bundestagswahl und im Lichte der ökonomischen Verwerfungen durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wird bisweilen hitzig über Fragen der Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland diskutiert. Angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels und der Herausforderungen durch eine klimagerechte Transformation der deutschen Wirtschaft gewinnen diese Diskussionen zusätzliche Brisanz, weil sie damit Fragen der Lastenverteilung zwischen den Generationen, aber auch innerhalb dieser berühren. Die genannten Herausforderungen treffen Menschen mit unterschiedlicher ökonomischer Leistungsfähigkeit ungleich stark und können im schlechtesten Fall zu einer finanziellen Überforderung derjenigen mit geringen materiellen Ressourcen führen. Um soziale Unwuchten möglichst zu vermeiden, wird in aller Regel ein sozialer Ausgleich zwischen unterschiedlich leistungsfähigen Gruppen angestrebt, der in dem für Deutschland typischen System der Sozialen Marktwirtschaft durch eine Umverteilung über verschiedene Subsysteme organisiert wird – angefangen vom Steuer- und Transfersystem bis zu den verschiedenen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung. Das Verteilungsergebnis stellt sich demnach nicht über einen singulären Mechanismus ein, sondern ist Ergebnis verschiedener Umverteilungsinstrumente, die an unterschiedlich abgegrenzten Einkommensbegriffen und Bedarfen anknüpfen. Dabei ist das Steuer- und Abgabensystem insgesamt progressiv ausgestaltet, sodass die Bessergestellten einen höheren Beitrag zum Gemeinwohl leisten als die übrige Bevölkerung. Progressive Umverteilung ist somit ein Wesensmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft, die die Ergebnisse eines freien und allokativ effizient wirkenden Marktes mit einem sozialen Ausgleich verbindet.

Die noch immer wichtigste Einnahmequelle des Staates stellt die Einkommensteuer dar, die durch ihre linear-progressive Ausgestaltung stark umverteilend wirkt. Die Progressivität der Einkommensteuer wird durch ein regressiv wirkendes System von Abgaben und indirekten Steuern jedoch abgeschwächt. Die regressive Wirkung ergibt sich im Abgaben- beziehungsweise gesetzlichen Sozialversicherungssystem in aller Regel durch einen einheitlichen Beitragssatz¹, der mit dem Einkommen – anders als bei der Einkommensteuer – nicht ansteigt, sowie durch Obergrenzen bei der Beitragsbemessung. Gleichzeitig setzt die Beitragsfinanzierung auf einem Bruttoeinkommensbegriff auf, der nicht deckungsgleich mit dem zu versteuernden Einkommen im Steuerrecht ist. Die Belastung durch indirekte Steuern folgt einem ähnlichen Prinzip, wenngleich es hierbei neben einem einheitlichen Satz keine Bemessungsobergrenzen gibt. Durch Abgaben und indirekte Steuern werden geringere und mittlere Einkommen relativ stärker belastet als höhere. Beznoska (2020) kann zeigen, dass die Wirkung der Systeme (inklusive monetärer Transferleistungen, wozu beispielsweise die gesetzlichen Renten, das Arbeitslosengeld oder die Grundversicherung für Erwerbsuchende zählen) allerdings insgesamt progressiv bleibt, wenngleich in schwächerer Form als allein durch die Einkommensteuer induziert (siehe auch Bach et al., 2016).

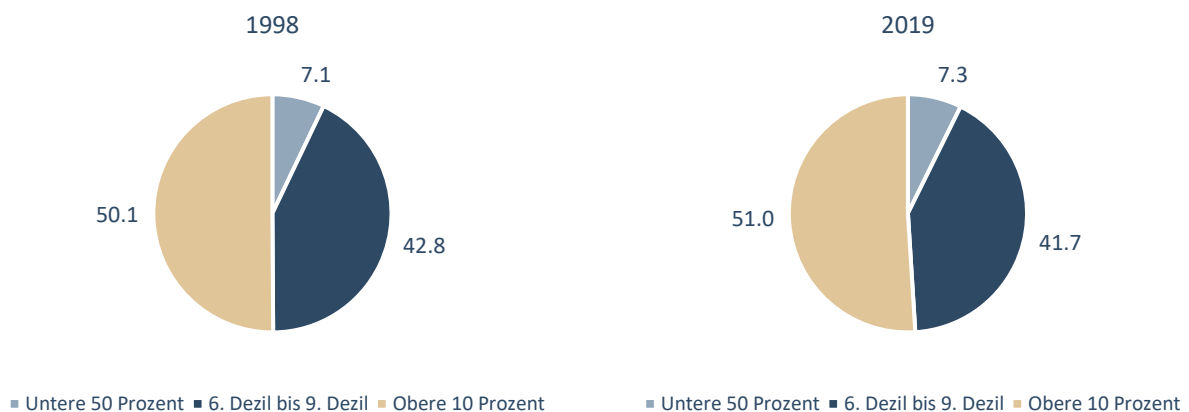
Zudem haben Beznoska und Hentze (2021) jüngst mithilfe einer integrierten Datenbasis aus Sozio-oekonomischem Panel (SOEP) und Steuerdaten (FAST) zur besseren Abbildung der Einkommensspitze zeigen können, dass die Einkommensteuerbelastung der Bruttoeinkommen aller

¹ Dabei wird in einigen Fällen zwischen allgemeinen und ermäßigten Beitragssätzen unterschieden, beispielsweise im Rahmen der Krankenversicherung, was die regressive Wirkung jedoch nicht aufhebt.

Einkommensgruppen im Jahr 2019 höher lag als im Jahr 1998, auch die der oberen 10 Prozent. Ursächlich für diese Entwicklung sind nach Senkungen der Spitzen- und Eingangssteuersätze zu Beginn der Jahrtausendwende vor allem ausgebliebene Anpassungen des Einkommensteuertarifs und vieler Freibeträge an die Realeinkommensentwicklungen im Zeitraum von 2014 bis 2019. Dies steht der Behauptung entgegen, dass hohe Einkommen in den vergangenen 20 Jahren stärker entlastet worden wären als die übrigen Einkommen. Trotz Senkung der Spitzensteuersätze Anfang der 2000er Jahre lag der Anteil beim Steueraufkommen der jeweils oberen 10 Prozent bei rund 51 Prozent im Jahr 2019 und somit auf einem leicht höheren Niveau als 1998 mit rund 50 Prozent (Abbildung 1-1). Die oberen 10 Prozent tragen damit weiterhin einen deutlich überproportionalen Anteil zum Einkommensteueraufkommen in Deutschland bei. Das vertikale Leistungsfähigkeitsprinzip gilt somit ungebrochen: In der Sozialen Marktwirtschaft tragen starke Schultern höhere Lasten als schwächere; ein wesentliches Grundprinzip der Verteilungslogik wurde in den vergangenen Jahrzehnten somit im Steuerrecht nicht ausgehebelt.

Abbildung 1-1: Beitrag zum Lohn- und Einkommensteueraufkommen nach Verteilung des Gesamtbetrags der Einkünfte

In Prozent.



Anmerkung: Verteilung anhand der bedarfsgewichteten Haushaltsbruttoeinkommen (neue OECD-Skala).

Quelle: Beznoska/Hentze, 2021

Ebenso hat sich das sozialstaatliche Sicherungssystem mit seinen automatischen Stabilisatoren wie der Arbeitslosenversicherung oder dem Kurzarbeitergeld in der Corona-Pandemie als effektiv in der Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit und erheblichen Einkommensausfällen erwiesen (Beznoska et al., 2020), wenngleich in der Krise Reformbedarfe des Sozialstaats offenbar geworden sind. Das gilt zum einen mit Blick auf die Digitalisierung von Behörden und Bildungseinrichtungen, aber auch mit Blick auf die Vernetzung unterschiedlicher Institutionen. Ob die sozialstaatlichen Sicherungssysteme in ausreichendem Maße vor Einkommensausfällen in der Krise geschützt haben, unterliegt letztlich aber einer verteilungspolitischen Bewertung. Aus ökonomischer Sicht lässt sich jedoch feststellen, dass sich die Institutionen des Sozialstaats in der Sozialen Marktwirtschaft auch unter den Herausforderungen einer Krise von historischem Ausmaß grundsätzlich bewährt haben.

2 Verteilung des Volkseinkommens

Offen bleibt die Frage, ob die Soziale Marktwirtschaft noch immer ihr Wohlstandsversprechen einlösen kann und breite Teile der Bevölkerung in den Jahren vor Corona durch ein gleichmäßig verteiltes Einkommenswachstum zu mehr Wohlstand gelangen konnten (inklusive Wachstum). Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, da es keine allgemeingültige Definition des Wohlstandsbegriffs gibt und Menschen ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber besitzen können, was Wohlstand bedeutet. So sind einigen Menschen materielle Werte wichtig, für andere stehen immaterielle Werte stärker im Vordergrund. Ein Großteil der individuellen Präferenzen lässt sich (indirekt) durch stattfindende Transaktionen auf Märkten für Waren und Dienstleistungen ableiten beziehungsweise aus der Tatsache, dass diese nicht stattfinden. Um am Markt aktiv sein zu können, benötigen die Menschen in aller Regel Geld als allgemeines Tauschmittel und somit ein Einkommen. Unverändert ist die wesentliche Einkommensquelle das Arbeitseinkommen. Gemäß Datenreport 2021 machten die Bruttoeinkommen aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit inklusive öffentlicher Transfers wie zum Beispiel gesetzliche Renten rund 64 Prozent am monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen aller Haushalte im Jahr 2018 aus (Destatis et al., 2021, Kapitel 6, Seite 205; die Ergebnisse beruhen auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)).

Die Arbeitseinkommen allein bilden die tatsächliche Wohlstandsposition einer Person oder eines Haushalts jedoch nicht vollständig ab und sind lediglich Teil des verfügbaren Einkommens. So sind Einkommen aus anderen Quellen zu berücksichtigen, beispielsweise aus Vermietung und Verpachtung oder aus dem Besitz von Wertpapieren in Form von Zinsen und Dividenden (Kapitaleinkommen). Gleichzeitig sind Steuern und Sozialabgaben zu berücksichtigen, die die Einkommen reduzieren, aber auch Transferzahlungen wie das Arbeitslosen- oder Kindergeld erhöhen das Nettoeinkommen. Ebenso haben die Haushaltsgröße und -zusammensetzung Einfluss auf das verfügbare Haushaltseinkommen (Haushaltsnettoeinkommen), da diese Faktoren nicht nur die Anzahl der Verdiener bestimmen, sondern auch für die Art und Höhe möglicher Transferleistungen ausschlaggebend sind sowie die Bedarfe des Haushalts. Wenngleich durch die Betrachtung von Einkommen sicherlich nicht alle Aspekte von Wohlstand erfasst sein werden – man denke an marktferne Aktivitäten wie die Betreuung von Kindern, das Führen eines Haushalts oder die Pflege von Angehörigen, die in ihrem monetären Wert für die Gesellschaft oftmals nur ungenügend erfasst werden können – so stellen die Haushaltsnettoeinkommen am Ende doch einen wichtigen Indikator des materiellen Wohlstands dar.²

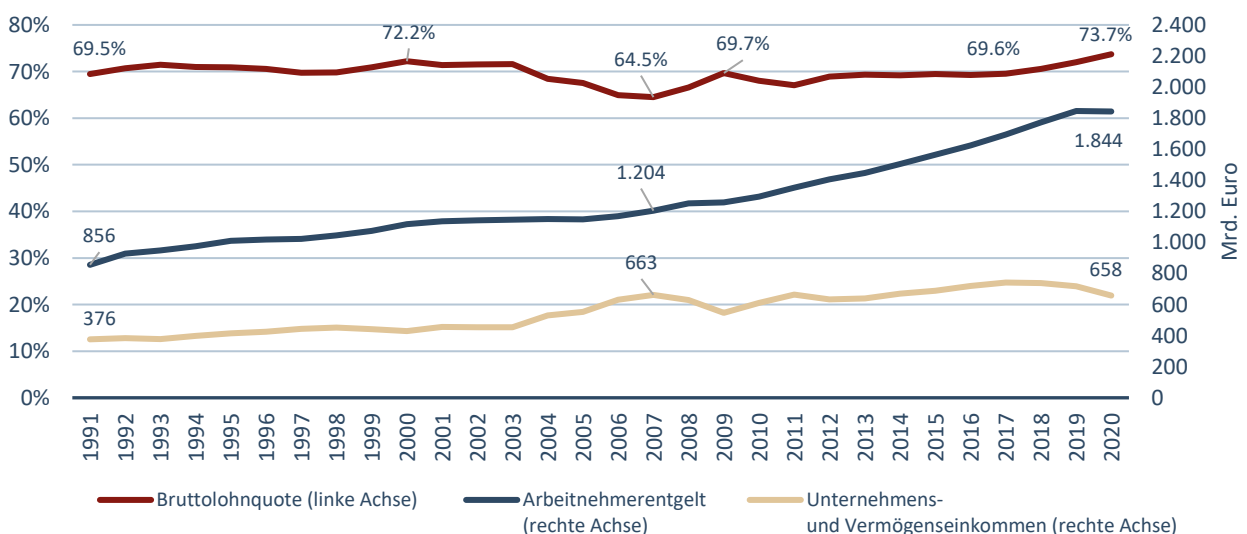
Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wird oftmals das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als ein annäherndes Maß für den Wohlstand einer Nation verwendet, auch wenn es ursprünglich nicht zu diesem Zweck eingeführt wurde. Das BIP misst den Wert aller im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen abzüglich der verwendeten Vorleistungen zur Produktion anderer Waren und Dienstleistungen innerhalb eines Jahres. Betrachtet man die Verteilungsseite des BIP, indem zum BIP das Primäreinkommen aus der übrigen Welt addiert und die Abschreibungen sowie Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen subtrahiert werden, so

² Siehe beispielsweise den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI), der von einer Forschergruppe um den Heidelberger Ökonomen Hans Diefenbacher in Ergänzung zum BIP veröffentlicht wird und der in der Vergangenheit immer wieder kontrovers diskutiert wurde (siehe u. a. die Beiträge im Wirtschaftsdienst, 2010, 90. Jg., Heft 7).

erhält man das Volkseinkommen. Dieses lässt sich weiter in die Summe der Arbeitnehmerentgelte der Inländer sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (als Residualgröße) aufteilen. Damit kann die sogenannte Primärverteilung beschrieben werden, das heißt, die Verteilung der Einkommen zwischen Arbeit und Kapital. So erhält man ein erstes, grobes Maß zur Beschreibung der Verteilung des Einkommens und es können zwei wesentliche Einkommensquellen unterschieden werden, die zumindest historisch betrachtet weitestgehend als Antagonisten zueinander auftreten und Objekte ständiger Auseinandersetzung bei Fragen der Verteilungsgerechtigkeit sind (siehe unter anderem Piketty, 2014).

Nach einer gängigen Vorstellung übertrifft das Wachstum der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Kapitaleinkommen) dauerhaft das Wachstum der Summe der Arbeitnehmerentgelte (Arbeitseinkommen), sodass sich die Soziale Marktwirtschaft lediglich für Unternehmer und Kapitalbesitzer als lohnend erweise. Abbildung 2-1 zeigt jedoch ein weitaus differenzierteres Bild der Entwicklung beider Größen seit 1991 auf. Dabei wird deutlich, dass die Summe der Arbeitnehmerentgelte schon immer einen deutlich größeren Anteil am Volkseinkommen ausgemacht hat und in einigen Phasen stärker gewachsen ist als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Darüber hinaus erweisen sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen als volatil, was dazu führt, dass sich diese in einigen Phasen stärker und in anderen Phasen schwächer entwickelt haben als die Arbeitnehmerentgelte. Insbesondere in den Jahren vor Ausbruch der Corona-Pandemie sind die Arbeitnehmerentgelte deutlich stärker gestiegen als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, was zum einen auf ein enger gewordenes Arbeitsangebot bei immer neuen Beschäftigungsrekorden und zum anderen auf die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank in Verbindung mit einem geringen Zinsniveau und folglich niedrigeren Vermögenseinkommen zurückzuführen sein dürfte.

Abbildung 2-1: Wachstum der Summe der Arbeitnehmerentgelte und Unternehmens- und Vermögenseinkommen und Bruttolohnquote



Quelle: Destatis, 2021a

Die günstige Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte zeigt sich auch bei Betrachtung der Bruttolohnquote, die aus dem Quotienten der Summe der Arbeitnehmerentgelte (inklusive aller Lohnkostenbestandteile wie zum Beispiel Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, freiwillige Sozialleistungen und vermögenswirksame Leistungen) und dem Volkseinkommen gebildet wird. Nachdem die Bruttolohnquote in den 1990er Jahre relativ stabil auf einem Niveau zwischen 70 und 72 Prozent schwankte, sank sie zwischen den Jahren 2004 und 2007 auf ein Niveau von rund 65 Prozent deutlich. In Folge der Finanzkrise im Jahr 2007 und den damit einhergehenden Ausfällen in den Unternehmens- und Vermögenseinkommen stieg die Bruttolohnquote zwischenzeitlich auf einen Wert von rund 70 Prozent, sank zwischen 2009 und 2011 jedoch wieder auf unter 68 Prozent, und stabilisierte sich nachfolgend auf einem Niveau von knapp 69 Prozent. Dort verharrte sie bis zum Jahr 2017. In den beiden Folgejahren stieg die Bruttolohnquote dann deutlich an und erreichte mit rund 72 Prozent einen Stand wie zuletzt im Jahr 2000, der einen Höchststand seit der Wiedervereinigung markiert.

Im Corona-Jahr 2020 stieg die Bruttolohnquote gar auf rund 74 Prozent, was auf einen verstärkten Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurückgehen dürfte, der sich jedoch schon in den Jahren zuvor leicht abzeichnete und zum Teil auf eine Schwäche in der Industrie zurückzuführen sein dürfte. Somit hat sich insbesondere in den letzten Jahren vor der Corona-Pandemie der Anteil der Summe der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen deutlich erhöht. Damit ist jedoch auch die gängige Vorstellung widerlegt, dass vom wirtschaftlichen Aufschwung der Jahre vor Corona ausschließlich oder in besonderem Maße die Kapitaleseite profitiert hätte. Ob sich der Trend nach Überwindung der Corona-Krise in gleicher Form fortsetzen wird, ist gegenwärtig nicht klar bestimmbar.

3 Schwerpunktthema: Individuelle Arbeitseinkommen

Eine alleinige Betrachtung der funktionalen Verteilung des Volkseinkommens lässt jedoch noch keine Rückschlüsse auf die Verteilung individueller Einkommen zu, insbesondere der verfügbaren Einkommen, die über die Konsummöglichkeiten und somit über die individuelle Wohlstandsposition entscheiden (Sekundärverteilung). Den verfügbaren Haushaltseinkommen (Haushaltsnettoeinkommen) wird sich im Folgenden über die Arbeitseinkommen (vor Steuern) auf Personen und Haushaltsebene angenähert, die um eine gesonderte Betrachtung der Kapitaleinkommen auf Haushaltsebene ergänzt werden. An geeigneten Stellen soll durch einen Vergleich von nominalen und realen Einkommensgrößen gezeigt werden, wie sich Preissteigerungen auf die realen Einkommensverhältnisse ausgewirkt haben und dass vergleichsweise geringe reale Einkommenszuwächse mit deutlichen nominalen Veränderungen einhergegangen sind. So können unsachgemäße Vergleiche von realen und nominalen Entwicklungen dazu beitragen, dass Wahrnehmung und Wirklichkeit bei Fragen der Einkommensverteilung und -gerechtigkeit in der Bevölkerung voneinander abweichen. Wenn beispielsweise über Reallohnzuwächse gesprochen wird und nominale Mietpreissteigerungen danebengehalten werden, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Löhne den Mietpreisen nicht nachfolgen könnten. Dennoch zeigt eine aktuelle Analyse von Sagner et al. (2020), dass die mittlere Wohnkostenbelastung – Anteil der Bruttokaltmiete (Grundmiete plus kalte Nebenkosten) am monatlichen Haushaltsnettoeinkommen – bei vielen Haushalten in den letzten zehn Jahren nahezu unverändert geblieben ist,

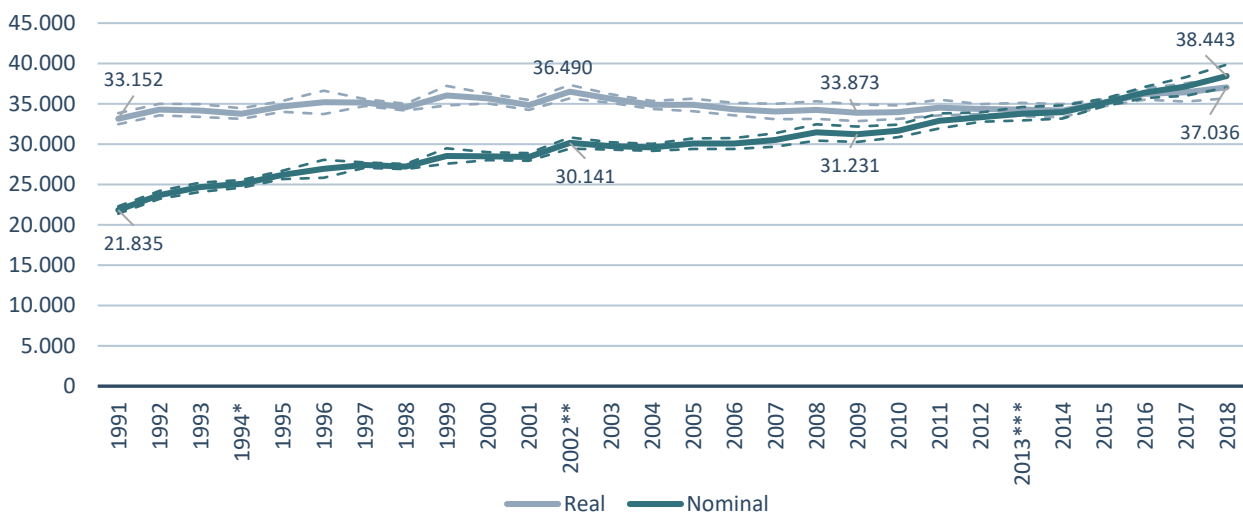
da nicht nur die Wohnkosten, sondern auch die Einkommen gestiegen sind. Nur bei wenigen Haushalten gibt es tatsächlich einen merklichen Anstieg der Belastung. Bei Diskussionen dieser Art muss stets jedoch auch beachtet werden, dass es sich um eine Betrachtung durchschnittlicher Entwicklungen handelt und individuelle Betroffenheiten davon abweichen können.

3.1 Arbeitseinkommen in der Haupt- und Nebentätigkeit

Auf Basis der aktuellen Daten des SOEP stieg das nominale jährliche Arbeitseinkommen im Durchschnitt von 21.835 Euro im Jahr 1991 auf 38.443 Euro im Jahr 2018 (Abbildung 3-1 und zum SOEP siehe die Methodenbox zur Datengrundlage). Das entspricht einem Plus von 76 Prozent. Dabei beschränkt sich die Betrachtung auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven jährlichen Arbeitseinkommen aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Eingeschlossen sind dabei Sonderzahlungen wie Boni oder Urlaubsgelder, die konjunkturellen Schwankungen unterliegen können. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige. Zudem werden zu Beginn sowohl Voll- als auch Teilzeitarbeiter gemeinsam betrachtet. Der Einfluss von Veränderungen in den geleisteten Arbeitsstunden sowie der Erwerbstätigenstruktur bleiben damit unberücksichtigt.

Abbildung 3-1: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige. Veränderungen in den geleisteten Arbeitsstunden sowie in der Erwerbstätigenstruktur bleiben unberücksichtigt.

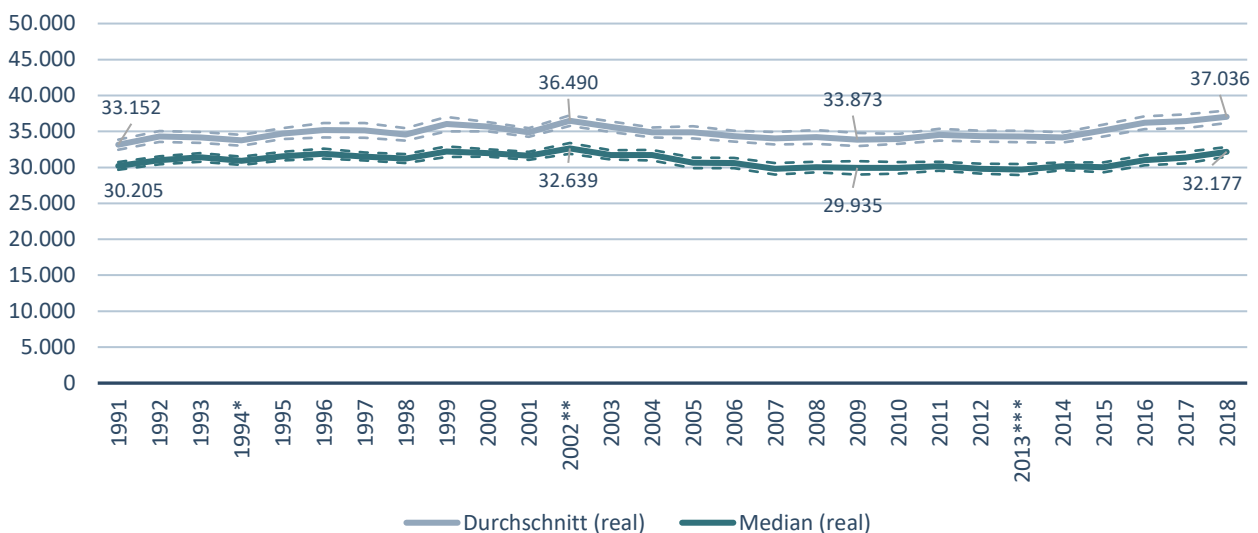
Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Berücksichtigt man indessen den Kaufkraftverlust der Arbeitseinkommen durch allgemeine Preissteigerungen von Gütern und Dienstleistungen im gleichen Zeitraum, so ergibt sich in Preisen von 2015 ein Anstieg des durchschnittlichen jährlichen Arbeitseinkommens von 33.152 Euro auf 37.036 Euro (+12 Prozent). Preissteigerungen haben folglich einen großen Teil des nominalen Einkommenszuwachses aufgezehrt. Im Vergleich dazu betrug das mittlere reale Arbeitseinkommen (Median) zu Beginn der Betrachtungsperiode im Jahr 1991 rund 30.205 Euro. Damit fällt es kleiner aus als das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen in Höhe von 33.152 Euro (Abbildung 3-2). Der Median ist das Arbeitseinkommen der Person, welcher die aufsteigend sortierte Verteilung der Arbeitseinkommen in genau zwei gleich große Hälften aufteilt. Im Jahr 2018 lag der Median bei 32.177 Euro, während das durchschnittliche Arbeitseinkommen 37.036 Euro betrug. Die realen Arbeitseinkommen liegen damit heute im Median (Durchschnitt) um rund 6,5 Prozent (12 Prozent) höher. Der absolute Abstand zwischen den beiden Kennzahlen ist über den gesamten Zeitraum größer geworden, was tendenziell auf ein höheres Niveau der Ungleichheit in den Arbeitseinkommen hinweist, da die Einkommen im oberen Bereich der Einkommensverteilung damit stärker gewachsen sein müssen als im Rest der Verteilung. Wie noch näher gezeigt wird, ereignete sich der Ungleichheitsanstieg jedoch bereits zwischen Ende der 1990er Jahre und Mitte der 2000er Jahre.

Abbildung 3-2: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren (Median) realen Arbeitseinkommen

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen das 95-Prozent-Konfidenzintervall dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Bei näherer Betrachtung lassen sich zudem vier unterschiedliche Phasen in der Entwicklung der individuellen, jährlichen Arbeitseinkommen erkennen, die sich sowohl in der durchschnittlichen Entwicklung als auch für den Median feststellen lassen. In einer ersten Phase von 1991 bis 2002 stiegen die durchschnittlichen und mittleren Arbeitseinkommen zunächst beinahe gleichmäßig an, wobei sich der absolute Abstand von 2.947 Euro auf 3.851 Euro erhöhte. Das Jahr 2002 markiert einen Wendepunkt in der Entwicklung und ist der Beginn einer zweiten Phase: In dieser sanken die realen Arbeitseinkommen nahezu kontinuierlich und erreichten im Jahr 2009 wieder das Niveau von 1991. Dort verharrten sie bis zum Jahr 2014 und markieren damit eine dritte Phase. Erst seit 2015 ist ein erneuter Anstieg gleichermaßen in den mittleren und durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen zu verzeichnen. Am (vorläufigen) Ende dieser vierten Phase, das heißt, im Jahr 2018, liegen die mittleren realen Arbeitseinkommen mit 32.177 Euro noch immer knapp unterhalb ihres früheren Höchstwerts von 32.639 Euro im Jahr 2002, wohingegen die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen mit 37.036 Euro ihren Höchstwert von 36.490 Euro aus dem Jahr 2002 übertreffen konnten. Beide Kennzahlen liegen jedoch über ihren Werten von zu Beginn der 1990er Jahre. Vergleiche über lange Zeiträume sollten aber immer mit einiger Vorsicht vorgenommen werden, da auch das SOEP nicht frei von potenziellen Zeitreihenbrüchen ist. Mehr zu dieser Problematik findet sich in der Methodenbox zur Datengrundlage. Zudem wird an verschiedenen Stellen im Report immer wieder auf mögliche Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit von Ergebnissen, insbesondere auffällige Einkommensveränderungen zwischen benachbarten Jahren, hingewiesen.

Methodenbox zur Datengrundlage

Das **Sozio-oekonomische Panel (SOEP)** ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die bereits seit 1984 jährlich Daten bezüglich Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung sowie subjektiven Einschätzungen erhebt. Im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin werden zurzeit in Deutschland mehr als 35.000 Personen in knapp 19.000 privaten Haushalten erfasst (Glemser et al., 2020). Das SOEP zeichnet sich insbesondere durch die detaillierte Abfrage einzelner Einkommenskomponenten des Vorjahres aus, einer sehr umfangreichen Daten- und Methodendokumentation (Goebel et al., 2019).

Zudem wird das SOEP regelmäßig durch neue zufallsbasierte Auffrischungstichproben ergänzt sowie durch spezifische Stichproben, um beispielsweise Personen mit Migrationshintergrund oder bestimmte Familienformen im Querschnitt besser abbilden zu können. Umfassende Stichprobenergänzungen wie die Migrationsstichprobe D aus dem Jahr 1994/95 können jedoch zu Zeitreihenbrüchen führen, wenn dadurch bedingte Niveauverschiebungen zwischen zwei benachbarten Jahren lediglich auf die methodische Veränderung und nicht auf reale Veränderungen in diesen Jahren zurückzuführen sind. Langfristige zeitliche Veränderungen in Kennzahlen wie den Durchschnittseinkommen sind in diesem Fall strenggenommen nur eingeschränkt interpretierbar und können im schlechtesten Fall ein verzerrtes Bild der Einkommensentwicklung zeichnen, insbesondere für einzelne Gruppen.

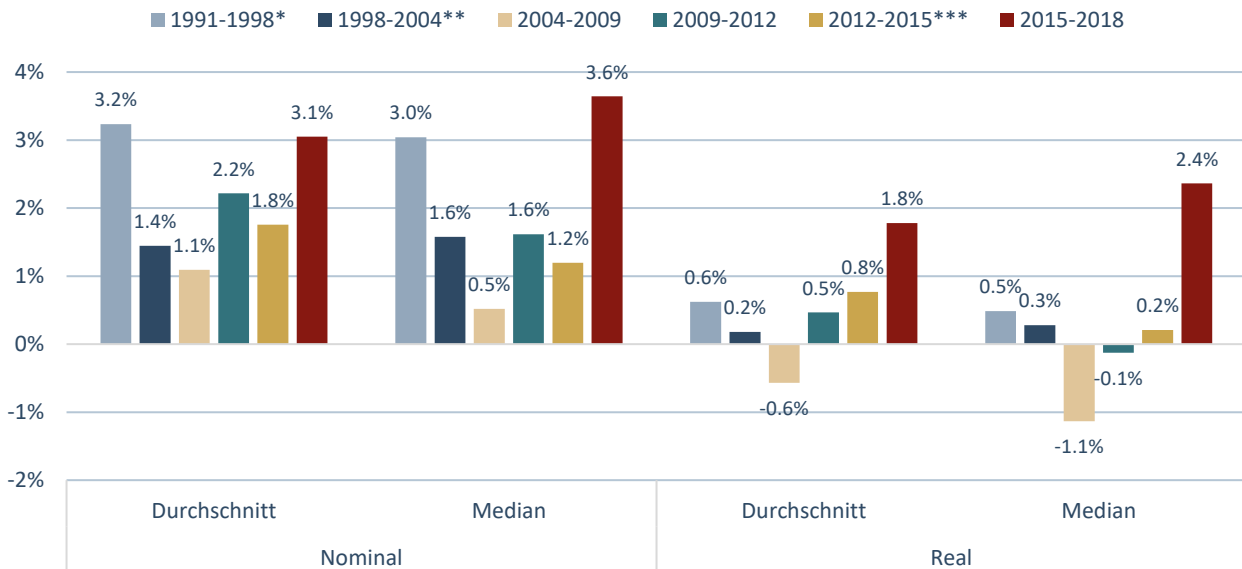
Als besonders einflussreich haben sich die Ergänzungsstichproben D (Migrationsstichprobe 1994/95), G (Hochkommensstichprobe 2002) und M1 (Migrationsstichprobe 2013) erwiesen, da diese insbesondere die Ränder der Einkommensverteilung betreffen und nachweislich einen starken Einfluss auf unterschiedliche Verteilungsindikatoren ausüben (siehe auch Niehues, 2017). Daher werden sie in allen Abbildungen in diesem Report besonders hervorgehoben und als Zeitreihenbrüche markiert. Die neuen Zusatzstichproben P (LGB*-Stichprobe) und Q (Hochvermögendestichprobe) aus dem Jahr 2019 fließen in die Ergebnisse indes noch nicht ein, da auf Informationen aus einer ersten Befragungswelle bei einkommensbezogenen Analysen aufgrund von höheren Fehlerhäufigkeiten in den Antworten in aller Regel verzichtet wird (siehe Frick et al., 2006).

Neben der Betrachtung der Veränderungen in den absoluten Einkommenshöhen bietet sich ebenfalls eine Betrachtung der jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten der durchschnittlichen und mittleren Arbeitseinkommen an (Abbildung 3-3). Orientiert man sich bei der Einteilung unterschiedlicher Perioden an den Konjunkturzyklen, wie sie in Brenke und Kritikos (2017) bis zum Jahr 2015 definiert sind – diese beginnen und enden jeweils auf den Höhepunkten eines Konjunkturzyklus – und ergänzt diese Einteilung um den markanten Zeitraum von 2015 bis 2018 als eine eigene Periode, ergeben sich zum Teil sehr deutliche Unterschiede in den jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten: Zwischen 1991 und 1998 wuchsen die nominalen jährlichen Arbeitseinkommen im Durchschnitt pro Jahr um 3,2 Prozent und die mittleren um 3,0 Prozent. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen blieb ein reales Plus von 0,6 Prozent im Durchschnitt und 0,5 Prozent im Mittel übrig.³ Im Zeitraum von 1998 bis 2004 verlangsamte sich das nominale und reale Wachstum deutlich und erreichte im Jahresdurchschnitt etwas weniger als die Hälfte der Zuwächse, die im vorangegangenen Zeitraum erzielt werden konnten. Dies fällt in eine Zeit bereits hoher und wachsender Arbeitslosigkeit, insbesondere mit Blick auf Ostdeutschland, und geht ebenfalls mit einem vorläufigen Stopp der Einkommenskonvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland einher. Zudem spielen Veränderungen im Erwerbsumfang eine wesentliche Rolle, wie noch gezeigt werden wird.

Das geringste nominale Wachstum kann in der Periode von 2004 bis 2009 beobachtet werden, wobei das reale jahresdurchschnittliche Wachstum sogar erstmals seit der Wiedervereinigung negativ ausfiel. Die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen sanken um 0,6 Prozent im Jahresdurchschnitt in diesem Zeitraum, während die mittleren Arbeitseinkommen real sogar um 1,1 Prozent zurückgingen. Das Wachstum der Arbeitseinkommen dreht sich jedoch in der folgenden Periode von 2009 bis 2012 wieder ins Positive, wobei die durchschnittlichen Wachstumsraten nominal wie real die mittleren übertreffen. Das Bild wird für die Periode von 2012 bis 2015 nochmals positiver, wobei nun auch das mittlere reale Arbeitseinkommen im Jahresdurchschnitt wieder im positiven Bereich liegt, wenngleich es mit 0,2 Prozent nur knapp größer als null ausfällt. Im letzten Zeitraum von 2015 bis 2018 zeigt sich ein besonders kräftiges nominales wie auch reales Wachstum, das vergleichbar ist mit der Nachwendezeit. Die durchschnittlichen nominalen Arbeitseinkommen sind zwischen 2015 und 2018 im Jahresdurchschnitt um 3,1 Prozent stark gewachsen und werden noch vom Wachstum der mittleren Arbeitseinkommen übertroffen (+ 3,6 Prozent im Jahresdurchschnitt). Aufgrund der zuletzt niedrigen Inflation fallen auch die realen Wachstumsraten entsprechend hoch aus, sodass die Kaufkraft deutlich gestärkt wurde, wie es seit kurz nach der Wende nicht mehr zu beobachten gewesen ist: Die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen stiegen zwischen 2015 und 2018 jahresdurchschnittlich um 1,8 Prozent und die mittleren Arbeitseinkommen jahresdurchschnittlich um 2,4 Prozent. Ein Indiz für eine zuletzt abnehmende Ungleichheit in den Arbeitseinkommen.

³ Im Konvergenzprozess nach der Wiedervereinigung haben überdurchschnittlich hohe Lohnzuwächse in Ostdeutschland zu einem insgesamt starken Wachstum der durchschnittlichen wie auch mittleren Arbeitseinkommen im Jahresdurchschnitt beigetragen (Brenke/Kritikos, 2017).

Abbildung 3-3: Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der durchschnittlichen und mittleren nominalen und realen jährlichen Arbeitseinkommen



Nachrichtlich: Im Zeitraum von 1991 bis 2018 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der durchschnittlichen nominalen Arbeitseinkommen 2,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum ergab sich für die mittleren (Median) nominalen Arbeitseinkommen eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 2,0 Prozent. Die realen Wachstumsraten betragen respektive 0,4 und 0,3 Prozent.

Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

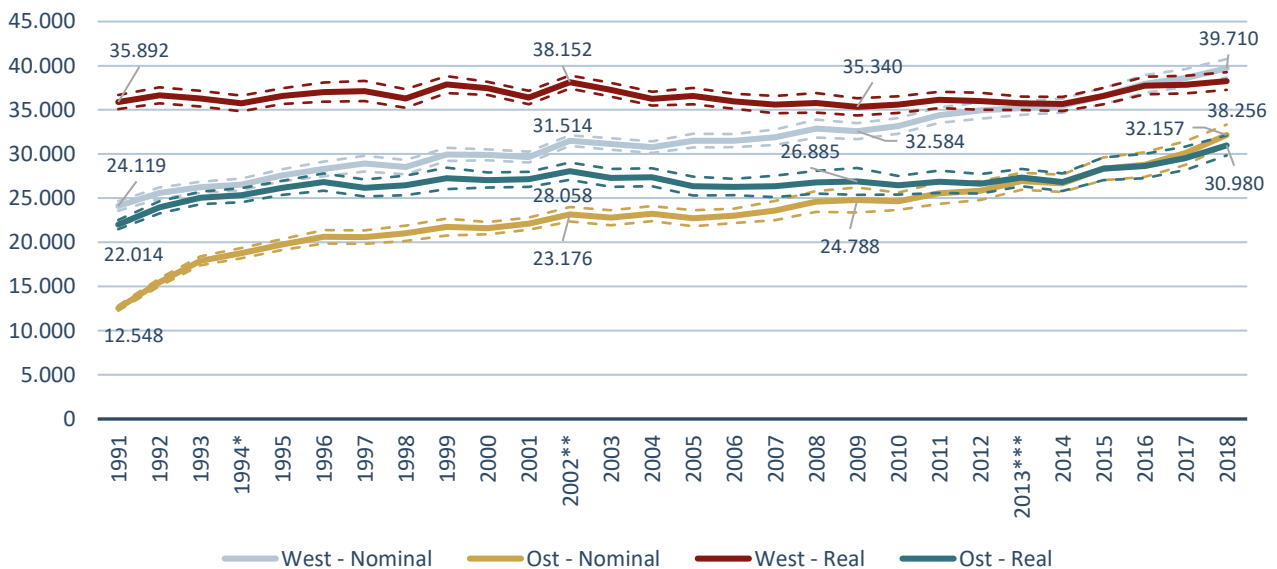
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

3.1.1 Regionale Unterschiede

Bei einer regionalen Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt sich ein weitestgehend ähnlicher zeitlicher Verlauf (Abbildung 3-4). Allerdings sticht das immer noch bestehende Einkommensgefälle zwischen Ost und West hervor, das sich unter anderem aus anhaltend unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen ergibt. Beispielhaft sei hier der höhere Anteil von Dienstleistungsberufen im Osten genannt, die im Durchschnitt geringer entlohnt werden als Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe. Dabei zeigen diverse Untersuchungen aber auch, dass gleichartige Produzenten im Osten oftmals weniger produktiv sind als ihre Konkurrenten im Westen (Produktivitätslücke), was teilweise auf Managementunterschiede, Qualitätsunterschiede in Inputfaktoren oder auch Markenrenommee zurückgeführt werden kann (Müller, 2021). Konkret betrug das durchschnittliche nominale Arbeitseinkommen im Osten im Jahr 1991 rund 12.548 Euro, während es im Westen bei 24.119 Euro lag. Nach einer raschen Zunahme der Arbeitseinkommen im Osten zu Beginn der 1990er Jahre ist seit Mitte der 1990er Jahre jedoch eine weitergehende Konvergenz ausgeblieben. In den 2000er Jahren entwickelten sich die nominalen und realen Einkommen in Ost- und Westdeutschland weitestgehend parallel zueinander.

Abbildung 3-4: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen nach Region

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

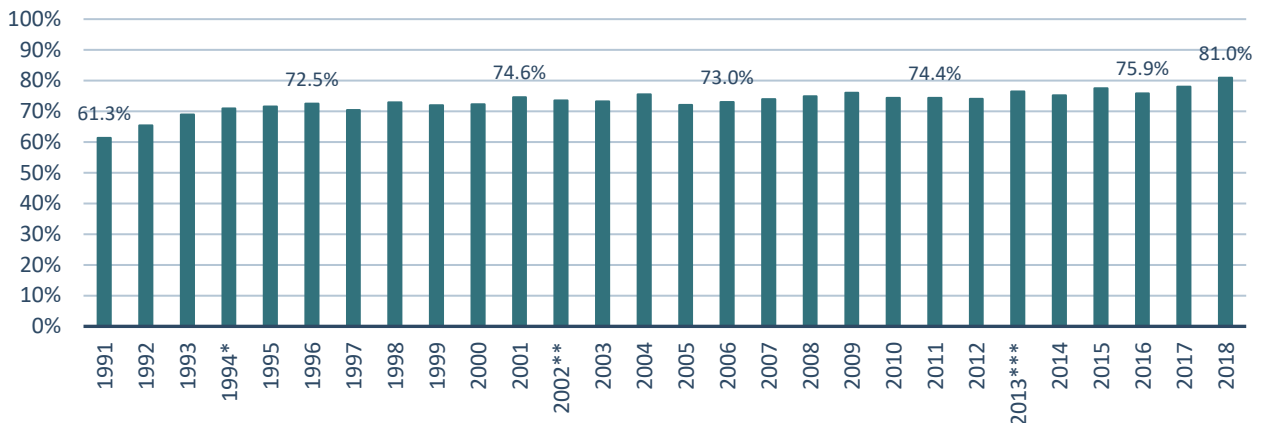
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Erst in den letzten Jahren sind die durchschnittlichen Arbeitseinkommen im Osten wieder stärker gestiegen als im Westen, sodass sich die Einkommenslücke verringerte (Abbildung 3-5): Zwischen 2015 und 2018 stieg das Niveau der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in Ostdeutschland von 77,5 Prozent auf 81,0 Prozent des westdeutschen Niveaus. 1991 lag es noch bei 61,3 Prozent. Bei allen Unterschieden zwischen Ost und West, die sich teilweise durch Struktur- und Produktivitätsunterschiede erklären lassen, sollte nicht verkannt werden, dass die durchschnittlichen Arbeitseinkommen im Osten seit der Wiedervereinigung real um rund 41 Prozent gestiegen sind, während es in Westdeutschland „nur“ 7 Prozent waren. Bei Betrachtung der durchschnittlichen nominalen Arbeitseinkommen ergibt sich für den Zeitraum von 1991 bis 2018 gar eine Einkommenssteigerung von rund 156 Prozent in Ostdeutschland und rund 65 Prozent in Westdeutschland.⁴ Inwieweit dabei tatsächlich alle Bevölkerungsgruppen

⁴ Beim Vergleich von realen Einkommensunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland wären idealerweise regionale Preisunterschiede zu berücksichtigen, um die tatsächliche Kaufkraft der Einkommen besser abzubilden. Regional differenzierte Preisindizes werden durch die amtliche Statistik jedoch nicht angeboten. Eigene Schätzungen in Schröder et al. (2019, 6) zeigen aber beispielsweise, „dass sich durch die Preisbereinigung das ohnehin kleiner gewordene Ost-West-Gefälle in der Betroffenheit von Armutsgefährdung abschwächt“. Die Berücksichtigung

gleichermaßen mitgenommen wurden, soll im Folgenden durch eine weitergehende Differenzierung unterschiedlicher sozio-ökonomischer Merkmale im Detail betrachtet.

Abbildung 3-5: Quotient der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen zwischen Ost und West



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

3.1.2 Unterschiede nach Erwerbsumfang

Die Höhe und Entwicklung der jährlichen realen Arbeitseinkommen für verschiedene Erwerbsumfänge unterscheidet sich erheblich und soll sich im Weiteren bereits als eines der wesentlichen Merkmale für die spezifische Entwicklung der zuvor im Durchschnitt betrachteten Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen herausstellen (Abbildung 3-6). Dabei fällt das durchschnittliche und mittlere reale Arbeitseinkommen von Teilzeitbeschäftigten weniger als halb so hoch aus wie bei Vollzeitbeschäftigten.⁵ Im Jahr 1991 betrug das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen der Beschäftigten in Teilzeit 16.926 Euro, während Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich 37.752 Euro im Jahr erzielten (inklusive Boni und Sonderzahlungen). Darüber hinaus stiegen die durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Vollzeitbeschäftigten bis zum Jahr 2002 beinahe kontinuierlich auf 44.398 Euro an, um in den Folgejahren durch einen Talkessel zu schreiten, in dem sich die Arbeitseinkommen zunächst bis 2009 leicht absenkten und bis 2014 nur leicht erhöhten. Ein größerer Wachstumsschub setzte erst nach 2014 ein. Im Jahr 2018 betragen die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen der Vollzeitbeschäftigten 45.478 Euro (+21 Prozent gegenüber 1991).

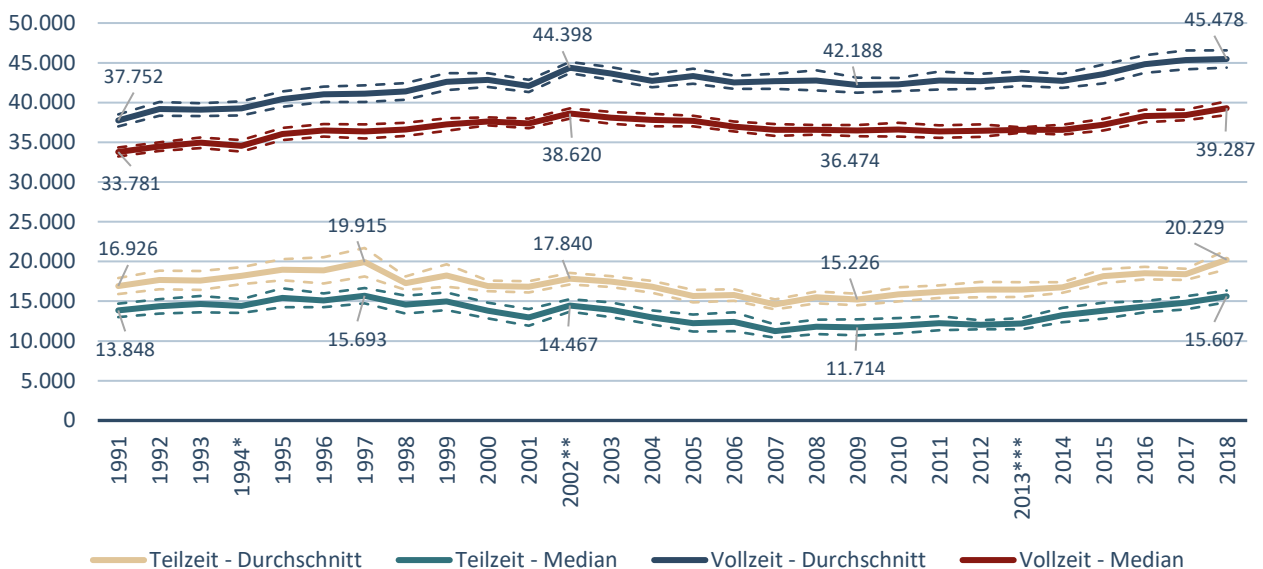
solcher Preisdisparitäten, die unter anderem auch zwischen urbanen und ländlichen Regionen bestehen dürften, ist daher für die Ergebnisse nicht unerheblich.

⁵ Eine Teilzeitbeschäftigung liegt gemäß SOEP-Definition auf Grundlage der Daten aus *pequiv* dann vor, wenn im letzten Jahr positive Arbeitseinkommen erzielt wurden und die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit größer-gleich eins und kleiner als 35 Wochenstunden war (Grabka, 2020).

Bei den Teilzeitbeschäftigten zeigt sich nur bis zum Jahr 1997 ein positiver Trend, wobei ein zwischenzeitlicher Höchstwert von 19.915 Euro erreicht wird. Zwischen 1997 und 2007 sanken die realen Arbeitseinkommen der Teilzeitbeschäftigten fast kontinuierlich auf 14.600 Euro im Durchschnitt, wo sie ihren vorläufigen Tiefstwert erreichen. Von 2007 bis 2014 stabilisierte sich die Situation bei einem leichten Aufwärtstrend, der ab 2014 deutlich stärker wurde. Im Jahr 2018 lag das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen der Teilzeitbeschäftigten bei 20.229 Euro im Jahr und damit rund 3.000 Euro höher als 1991 (+20 Prozent). Im Gegensatz dazu entwickelten sich die mittleren realen Arbeitseinkommen etwas schwächer, wenngleich sich die zeitlichen Veränderungen für beide Erwerbsgruppen weitestgehend ähnlich darstellen.

Abbildung 3-6: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren realen Arbeitseinkommen nach Erwerbsumfang

In Euro des Jahres 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

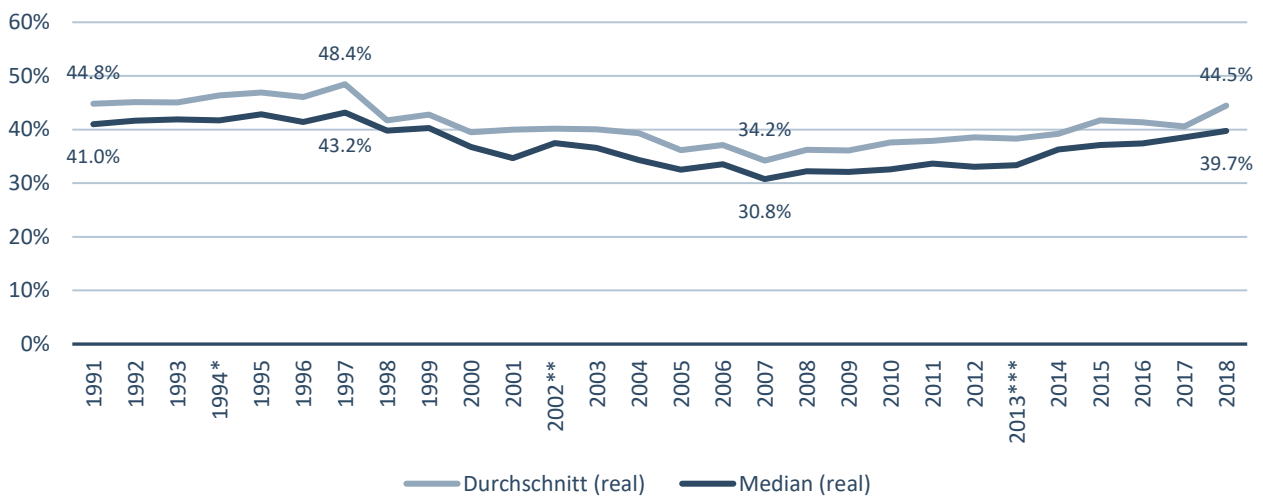
Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Die unterschiedliche Entwicklung der absoluten Arbeitseinkommen in Voll- und Teilzeit drückt sich auch in der Veränderung ihres Verhältnisses zueinander aus und zeigt sowohl Phasen der Divergenz als auch der Konvergenz deutlich auf (Abbildung 3-7). Während die Teilzeitarbeit im Jahr 1991 rund 44,8 Prozent des Einkommensniveaus der Vollzeitarbeit erreichte, stieg das Niveau bis zum Jahr 1997 auf 48,4 Prozent an. In den folgenden Jahren schlägt jedoch die schwächere Entwicklung der Arbeitseinkommen in Teilzeit zu Buche, sodass das Niveau bis zum Jahr 2007 auf 34,2 Prozent deutlich sank, bis hierhin jeweils immer am durchschnittlichen jährlichen

Arbeitseinkommen bemessen. Erst nach 2007 stieg das Niveau der Teilzeit gegenüber der Vollzeit wieder an und erreichte im Jahr 2018 mit 44,5 Prozent knapp das Niveau des Jahres 1991. Betrachtet man die Entwicklung der mittleren realen Arbeitseinkommen, so zeigt sich erneut ein vergleichbarer Trend über die Zeit auf einem geringeren Niveau, wobei der Unterschied bei 3 bis 5 Prozentpunkten in den jeweiligen Jahren liegt.

Abbildung 3-7: Quotient der durchschnittlichen und mittleren realen Arbeitseinkommen aus Teil- und Vollzeit



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

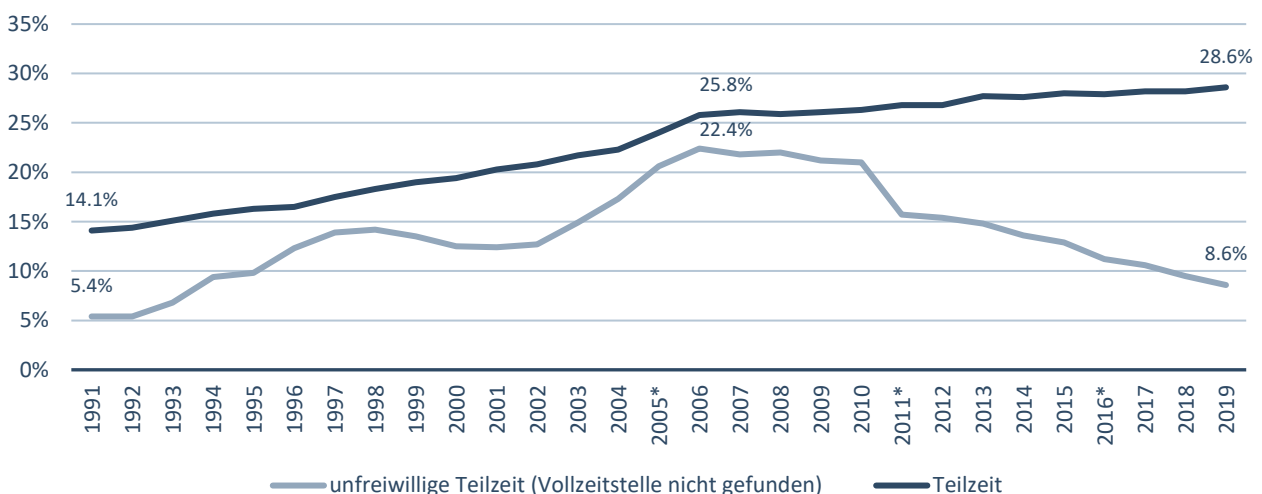
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Dass sich die Einkommensniveaus zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten phasenweise auseinanderentwickelt haben, dürfte aber kaum weniger an Veränderungen der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Beschäftigten in beiden Erwerbsgruppen liegen, da sich diese im SOEP über die Zeit nur marginal verringert haben. Trotz gewisser Niveauunterschiede zwischen SOEP und anderen Befragungsdaten wie beispielsweise der im Mikrozensus integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union zeigen sich bezüglich der zeitlichen Veränderungen sehr ähnliche Entwicklungen. Arbeiteten gemäß Arbeitskräfteerhebung Vollzeitbeschäftigte im Jahr 1991 durchschnittlich rund 41,4 Stunden pro Woche, so lag der Wert im Jahr 2019 nur etwas niedriger bei 41,0 Wochenstunden (betrachtet werden alle Erwerbspersonen im Alter von über 15 Jahren, die Arbeitnehmer, Selbständige oder mithelfende Familienangehörige sind; Destatis, 2021c). Im Vergleich dazu ist die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten im selben Zeitraum ebenfalls nur leicht von 20,0 Stunden auf 19,5 Stunden gesunken (Destatis, 2021c).⁶

⁶ Siehe zu Unterschieden zwischen SOEP und Mikrozensus in den erfassten Arbeitszeiten nach Erwerbsumfang ebenfalls Rengers et al. (2017).

Ein weiterer Hinweis darauf, dass Arbeitszeitveränderungen wenig entscheidend für die Entwicklung und Höhe der Arbeitseinkommen gewesen sind, zeigt der Vergleich mit der Entwicklung der vereinbarten realen Bruttostundenlöhne in der Haupttätigkeit (Grabka, 2021, Abbildung 1). Ähnlich den durchschnittlichen jährlichen Arbeitseinkommen sind die Bruttostundenlöhne zwischen 2003 und 2013 im Durchschnitt und im Median nahezu kontinuierlich zurückgegangen, was neben der allgemeinen Lohnzurückhaltung in dieser Periode auch auf die gestiegene Teilzeitbeschäftigung von Frauen zurückgeführt wird, die tendenziell in Berufen mit geringeren Durchschnittslöhnen arbeiten. Erst seit 2014 steigen auch die Bruttostundenlöhne wieder sehr deutlich und bilden damit einen ähnlichen Trend wie die Arbeitseinkommen ab, sodass auf eine tiefergehende Analyse der Bruttostundenlöhne an dieser Stelle verzichtet wird.

Abbildung 3-8: Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen und Quote der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten an allen Teilzeitbeschäftigten



Anmerkungen: Teilzeitbeschäftigte (ab 15 Jahren), die keine dauerhafte Vollzeitstelle gefunden haben (Hauptgrund), an allen Teilzeitbeschäftigten (ab 15 Jahren). * Zeitreihenbrüche durch methodische Veränderungen in den Jahren 2005, 2011 und 2016 – Ergebnisse sind somit nur eingeschränkt vergleichbar, zeitliche Trends sind jedoch weitestgehend stabil.

Quelle: Destatis, 2021b

Aus Abbildung 3-8 geht darüber hinaus hervor, dass sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen seit 1991 stark erhöht hat und von knapp 14 Prozent auf fast 29 Prozent im Jahr 2019 gestiegen ist. Ein besonders kräftiger Anstieg ist zwischen 2002 und 2006 zu beobachten, was das Statistische Bundesamt in Zusammenhang mit der Einführung der neuen Regelungen zu Minijobs als Teil der Hartz-Reformen stellt (Destatis, 2021b). Während der Aufwuchs der Teilzeitbeschäftigung von Ende der 1990er Jahre bis hinein in die Mitte der 2000er Jahre von einem Anstieg der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung begleitet war, bei der ein steigender Anteil der Beschäftigten insbesondere keine passende Vollzeitstelle finden konnte, war die Entwicklung ab Ende der 2000er Jahre von einer Abnahme der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung geprägt, wengleich die große Niveaureduzierung zwischen 2010 und 2011 wohl eher

auf methodische Umstellungen zurückzuführen ist. Der langfristige Trend bleibt davon jedoch unberührt. So sank die Quote der unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigten von 2011 mit rund 16 Prozent auf rund 9 Prozent im Jahr 2019. Interessant ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass der Anteil der Personen, die in Teilzeit beschäftigt waren und keine Vollzeittätigkeit wünschten, zwischen 2009 und 2019 von 23,5 Prozent auf 38,7 Prozent stieg. Die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen war mit 24,0 Prozent im Jahr 2019 ebenfalls ein immer noch häufig genannter Grund für eine Teilzeitbeschäftigung (2009 lag der Anteil bei 22,6 Prozent und damit noch etwas niedriger), den Frauen deutlich öfter nannten als Männer. Allerdings ist hierbei nicht klar, inwieweit die Teilzeitbeschäftigung in diesen Fällen freiwillig oder unfreiwillig stattfand. Auf diese Einschränkung weist das Statistische Bundesamt explizit hin.

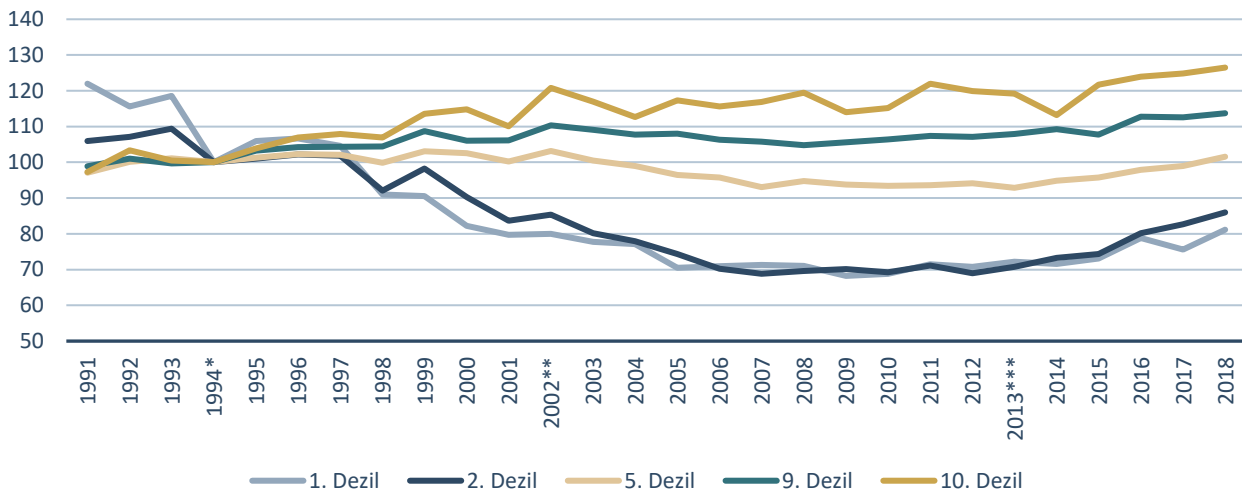
3.1.3 Unterschiede nach Arbeitseinkommensdezilen

Unterschiede im Wachstum der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen ergeben sich auch entlang der Arbeitseinkommensdezile, wobei Voll- und Teilzeitbeschäftigte zunächst wieder gemeinsam und danach getrennt betrachtet werden. Dabei zeichnet sich für die unteren Einkommensgruppen bei der gemeinsamen Betrachtung eine ungünstigere Entwicklung über den gesamten Zeitraum ab (Abbildung 3-9): Zwischen 1991 und 2013 verringerte sich das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen der unteren 20 Prozent nahezu kontinuierlich (was in etwas abgeschwächter Form ebenso noch für das 3. und 4. Dezil gilt). Erst nach 2009 zeigt sich eine aufwärts gerichtete Bewegung in den unteren Arbeitseinkommensgruppen. Im Jahr 2018 lag das reale Arbeitseinkommensniveau der unteren 20 Prozent bei weniger als 90 Prozent des Werts aus 1994 (im 3. und 4. Dezil knapp über 90 Prozent).

Für die mittlere Einkommensgruppe (5. Dezil) stellt sich die Entwicklung insgesamt etwas positiver dar. So haben sich in dieser Gruppe die durchschnittlichen Arbeitseinkommen in den 1990er Jahren zunächst kaum verändert, um zwischen den Jahren 2002 und 2007 dann jedoch ebenfalls zu sinken. Nach einer Phase der Stagnation bis zum Jahr 2013 sind die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen des 5. Dezils in der Folge wieder gestiegen und lagen im Jahr 2018 auf dem Niveau der 1990er Jahre. Im Gegensatz dazu haben sich die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen der oberen Einkommensgruppen, hier dargestellt die oberen 20 Prozent, deutlich positiver entwickelt, wenngleich auch für diese Gruppe eine Phase der Stagnation zwischen 2002 und 2014/2015 zu beobachten ist. Da die Arbeitseinkommen jedoch in den 1990er Jahre zuvor stärker gestiegen sind, ergeben sich für diese Gruppen deutlichere Realeinkommenssteigerungen gegenüber den früheren Jahren.

Abbildung 3-9: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Arbeitseinkommensdezilen

Index: 1994 = 100. Reale Größen in Preisen von 2015.



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige. Dezile der Arbeitseinkommen aller Beschäftigten.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

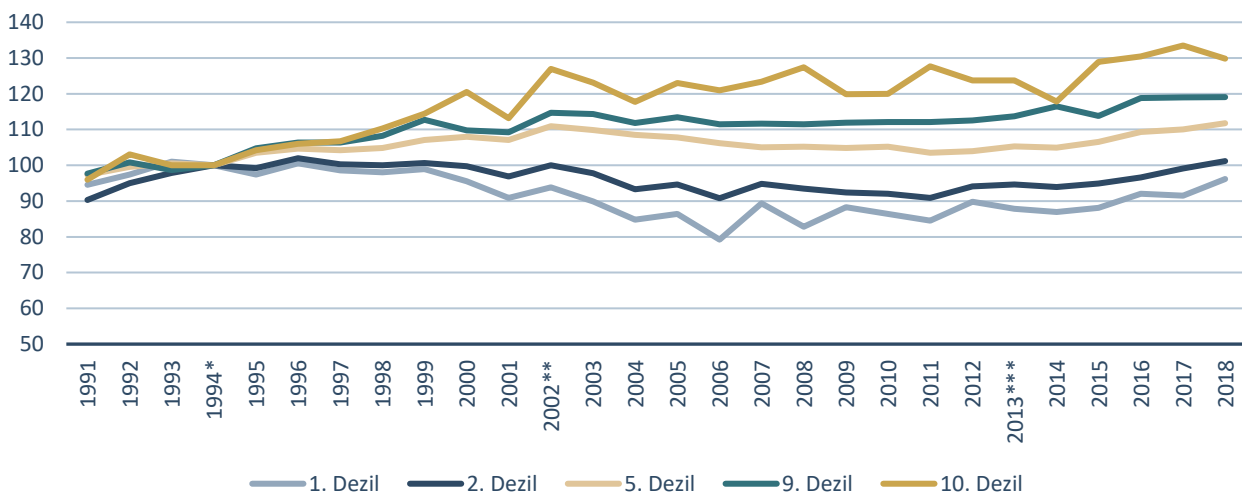
Auch hier fällt auf, dass spezifische Entwicklungen in unterschiedlichen Dezilen neben der Wahl des Startjahres für die Betrachtung durchaus auch auf methodisch bedingte Veränderungen in der Datenbasis durch Stichprobenergänzungen zurückgehen könnten (siehe auch die Methodenbox zur Datengrundlage). Besonders auffällig sind die Niveauveränderungen von 1993 zu 1994 im unteren Einkommensbereich, die durch die neue Zusatzstichprobe D entstanden sind, sowie die Veränderungen zwischen 2001 und 2002 im oberen Einkommensbereich, die mit der Hocheinkommensstichprobe G des SOEP zusammenhängen dürften. Aufgrund dieser lokalen Sprungstellen stellt sich die langfristige Entwicklung der Einkommensveränderungen im unteren Bereich insgesamt schlechter dar, als sie es eigentlich war, und im oberen Einkommensbereich eher zu positiv. Dieses Dilemma zwischen einer guten Abbildung der Bevölkerung im Querschnitt und einer konsistenten Zeitreihenbetrachtung lässt sich leider nicht auflösen, sollte bei der Beurteilung langfristiger Trends jedoch beachtet werden. Im Weiteren wird auf diese Problematik nicht mehr näher eingegangen, wenngleich sie damit weiterhin besteht. Bei der Betrachtung von Dezildurchschnitten aufeinanderfolgender Jahre ist weiter zu berücksichtigen, dass sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in den unteren Dezilen deutlich über die Jahre erhöht hat. Allein dieser Effekt dürfte sich erheblich auf die Höhe der durchschnittlichen Arbeitseinkommen in den unteren Dezilen ausgewirkt haben und die negativen Wachstumsraten

teilweise erklären.⁷ Darüber hinaus verharren dieselben Personen nicht zwangsläufig in ihrem Einkommensdezil von einem Jahr zum anderen, sodass sich die realen Arbeitseinkommen einzelner Personen durchaus anders entwickelt haben können.

So zeigt sich bei alleiniger Betrachtung der Vollzeitbeschäftigten nicht nur ein leicht positives Bild der realen Arbeitseinkommensentwicklung, sondern auch ein geringerer Unterschied zwischen den Dezilen (Abbildung 3-10). Während sich hier zwar ebenfalls eine zunehmende Spreizung zwischen Ende der 1990er Jahre und dem Jahr 2005 ergibt, sind die Unterschiede in den Einkommensgruppen in der Folge weitestgehend stabil zueinander geblieben. Nach 2014 zeigt sich ein besonders kräftiger Anstieg in den unteren und mittleren Einkommensgruppen und damit eine sich schließende Schere zwischen den Arbeitseinkommen. Dank des jüngsten Einkommenswachstums lag das reale Arbeitseinkommen im Durchschnitt der jeweiligen Gruppen Ende 2018 über dem Niveau von Mitte der 1990er Jahre. Eine Ausnahme stellt das 1. Dezil dar, was in realen Größen das Niveau von 1991 wieder erreichen konnte. Deutlichere reale Zugewinne zeichnen sich mit steigender Arbeitseinkommensposition ab, wobei sich die 2000er Jahre für alle Einkommensgruppe als Phase der Stagnation oder des Verlusts erwiesen haben.

Abbildung 3-10: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Arbeitseinkommensdezilen – nur Vollzeit

Index: 1994 = 100. Reale Größen in Preisen von 2015.



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige. Dezile der Arbeitseinkommen der Vollzeitbeschäftigten.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

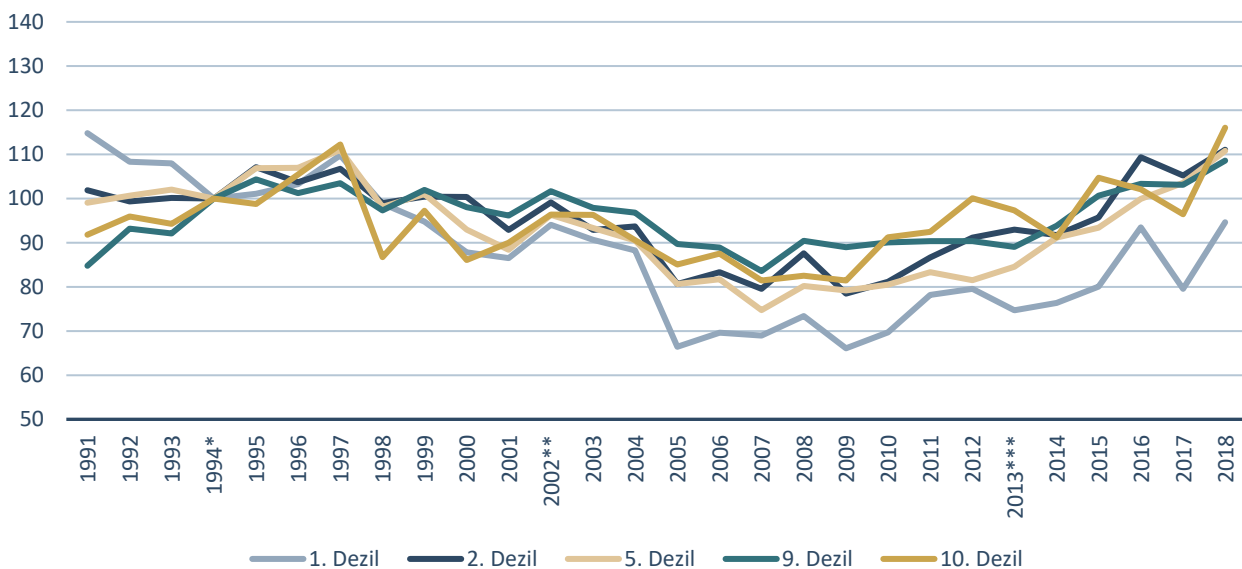
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

⁷ Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Personen im Rentenalter, die überwiegend in Teilzeit und Minijobs tätig sind, scheidet aufgrund der gewählten Altersbeschränkung hingegen als Erklärung aus.

Dagegen zeigt sich für die Teilzeitbeschäftigten eine deutlich andere Entwicklung ihrer realen Arbeitseinkommen (Abbildung 3-11). Besonders auffallend ist, dass sich die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in nahezu allen Einkommensdezilen sehr ähnlich zueinander entwickelt haben, sodass kaum eine weitere Spreizung in den individuellen Arbeitseinkommen der Teilzeitbeschäftigten festzustellen ist. Lediglich die Entwicklung im 1. Dezil fällt etwas negativer aus als in den anderen Dezilen, was auf einen markanten Niveauabfall zwischen den Jahren 2004 und 2005 um über 20 Prozentpunkte zurückgeht. Eine genaue Ursache kann hierfür nicht genannt werden, sie könnte jedoch in der Einführung der Minijobs im Zuge der Hartz-Reformen zu finden sein. Insgesamt folgt die Entwicklung der Arbeitseinkommen der Teilzeitbeschäftigten einer U-Form, wobei die durchschnittlichen Einkommen aller Dezile zwischen Ende der 1990er Jahre bis Ende der 2010er Jahre zunächst deutlich gesunken und danach kräftig angestiegen sind. Beinahe alle betrachteten Einkommensgruppen erreichen zuletzt im Jahr 2018 ein höheres reales Einkommensniveau als Mitte der 1990er Jahre. Eine Ausnahme davon stellen lediglich die unteren 10 Prozent dar.

Abbildung 3-11: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Dezilen der Arbeitseinkommen – nur Teilzeit

Index: 1994 = 100. Reale Größen in Preisen von 2015.



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige. Dezile der Arbeitseinkommen der Teilzeitbeschäftigten.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Insgesamt deutet die nach dem Erwerbsumfang differenzierte Betrachtung darauf hin, dass die Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in den unteren

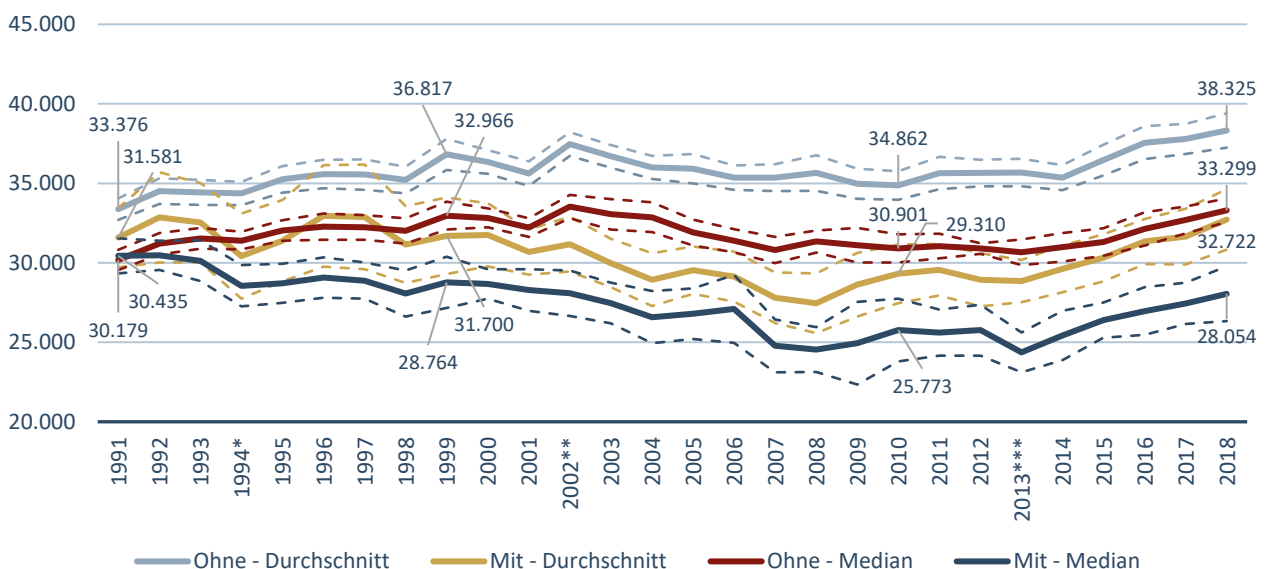
Einkommensgruppen maßgeblich durch die Veränderungen der Einkommenssituation der Teilzeitbeschäftigten getrieben und durch den zunehmenden Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung beeinflusst wurde. Dabei haben sich die Einkommen der Teilzeitbeschäftigten in den einzelnen Dezilen bemerkenswert homogen entwickelt und sind wie die durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Vollzeitbeschäftigten in den 2010er Jahren real wieder deutlich gestiegen.

3.1.4 Unterschiede nach Migrationshintergrund und Bildungsniveau

Unterschiede in der Höhe und Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren realen Arbeitseinkommen ergeben sich auch im Hinblick auf den Migrationshintergrund (Abbildung 3-12). Während die Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund bis zum Jahr 2002 sowohl im Durchschnitt als auch im Mittel zunächst gestiegen sind und sich erst nach 2002 rückläufig entwickelt haben, was mit dem steigenden Anteil der (unfreiwilligen) Teilzeit zu tun haben dürfte, haben sich die realen Arbeitseinkommen für Personen mit Migrationshintergrund sowohl im Durchschnitt als auch im Mittel deutlich schlechter entwickelt.

Abbildung 3-12: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren realen Arbeitseinkommen nach Migrationshintergrund

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Während sich das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund zwischen 1991 und 2000 weitestgehend unverändert zeigt, ist in der Folge ein deutlicher Rückgang bis 2008 zu beobachten. Nach einem kleinen Anstieg Ende der 2000er Jahre ist ab 2013 ein kräftiger Anstieg zu erkennen. Der Median hat sich hingegen zwischen 1991 und 2009 nahezu kontinuierlich verringert, stabilisierte sich dann auf niedrigerem Niveau von knapp 25.000 Euro und ist ebenfalls nach 2013 deutlich gestiegen. Dort lag er jedoch auch 2018 noch unter dem Niveau von 1991. Im Gegensatz dazu ist für Beschäftigte ohne Migrationshintergrund sowohl im Durchschnitt als auch im Mittel nach dem Rückgang zwischen 2002 und 2007 zunächst eine ausgedehnte Stagnationsphase ihrer realen Arbeitseinkommen zu erkennen, die dann nach 2013/2014 in ein kräftiges Einkommenswachstum übergeht.

Unterschiedliche Entwicklungen ergeben sich ebenfalls für verschiedene Bildungsniveaus (Abbildung 3-13). Grundsätzlich liegt dabei das reale Arbeitseinkommen von Personen mit einem geringen Bildungsabschluss zu allen Zeitpunkten im Durchschnitt am niedrigsten. Zu jener Gruppe zählt das SOEP alle Befragten mit einem Haupt- oder Realschulabschluss, einem anderen, nicht näher genannten Abschluss oder ohne formalen Bildungsabschluss. Zur Gruppe mit einem mittleren Bildungsniveau zählen Personen mit Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossener Lehre oder Abschluss einer Berufsfachschule. Ein hohes Bildungsniveau liegt vor, wenn eine Fachhochschule, Universität, Schule des Gesundheitswesens oder Technische Universität erfolgreich besucht oder eine Beamtenausbildung absolviert wurde.⁸ Über den gesamten Beobachtungszeitraum haben sich die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen der drei Gruppen erkennbar auseinanderbewegt, wobei ähnliche zeitliche Veränderungen und markante Wendepunkte wie zuvor sichtbar werden (aber weniger stark in Bezug auf die diskutierten Zeitreihenbrüche). Während die realen Arbeitseinkommen der Personen mit niedrigem Bildungsniveau bis Ende der 90er Jahre zunächst stagnierten, sanken sie in den Folgejahren nahezu kontinuierlich. Im Jahr 2009 kam die negative Entwicklung zum Stillstand und erst nach 2013 zeichnete sich wieder ein deutlicheres Plus ab, wobei die realen Arbeitseinkommen im Durchschnitt noch unter ihrem Wert aus den 1990er Jahren lagen. So lag das Niveau der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen für geringer Gebildete im Jahr 2018 mit rund 23.100 Euro deutlich unterhalb des Niveaus des Jahres 1991, wo es bei rund 25.300 Euro lag (8,8 Prozent).

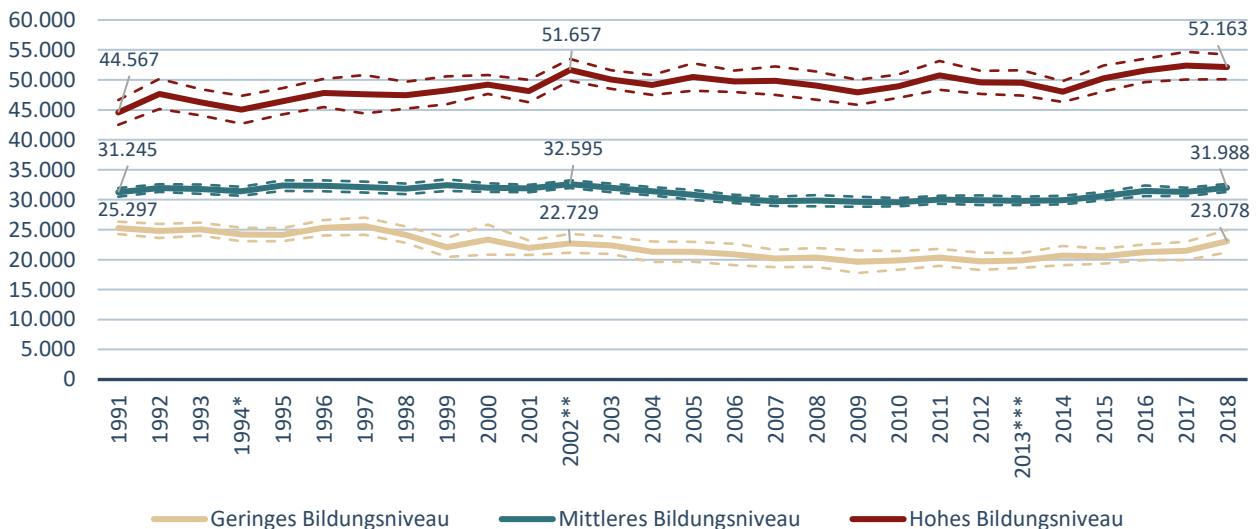
Einen geringen, aber positiven Einkommenszuwachs konnten Personen mit mittlerem Bildungsniveau verzeichnen, deren reale Arbeitseinkommen im gleichen Zeitraum von rund 31.200 Euro auf 32.000 Euro stiegen (+2,3 Prozent). Für diese Gruppe zeichnete sich wie bei höher Qualifizierten zwischen 1991 und 2002 zunächst ein reales Wachstum der durchschnittlichen Arbeitseinkommen ab, dem jedoch eine Periode des Rückgangs bis Ende der 2000er Jahre folgt. Anschließend stagnierte das reale Arbeitseinkommen einige Jahre, um nach 2013 wieder deutlicher anzusteigen. Klare reale Zuwächse finden sich nur in der oberen Bildungsgruppe, in der sich die Einkommen von rund 44.600 Euro auf 52.200 Euro gesteigert haben. Ein erster deutlicher Anstieg ist dabei zwischen 1991 und 2002 zu beobachten. Aber auch in dieser Gruppe zeigt sich nach 2002 bis zum Jahr 2014 eine Stagnation der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen.

⁸ Hierbei ist aus der Dokumentation zu *pequiv.dta* nicht klar, ob zwischen den unterschiedlichen Beamtenlaufbahnen im SOEP unterschieden wird oder nicht (Grabka, 2020).

Erst nach 2014 ist ebenfalls für die höher Gebildeten ein deutliches Einkommensplus zu verzeichnen.

Abbildung 3-13: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Bildungsniveau

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkungen: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Geringes Bildungsniveau = Hauptschule, Realschule, kein Abschluss, anderer Abschluss

Mittleres Bildungsniveau = Abitur, Fachhochschulreife, Lehre, Berufsfachschule

Hohes Bildungsniveau = Fachhochschule, Universität, Schule des Gesundheitswesens, Technische Universität, Beamtenausbildung

Quelle: SOEP v36; eigene Berechnungen

Das erreichte Bildungsniveau steht somit in einem engen Zusammenhang mit der Höhe und insbesondere mit den realen Einkommenssteigerungen der Beschäftigten, wengleich andere Faktoren wie das Alter, die Zahl der zu versorgenden Haushaltsmitglieder, individuelle Präferenzen und der Erwerbsumfang ebenso Einfluss haben, was jeweils isoliert bereits gezeigt wurde. Eine zunehmende Globalisierung und Automatisierung dürfte ebenfalls zur beobachteten Entwicklung insbesondere in den 2000er Jahren beigetragen und Druck auf einfache Tätigkeiten mit geringen Bildungsanforderungen und ihre Entlohnung ausgeübt haben.

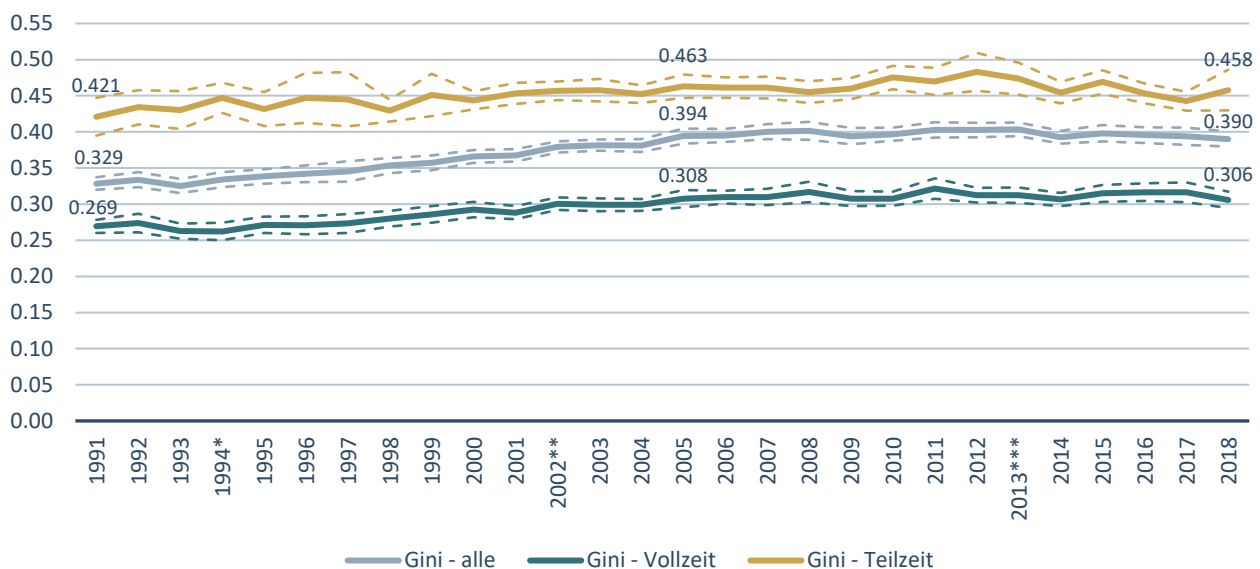
3.1.5 Entwicklung der relativen Ungleichheit der Arbeitseinkommen

In Summe haben die bislang beschriebenen Entwicklungen dazu geführt, dass das Niveau der Ungleichheit der jährlichen (realen) Arbeitseinkommen zwischen 1991 und 2005 zunächst nahezu kontinuierlich gestiegen ist (Abbildung 3-14). In diesem Zeitraum erhöhte sich der Gini-

Koeffizient von 0,329 auf 0,394, der bei ausschließlich positiven Zahlen Werte zwischen null und eins annehmen kann. Bei vollkommener Gleichverteilung der Einkommen läge der Gini bei null, bei vollständiger Ungleichverteilung würde er einen Wert von eins einnehmen. Nach 2005 blieb der Gini-Koeffizient der Arbeitseinkommen dann nahezu unverändert und erreichte 2011 einen vorläufigen Höhepunkt. Nach 2013 zeigt sich eine leichte Abnahme der Ungleichheit in den jährlichen Arbeitseinkommen, was mit dem relativ starken Anstieg der Arbeitseinkommen in den unteren Einkommensbereichen und in Teilzeit zusammenhängen dürfte.

Abbildung 3-14: Entwicklung der Ungleichheit der jährlichen realen Arbeitseinkommen nach Erwerbsumfang

Gini-Koeffizient. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Die getrennte Analyse von Teilzeit- und Vollzeiterwerbstätigen führt an dieser Stelle zu qualitativ ähnlichen Ergebnissen, wenn es um die zeitliche Veränderung der Arbeitseinkommensungleichheit geht. Allerdings zeigt sich für die Teilzeitbeschäftigten eine höhere Ungleichheit innerhalb der Gruppe und damit ein höherer Wert des Gini-Koeffizienten. Ein Grund dafür ist die höhere Stundenvarianz unter den Teilzeitbeschäftigten. Dabei stieg der Gini-Koeffizient der Teilzeitbeschäftigten zwischen 1991 und 2005 von 0,421 auf 0,463 und fand seinen Höhepunkt im Jahr 2012 mit einem Gini von 0,483. Gleichzeitig zeigt sich danach ein Rückgang der Ungleichheit, wobei der Gini-Koeffizient auf einen Wert von 0,458 sinkt. Insgesamt ist bei den Teilzeitbeschäftigten der Anstieg der Ungleichheit über den gesamten Zeitraum flacher als bei den

Vollzeitbeschäftigten (+9 Prozent). In der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten fällt die Verteilung der jährlichen realen Arbeitseinkommen zwar in allen Zeitpunkten gleichmäßiger aus – wenngleich sich auch hier das Niveau der Ungleichheit in der langen Frist erhöht hat –, der relative Anstieg ist jedoch mit rund 14 Prozent höher als in der Gruppe der Teilzeitbeschäftigten. So erhöhte sich der Gini-Koeffizient der Vollzeitbeschäftigten von 0,269 im Jahr 1991 auf 0,322 im Jahr 2011, um bis zum Jahr 2018 auf 0,306 Gini-Punkte wieder leicht zu fallen. Dabei zeigt sich ein wesentlicher Anstieg der Ungleichheit in den realen Arbeitseinkommen bereits von Mitte der 1990er bis zum Jahr 2005. Anschließend zeigt sich eine stabile bis leicht rückläufige Entwicklung.

3.2 Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit

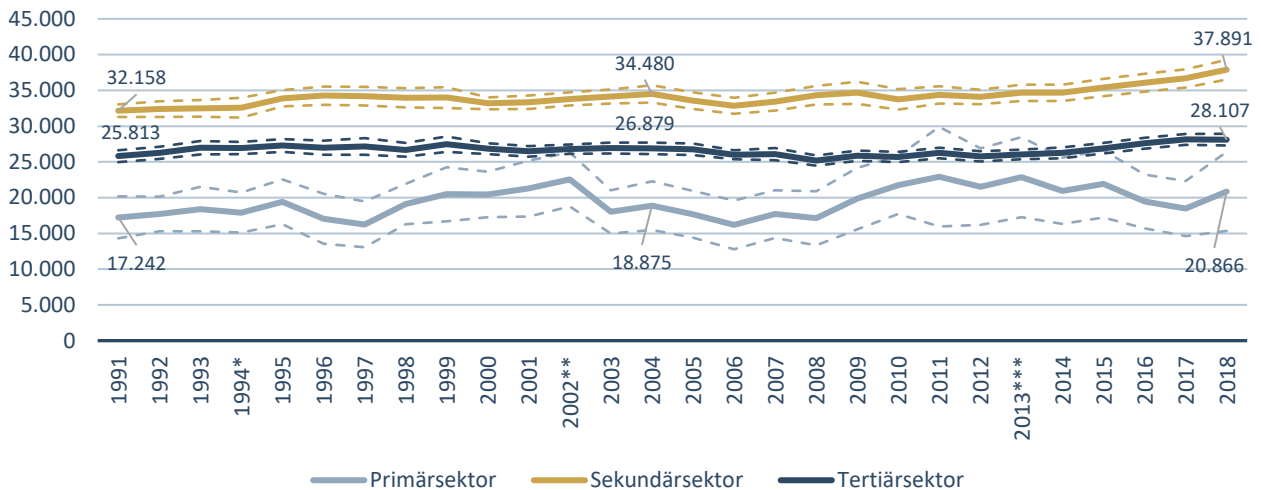
Die bisherigen Ergebnisse haben sich auf die Summe der jährlichen Arbeitseinkommen aus einer Haupt- und Nebentätigkeit bezogen. Um eine eindeutige Zuordnung zu verschiedenen Branchen und Sektoren vornehmen und diese genauer analysieren zu können, wird im Folgenden auf die Entwicklung der realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit geblickt. Für die Klassifikation der Berufe wird die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE) verwendet. Da ein möglichst langer Zeitraum betrachtet werden soll, wird die revidierte Version 1.1 der Systematik verwendet. Weil das SOEP seit 2017 nur noch Berufe gemäß NACE Version 2 erhebt, wurden diese Informationen mithilfe von Korrespondenztabelle in die ältere Systematik 1.1 übertragen. Die weiteren Einschränkungen bezüglich Alter und Erwerbsarten bleiben bestehen. Im Vergleich zu den vorherigen Ergebnissen fallen die Unterschiede in der durchschnittlichen Einkommenshöhe insgesamt gering aus, da die Arbeitseinkommen aus der Haupttätigkeit der bestimmende Faktor für die Entwicklung der Gesamtarbeitseinkommen der Erwerbstätigen sind. Die Höhe der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen fällt bei alleiniger Betrachtung der Haupterwerbstätigkeit folglich etwas geringer aus. Zudem zeichnet sich ein etwas geringeres Wachstum der Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit ab, wobei der Unterschied über den gesamten Beobachtungszeitraum rund einen Prozentpunkt ausmacht. Ähnliches gilt für die Unterschiede nach Erwerbsumfang.

3.2.1 Sektorale Unterschiede und Unterschiede nach Erwerbsumfang

Im Primärsektor, der sowohl die Land- und Forstwirtschaft als auch die Fischerei und den Bergbau umfasst, lagen die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in jedem Jahr seit 1991 niedriger als im Sekundärsektor, der sämtliche industrielle Produktion zusammenfasst, oder als im Tertiärsektor, in dem sich die Dienstleistungsbranchen wiederfinden (Abbildung 3-15). Trotz des niedrigeren Ausgangsniveaus mit durchschnittlich rund 17.200 Euro im Primärbereich sind in diesem Sektor die Einkommen gemäß SOEP mit rund 21 Prozent am stärksten zwischen 1991 und 2018 gestiegen. Auch der Sekundärbereich hat seit der Wiedervereinigung ein deutliches reales Plus von rund 17,8 Prozent zu verzeichnen. Dabei stiegen die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen von rund 32.200 Euro auf 37.900 Euro. Die geringste Steigerungsrate weist der Tertiärbereich mit rund 8,9 Prozent im selben Zeitraum auf. Die realen Arbeitseinkommen stiegen hier im Schnitt von rund 25.800 Euro auf 28.100 Euro.

Abbildung 3-15: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach Sektoren

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

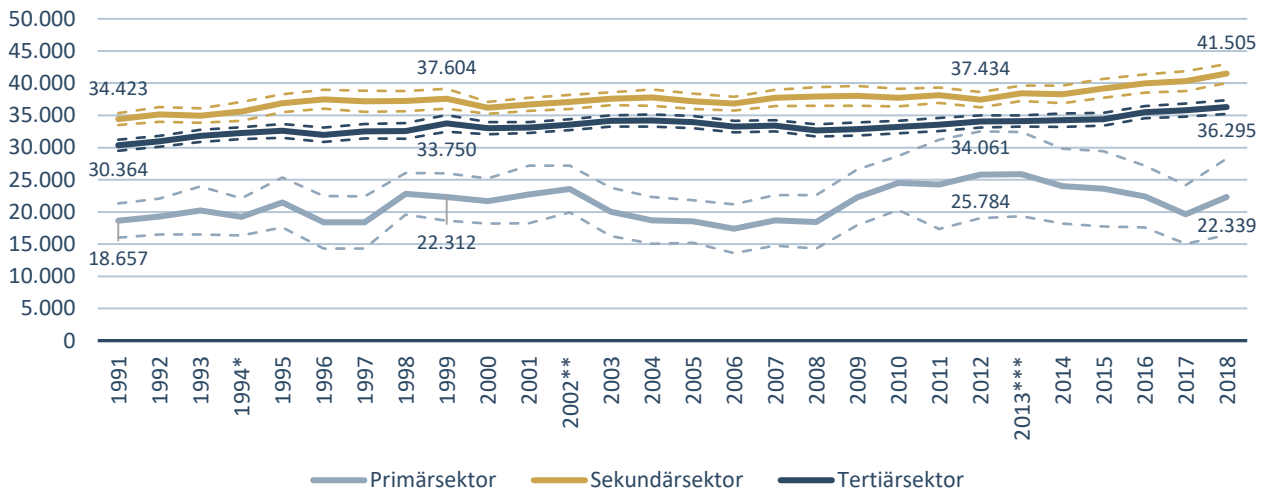
Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Auch hier wird ein Großteil der Unterschiede in den Einkommenshöhen und Entwicklungen durch Unterschiede in den Erwerbsstrukturen erklärt. Mit Blick auf den Sekundär- und Tertiärsektor zeigen sich ähnliche Muster und Verlaufsformen wie bei der allgemeinen Betrachtung (Abbildung 3-16 und Abbildung 3-17). Der Primärsektor ist beim Vergleich der Teilzeitbeschäftigten ausgenommen, da im SOEP nicht hinreichend viele Personen in diesem Sektor beobachtet werden können (weniger als 100 Fälle pro Jahr). Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass sich bei jeweils alleiniger Betrachtung der Vollzeit- wie auch der Teilzeitbeschäftigten etwas geringere absolute Einkommensunterschiede zwischen den Sektoren ergeben als bei der Gesamtbetrachtung zuvor. So liegt das Einkommensniveau der Vollzeitbeschäftigten im Sekundärsektor in allen Jahren zwischen 3.100 Euro bis 5.500 Euro höher als im Tertiärbereich. Bei Teilzeiterwerbstätigen liegen die absoluten Einkommensunterschiede – mit Ausnahme der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung – ebenfalls zwischen 1.800 und 6.400 Euro, obwohl das durchschnittliche Arbeitseinkommen für Teilzeitbeschäftigte in beiden Sektoren teilweise weniger als halb so hoch ist.

Abbildung 3-16: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach Sektoren – nur Vollzeit

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige.

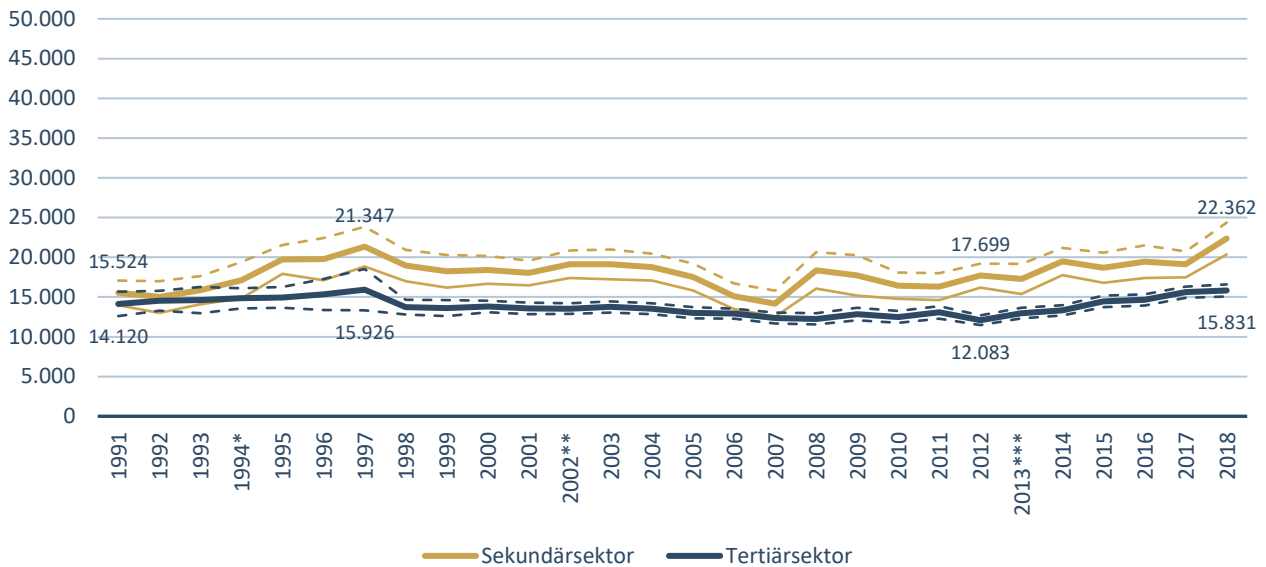
Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Zudem überrascht, dass sich neben kleineren asynchronen Schwankungen im Zeitverlauf überwiegend ein ähnlicher Wachstumspfad für beide Erwerbsgruppen zeigt, das heißt, die jährlichen prozentualen Einkommensveränderungen auf unterschiedlichen Niveaus nahezu identisch sind. Dadurch zeigt sich ein fast paralleler Verlauf der Durchschnittseinkommen. Somit spielt die veränderte Beschäftigungsstruktur, also der gestiegene Anteil der Teilzeitbeschäftigung in allen Sektoren – wobei der Primärbereich hier ausgeklammert wird –, eine ganz wesentliche Rolle für ein insgesamt abgeschwächtes Einkommenswachstum in den 2000er Jahren. Die höhere Teilzeitquote ist ebenso für das Auseinanderdriften der Einkommen im oberen und unteren Einkommensbereich sowie zwischen dem Sekundärsektor und dem Tertiärsektor wesentlich, wobei der Teilzeitanteil im Tertiärsektor schon immer höher ausfiel als in den anderen Sektoren und über die Jahre noch größer wurde. So lag der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Sekundärsektor im Jahr 1995 bei rund 18,4 Prozent, während er im Tertiärsektor bei rund 29,9 Prozent lag. Im Jahr 2018 lagen die Anteile bei respektive 19,9 Prozent und 38,4 Prozent. Gleichzeitig waren 1995 rund 71,6 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten im Tertiärsektor tätig, während dieser Anteil auf rund 84,2 Prozent bis zum Jahr 2018 stieg.

Abbildung 3-17: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach Sektoren – nur Teilzeit

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige. Teilzeit-Beschäftigte im Primärsektor aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht angezeigt.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

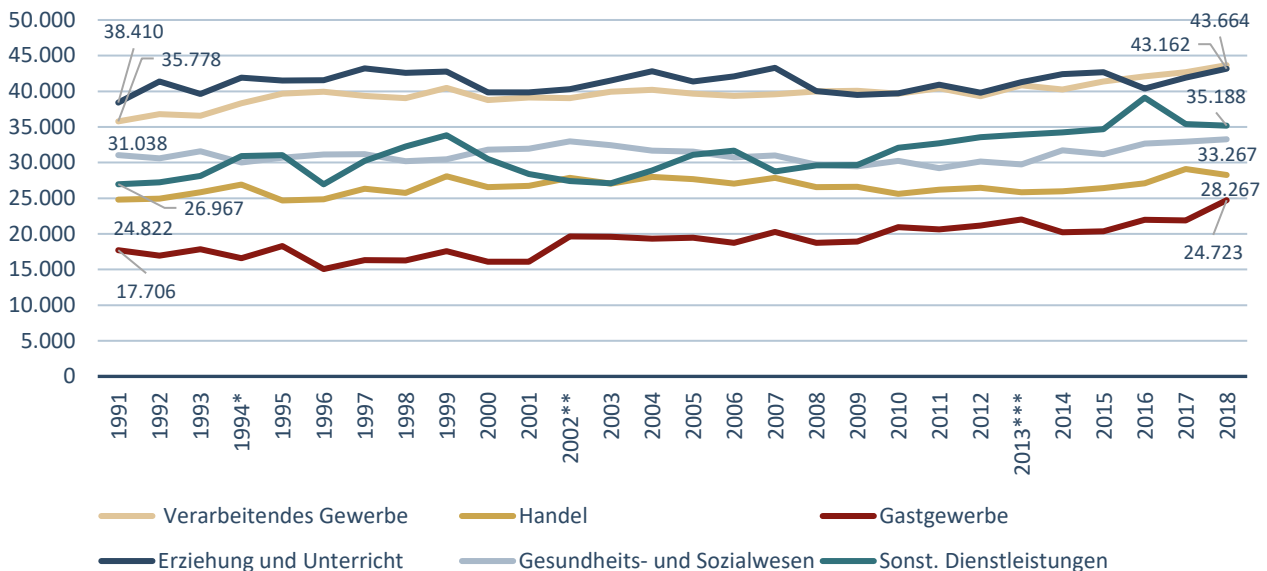
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

3.2.2 Unterschiede nach Branchen (nur Vollzeit)

Ein noch stärker differenzierter Blick auf einzelne Branchen, die wie das Gastgewerbe besonders stark von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie betroffen waren, zeigt zum Teil erhebliche Unterschiede in der Höhe der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen (Abbildung 3-18). Bei insgesamt gestiegenen realen Arbeitseinkommen der Vollzeitbeschäftigten in allen Gruppen sind aber keine erheblichen Rangverschiebungen in der Einkommenshierarchie über die Zeit zu verzeichnen. Die niedrigsten durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen lassen sich im Gastgewerbe sowohl zu Beginn der 1990er Jahre beobachten als auch zuletzt im Jahr 2018, was sich unter anderem durch einen hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen erklären lassen dürfte. Allerdings stieg das reale Arbeitseinkommen im betrachteten Zeitraum von durchschnittlich 17.700 Euro auf 24.700 Euro um 40 Prozent und näherte sich dem Niveau des Handels an (Einzel- und Großhandel inklusive Handel mit Kraftfahrzeugen). Größere Zuwächse waren ebenfalls in den sonstigen Dienstleistungsberufen zu verzeichnen, während die Arbeitseinkommen im Gesundheits- und Sozialwesen real nur wenig zulegen konnten. Allerdings lag das durchschnittliche Arbeitseinkommensniveau im Gesundheits- und Sozialwesen zuletzt weiterhin höher als im Handel oder dem Gastgewerbe.

Abbildung 3-18: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach ausgewählten Branchen – nur Vollzeit

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015.



Anmerkung: Beschränkt auf Personen im erwerbsfähigen Alter von einschließlich 18 bis 64 Jahren mit positiven Arbeitseinkommen (>0) aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit. Ausgeschlossen sind Nicht-Erwerbstätige, Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Rentner, Ersatzdienstleistende und mithelfende Familienangehörige. Erst ab dem Jahr 2000 liegen Informationen für das Saarland vor.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

An der Spitze dieser Betrachtung steht das Verarbeitende Gewerbe; aber auch die weit gefasste Branche Erziehung und Unterricht weist ein entsprechend hohes durchschnittliches Arbeitseinkommen der Vollzeitbeschäftigten auf. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen von rund 35.800 Euro im Jahr 1991 auf zuletzt 43.700 Euro im Jahr 2018, ein Plus von 22,1 Prozent. Hingegen stiegen die Arbeitseinkommen im Bereich Erziehung und Wissenschaft im gleichen Zeitraum von rund 38.400 Euro auf 43.200 Euro um nur 12,5 Prozent. Insgesamt zeigt sich auch, dass die absoluten Einkommensabstände zwischen den Gruppen über die Jahre tendenziell kleiner geworden sind und die durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Vollzeitbeschäftigten aller hier betrachteten Branchen gestiegen sind. Die Entwicklung der realen Arbeitseinkommen nach ausgewählten Branchen nur für Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse kann aufgrund von geringen Fallzahlen nicht weiterverfolgt werden.

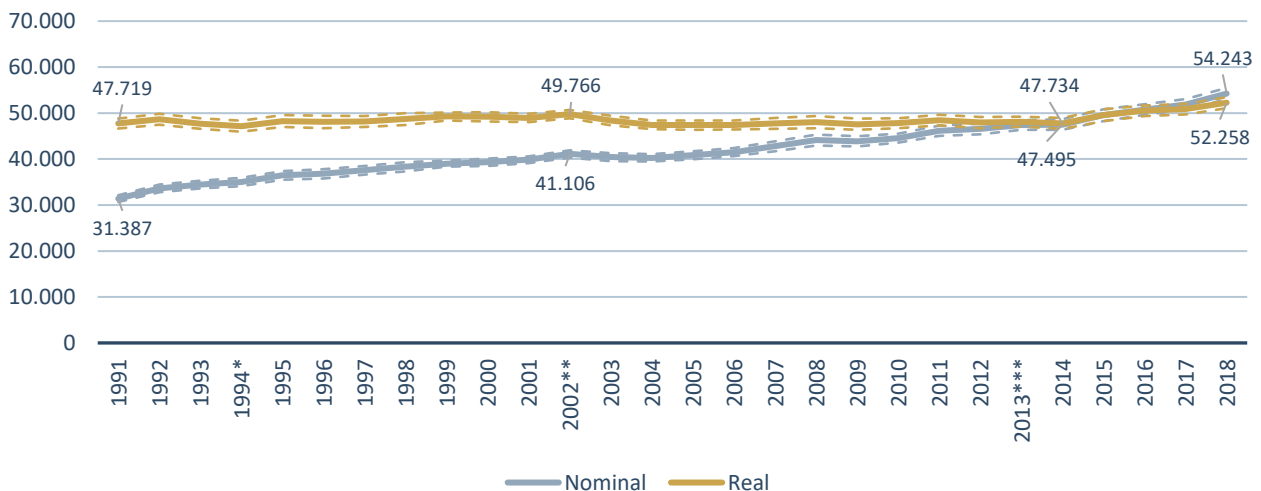
4 Arbeits- und Kapitaleinkommen auf Haushaltsebene

4.1 Entwicklung nominaler und realer Größen

Als nächstes verlassen wir die individuelle Ebene der Arbeitseinkommen und betrachten die Einkommen der Haushalte vor Steuern und Abgaben, die im Wesentlichen aus den aggregierten Arbeits- und Kapitaleinkommen der Haushaltsmitglieder bestehen. Unterschiede in der Zusammensetzung und Altersstruktur der Haushalte bleiben weiterhin noch unberücksichtigt. In Abbildung 4-1 ist die Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen der Haushalte seit der Wiedervereinigung dargestellt. Insgesamt zeigen sich ähnliche Trends wie auf Personenebene, allerdings auf einem höheren absoluten Niveau. Dabei stiegen die durchschnittlichen nominalen Arbeitseinkommen der Haushalte von rund 31.400 Euro im Jahr 1991 auf 54.200 Euro im Jahr 2018 (+73 Prozent).

Abbildung 4-1: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen auf Haushaltsebene

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Haushalte mit einem positiven Haushaltsarbeitseinkommen aus nicht selbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

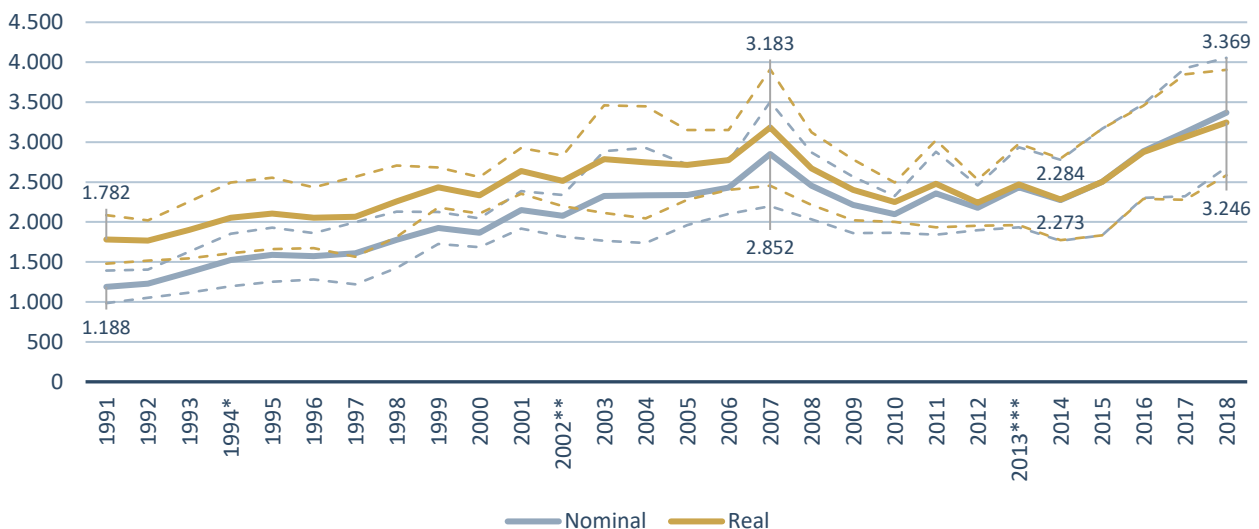
Berücksichtigt man erneut die zeitlichen Veränderungen in der Kaufkraft und drückt die Einkommen in Preisen des Jahres 2015 aus, so ist das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen der Haushalte zwischen 1991 und 2018 von rund 47.700 Euro auf 52.300 Euro angestiegen, was einem Plus von 10 Prozent entspricht. Somit zeigt sich auch hier, dass ein großer Teil der Einkommenszuwächse durch Preissteigerungen von Gütern und Dienstleistungen aufgezehrt wurde und das reale Einkommensplus deutlich unterhalb der nominalen Steigerungsraten liegt.

Als Phase eines besonders starken realen Einkommensanstiegs erweist sich dabei die Periode von 2015 bis 2018, die durch eine zunehmend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und geringe jährliche Inflationsraten, einer stark gestiegenen Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse sowie der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 gekennzeichnet ist. Dieser Trend dürfte sich sicherlich auch noch im Jahr 2019 fortgesetzt haben und erst durch die Corona-Pandemie jäh unterbrochen worden sein.

Auch die durchschnittlichen nominalen sowie realen Kapitaleinkommen der privaten Haushalte sind zwischen 1991 und 2018 deutlich gestiegen (Abbildung 4-2). Während beide Größen zwischen 1991 und 2007 kontinuierlich gewachsen sind, zeigt sich in Folge der Finanzkrise 2007/2008 ein stärkerer Rückgang bis zum Jahr 2010, gefolgt von einer Phase der Stagnation bis 2014. Erst in den Jahren nach 2014 steigen auch die Kapitaleinkommen wieder deutlich an. Dabei betragen sowohl die realen als auch die nominalen Kapitaleinkommen der Haushalte nur einen Bruchteil der Einkommen aus Arbeit, womit die Wichtigkeit der Arbeitseinkommen als Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte unterstrichen wird. Dies ändert sich jedoch mit Eintritt in den Ruhestand (hier: ab Bezug der Altersrente), wenn Arbeitseinkommen in aller Regel durch Renteneinkommen ersetzt werden, die als Teil öffentlicher Transferzahlungen erfasst werden.

Abbildung 4-2: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Kapitaleinkommen der Haushalte

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Anmerkung: Beschränkt auf Haushalte mit einem positiven Haushaltskapitaleinkommen. Kapitaleinkommen umfassen Einkommen aus Zinsen und Dividenden sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung abzüglich von Instandhaltungskosten.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

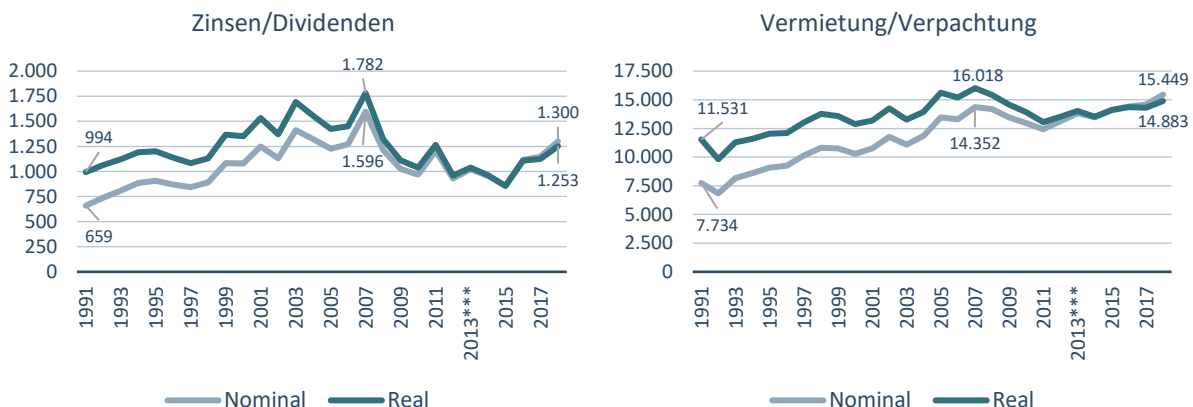
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

4.2 Kapitaleinkommen nach unterschiedlichen Einkommensarten

Eine Unterscheidung der Kapitaleinkommen nach Zins- und Dividendeneinkommen einerseits und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (ohne Abzug der Aufwendungen zur Instandhaltung) andererseits gibt weiteren Aufschluss über die Einkommensstruktur der Haushalte. So fallen die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung betragsmäßig deutlich höher aus als die Einkommen aus Zinsen und Dividenden (hier werden die privaten Haushalte betrachtet, die positive Einkommen aus der jeweiligen Quelle erhalten haben – bedingte Durchschnittswerte). Im Jahr 2018 betrug das durchschnittliche reale Haushaltseinkommen aus Zinsen und Dividenden rund 1.250 Euro, währenddessen sich die entsprechenden Haushaltseinkommen aus Vermietung und Verpachtung auf rund 14.900 Euro beliefen (Abbildung 4-3). Darüber hinaus zeigen sich die Einkommen aus Zinsen und Dividenden nachhaltiger negativ von der Finanzkrise im Jahr 2007/2008 betroffen, was sich durch einen länger anhaltenden Abwärtstrend darstellt und auch in Zusammenhang mit der darauffolgenden Niedrigzinspolitik der EZB stehen kann. Erst seit 2015 ist erneut eine positive Entwicklung mit steigenden Einkommen zu verzeichnen, wobei sich das Niveau aus dem Jahr 2007 bisher weder nominal noch real wieder erreichen ließ. Die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zeigten sich bis zum Jahr 2011 im Durchschnitt rückläufig, entwickelten sich in der Folge nur schwach positiv und haben ihr altes Hoch aus dem Jahr 2007 ebenfalls noch nicht wieder erreichen können.

Abbildung 4-3: Durchschnittliche nominale und reale Haushaltseinkommen aus Zinsen und Dividenden sowie aus Vermietung und Verpachtung

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Jahresdurchschnitte.



Anmerkung: Beschränkt auf Haushalte mit positiven Haushaltseinkommen in den entsprechenden Komponenten.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

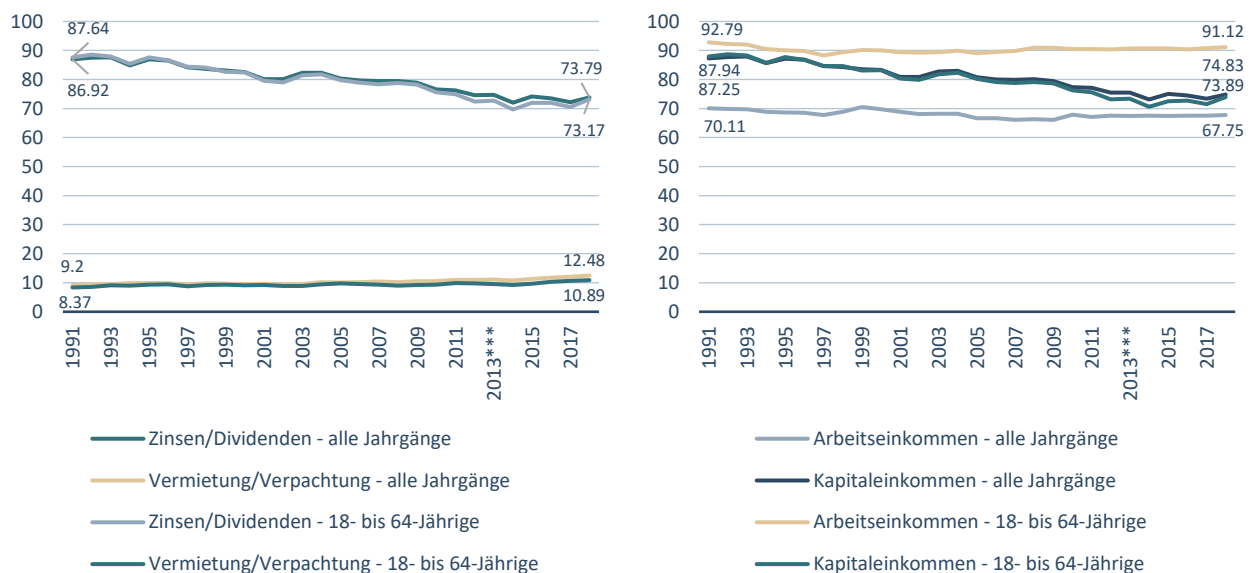
4.3 Anteil der Haushalte mit positiven Einkünften aus Kapital und Arbeit

Allerdings verfügen nur wenige Haushalte über positive Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, auch wenn deren Anteil an allen Haushalten von 9,2 Prozent im Jahr 1991 auf rund

12,5 Prozent im Jahr 2018 gestiegen ist (Abbildung 4-4). Im Gegensatz dazu fällt der Anteil der Haushalte mit positiven Zins- und Dividendeneinkommen erheblich größer aus, wenngleich der Anteil im SOEP fast stetig über die Jahre zurückgegangen ist. So sank er von rund 86,9 Prozent im Jahr 1991 auf 73,8 Prozent im Jahr 2018. In diesem Zusammenhang ist auch die Beobachtung interessant, dass die positive Korrelation zwischen Zins- und Dividendeneinkommen einerseits sowie Einkommen aus Vermietung und Verpachtung andererseits zwischen Anfang der 1990er und Ende der 2010er Jahre von Werten im Bereich zwischen 0,27 bis 0,60 auf Werte zwischen 0,05 bis 0,24 zurückgegangen ist, wobei eine wesentliche Abschwächung des Zusammenhangs in den Jahren nach der Finanzkrise 2007 zu beobachten ist. Der Zusammenhang zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen erweist sich hingegen über die Zeit als weitestgehend stabil und zeigt einen positiven Zusammenhang mit Werten des Korrelationskoeffizienten im Bereich zwischen 0,07 und 0,2 auf. Für die Anteile der Haushalte mit positiven Einkünften aus den unterschiedlichen Kapitaleinkommensquellen macht es zudem nur einen marginalen Unterschied aus, ob dabei alle Haushalte betrachtet werden oder nur Haushalte, deren Vorstand im erwerbsfähigen Alter ist. Allerdings deutet sich am aktuellen Rand ein gewisser Unterschied bezüglich der durchschnittlichen Höhe der Zins- und Dividendeneinkommen der Haushalte an, ältere Haushalte sind hier bessergestellt. Eine Ursache könnte darin liegen, dass ältere Haushalte über langlaufende Sparverträge mit höheren Zinssätzen verfügen, die sie in der aktuellen Niedrigzinsphase mit geringer Verzinsung langlaufender Wertpapieranlagen (Festzins oder Anleihen) jüngeren Haushalten gegenüber besserstellen.

Abbildung 4-4: Anteil der Haushalte mit positiven Einkünften aus Kapital und Arbeit

In Prozent.



Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Abbildung 4-4 zeigt ebenfalls auf, dass der Anteil der Haushalte mit einem positiven Arbeitseinkommen an allen Haushalten mit rund 70 Prozent äußerst hoch ausfällt und über die Zeit nur leicht gesunken ist. Ursächlich dafür ist der gestiegene Anteil an Rentnerhaushalten, die mit Eintritt in die Altersrente oftmals keine Arbeitseinkommen mehr beziehen und nur noch von ihren Rentenzahlungen und/oder Altersvorsorgevermögen leben. Betrachtet man ausschließlich die Haushalte mit einem Haushaltsvorstand im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren, so fällt der Anteil der Haushalte mit positiven Einkommen nochmals deutlich höher aus und liegt auf einem Niveau von knapp 90 Prozent. Da die Zins- und Dividendeneinkommen der Haushalte maßgeblich für die Höhe der gesamten Kapitaleinkommen sind, ergeben sich nur marginale Unterschiede in den durchschnittlichen Kapitaleinkommen der Gesamtbevölkerung und den 18- bis 64-Jährigen – auch dann, wenn wie auf der rechten Seite von Abbildung 4-4 die Instandhaltungskosten für die vermieteten oder verpachteten Wohnimmobilien von den Mietbeziehungsweise Pachteinkünften abgezogen werden.

5 Haushaltsmarkteinkommen und Haushaltsnettoeinkommen

5.1 Entwicklung mit und ohne Bedarfsgewichtung sowie geschätzte Mietvorteile

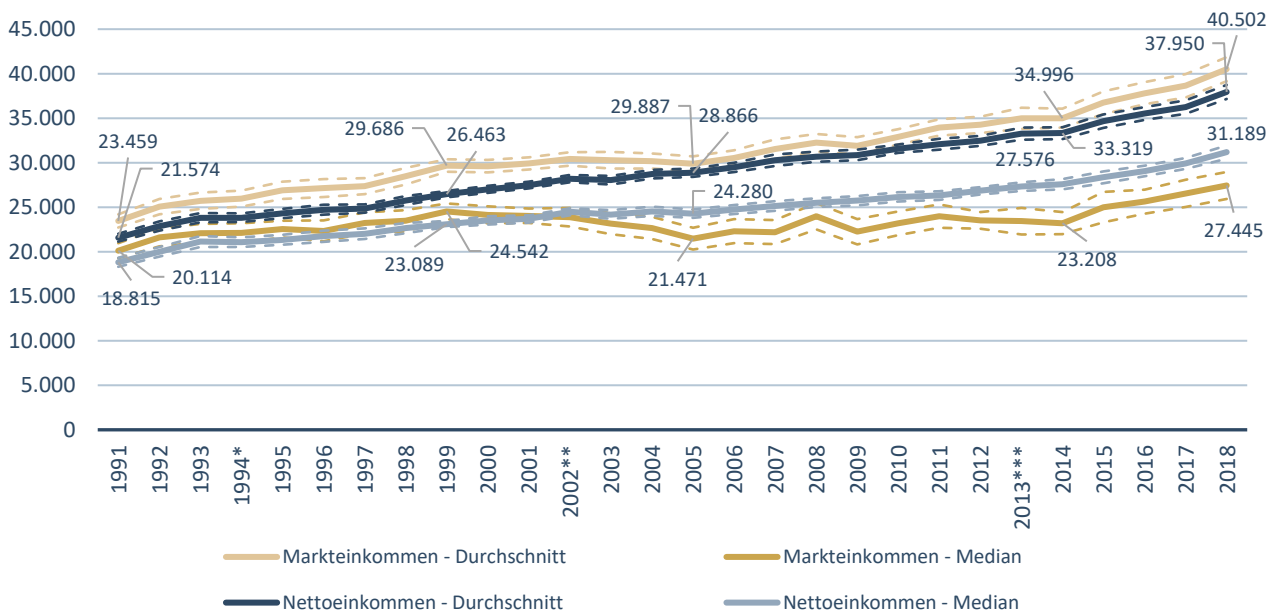
Fasst man die Einkommen aus Kapital und Arbeit vor Steuern und Abgaben aller Mitglieder eines Haushalts zusammen und schließt öffentliche Transferzahlungen wie beispielsweise gesetzliche Rentenzahlungen zunächst aus, so ergeben sich in Summe die Markteinkommen der Haushalte. Diese sind nominal im Durchschnitt von 23.460 Euro im Jahr 1991 auf 40.500 Euro im Jahr 2018 gestiegen (Abbildung 5-1). Das entspricht einem nominalen Zuwachs von rund 73 Prozent. Dabei lassen sich grob vier Entwicklungsphasen unterscheiden: Zwischen 1991 und 1999 stiegen die durchschnittlichen nominalen Haushaltsmarkteinkommen zunächst deutlich an. Danach folgte eine Phase der Stagnation, die bis zum Jahr 2005 anhielt. Nachfolgend setzte bis zum Jahr 2014 wiederum eine neue Wachstumsphase ein, die sich nach 2014 noch einmal verstärkte. Für den Median zeigt sich in der ersten Phase eine sehr ähnliche Entwicklung, jedoch auf einem etwas geringeren Niveau. So stieg das mittlere nominale Haushaltsmarkteinkommen von rund 20.100 Euro im Jahr 1991 auf rund 24.500 Euro im Jahr 1999. In der zweiten Phase bis 2005 sind die mittleren Einkommen gesunken und haben sich nachfolgend bis zum Jahr 2014 weniger kräftig erholt. Auch hier dürften die zuvor beschriebenen Veränderungen im Erwerbsumfang eine wesentliche Rolle gespielt haben und auch Veränderungen in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung können noch immer nicht ausgeschlossen werden. In der vierten Phase nach 2014 sind aber auch die mittleren nominalen Haushaltsmarkteinkommen kräftig gestiegen, und zwar von rund 23.200 Euro auf 27.400 Euro. Über den gesamten Zeitraum steht ein nominales Plus von rund 36 Prozent zu Buche.

Werden nun auch Steuern und Abgaben sowie öffentliche Transferzahlungen an die Haushalte berücksichtigt, ergibt sich in Summe das nominale Haushaltsnettoeinkommen (oder auch das verfügbare Haushaltseinkommen). Beide bilden die Gesamtheit der finanziellen Ressourcen umfassend ab und sind am ehesten geeignet, die Konsummöglichkeiten und damit die Wohlstandslage der Haushalte darzustellen – von Möglichkeiten des Vermögensverzehr abgesehen. Im Durchschnitt zeigt sich eine sehr ähnliche Entwicklung zu den Markteinkommen (Abbildung 5-1). Zwischen 1991 und 2018 haben sich die durchschnittlichen nominalen

Haushaltsnettoeinkommen von rund 21.600 Euro auf 38.000 Euro erhöht, was einer Steigerung von rund 76 Prozent entspricht. Sie fällt damit drei Prozentpunkte höher aus als die der Markteinkommen. Im Vergleich dazu stiegen beispielsweise die durchschnittlichen nominalen Wohnungsmieten, bestehend aus den Nettokaltmieten und Wohnungsnebenkosten, im selben Zeitraum um rund 83 Prozent. Allerdings ereignete sich ein wesentlicher Teil des Anstiegs der Wohnkosten bereits in den 1990er Jahren. Zwischen 1991 und 2000 stiegen die Wohnungsmieten um rund 47 Prozent, während der weitere Anstieg zwischen 2000 und 2018 „nur“ rund 24 Prozent betrug. Maßgeblich für den starken Anstieg der Wohnungsmieten in den 1990er Jahren war der Angleichungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei sich die deutlich geringeren Mieten im Osten schnell dem Westniveau annäherten (siehe auch Sagner et al., 2020). Selbst wenn sich über den Beobachtungszeitraum der absolute Abstand zwischen Durchschnitt und Median der nominalen Haushaltsnettoeinkommen vergrößert hat, so ist auch der Median nahezu kontinuierlich gestiegen, wenn auch langsamer als der nominale Durchschnittswert. Zwischen 1991 und 2018 stieg das mittlere nominale Haushaltsnettoeinkommen von rund 18.800 Euro auf 31.200 Euro. Das entspricht einem relativen Zuwachs von rund 66 Prozent.

Abbildung 5-1: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren nominalen Haushaltseinkommen und Haushaltsnettoeinkommen – ohne Bedarfsgewichtung und geschätzte Mietvorteile

In Euro. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

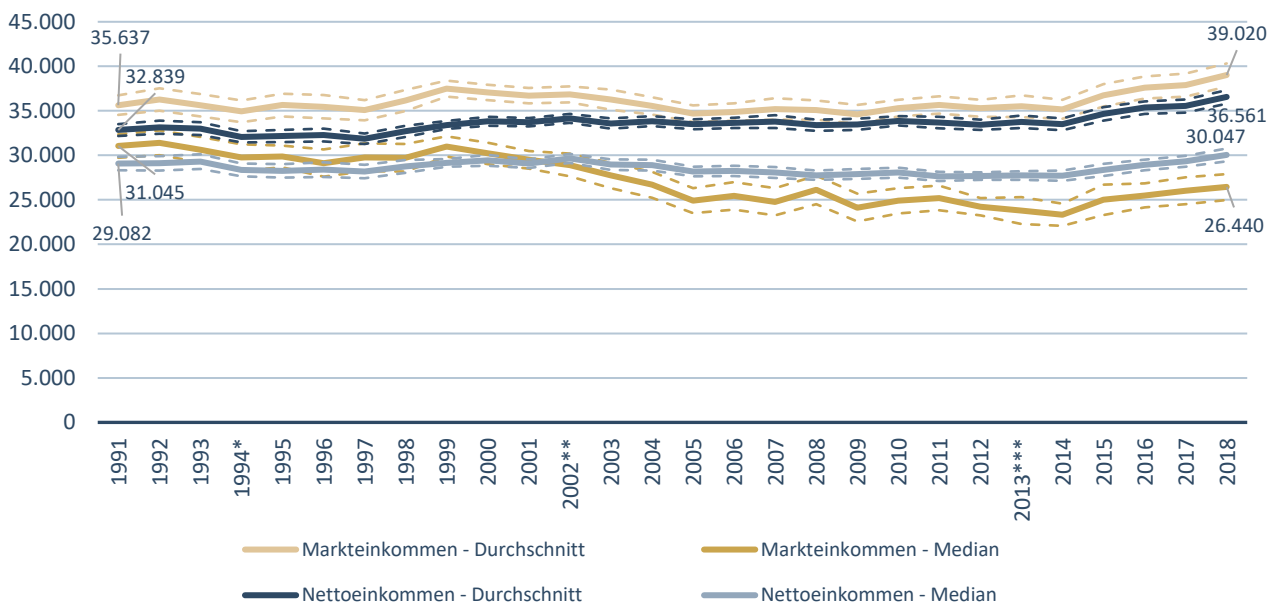
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Für die Kaufkraft der Haushalte ist jedoch nicht ihr nominales Einkommen ausschlaggebend, sondern vielmehr ihr reales, das heißt, ihr Einkommen nach Berücksichtigung allgemeiner Preissteigerungen. Bei dieser Betrachtung zeigen sich sowohl im Durchschnitt als auch im Mittel

geringere Wachstumsraten, phasenweise sogar Rückgänge (Abbildung 5-2). So ist bei den durchschnittlichen realen Haushaltseinkommen zunächst ein schwacher Anstieg bis zum Jahr 1999 zu verzeichnen. Zwischen 1999 und 2005 haben sich die realen Haushaltseinkommen aufgrund einer Kombination aus gesamtwirtschaftlicher Wachstumsschwäche bei bereits relativ hoher und weiter steigender Arbeitslosigkeit und einer vergleichsweise hohen Inflationsrate verringert. Nachfolgend stagnierten die durchschnittlichen realen Haushaltseinkommen und stiegen erst nach 2014 wieder deutlich an, bis sie ihren vorläufigen Höchstwert von rund 39.000 Euro im Jahr 2018 erreichten.

Abbildung 5-2: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren realen Haushaltseinkommen und Haushaltsnettoeinkommen – ohne Bedarfsgewichtung und geschätzte Mietvorteile

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Die durchschnittlichen realen Haushaltsnettoeinkommen entwickelten sich hingegen positiver, was insbesondere auf eine unterschiedliche Entwicklung zwischen 1999 und 2005 zurückgeht. In dieser Phase blieben die realen Haushaltsnettoeinkommen weitestgehend stabil, während die Markteinkommen unter anderem aufgrund gestiegener Arbeitslosigkeit oder unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung sanken. Trotz des Umbaus des Sozialstaats im Zuge der Hartz-Reformen wird hier die umverteilende und einkommensstabilisierende Wirkung des Sozialstaats durch Leistungen wie dem Arbeitslosengeld sichtbar. Allerdings zeigt sich bei Betrachtung der mittleren Haushaltseinkommen in dieser Umbruchphase eine deutlich negativere Entwicklung, in der Deutschland als „kranker Mann“ Europas galt. So gingen die mittleren realen

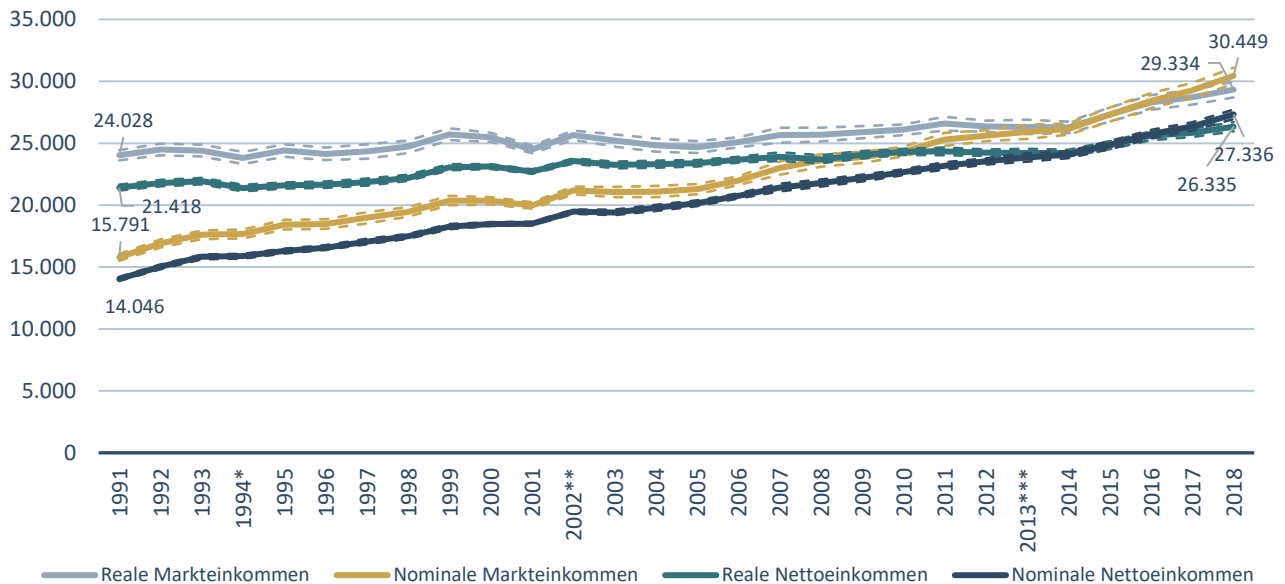
Haushaltsmarkteinkommen zwischen 1999 und 2005 deutlich stärker zurück als im Durchschnitt und der rückläufige Trend hielt gar bis einschließlich zum Jahr 2014 an. Erst in den letzten vier Jahren des Betrachtungszeitraums haben sich auch deutlichere reale Zuwächse beim Median gezeigt.

Allerdings ist diese Betrachtung noch immer unvollständig. So ist zwar das reale Haushaltseinkommen des Medians in der langen Frist gesunken, allerdings werden hierbei unter anderem strukturelle Veränderungen in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung noch immer nicht berücksichtigt. Diese Merkmale sind jedoch für die tatsächliche Wohlstandsposition der Haushalte und ihrer Mitglieder von entscheidender Bedeutung, da sie nicht nur über die Anzahl der Einkommensbezieher, die Art und Höhe empfangener Transferleistungen wie das Kindergeld bestimmen, sondern auch Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens (Skaleneffekte) berücksichtigen. Deshalb wird das gesamte Markteinkommen eines Haushalts durch die bedarfsgewichtete Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, die sich aus empirisch hergeleiteten Äquivalenzskalen ergeben. Der erste Erwachsene erhält den Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahre den Faktor 0,5, Kinder unter 14 Jahren bekommen den Faktor 0,3 (neue OECD-Skala). Daraus ergeben sich sogenannte bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen, die jedem Haushaltsmitglied zugeordnet werden können und dem Einkommen entsprechen, das ein Alleinstehender erzielen müsste, um dasselbe Wohlstandsniveau zu erreichen – auch hier bezogen auf das Einkommen und unter Vernachlässigung der Vermögensverteilung. Da für die materielle Situation der Haushalte ebenfalls entscheidend ist, ob sie Mieter oder Wohneigentümer sind, wird den Wohneigentümern ein fiktiver Einkommensbestandteil zu ihren Einkommen hinzugefügt, der der zu zahlenden Nettokaltmiete für eine Mietwohnung mit entsprechenden Ausstattungs- und Qualitätsmerkmalen entspricht. Ebenso wird berücksichtigt, wenn Wohnraum deutlich günstiger überlassen wurde als es am Markt in vergleichbarer Wohnsituation üblich ist.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte fällt zwar das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen wie auch das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen absolut geringer aus als zuvor – weil nun individuelle Einkommensgrößen betrachtet werden und keine Haushaltsgrößen –, allerdings zeigt sich jetzt für die durchschnittlichen nominalen wie auch für die realen Einkommen ein deutliches Einkommensplus über die Jahre, welches erneut in den Jahren nach 2014 besonders deutlich hervorsticht (Abbildung 5-3). Das durchschnittliche reale bedarfsgewichtete Markteinkommen stieg von rund 24.000 Euro im Jahr 1991 auf 29.300 Euro im Jahr 2018. Dies ist ein Plus von rund 22 Prozent. Bei den nominalen Markteinkommen steht gar ein Plus von rund 93 Prozent zu Buche. Ein Unterschied in ähnlicher Größe zeigt sich auch bei den Nettoeinkommen. Real stiegen die durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettoeinkommen um rund 23 Prozent, während die durchschnittlichen nominalen Nettoeinkommen um 95 Prozent zunahmen und sich in 28 Jahren nahezu verdoppelten. Die Inflation hat somit einen Großteil der nominalen Einkommenssteigerungen aufgezehrt; dennoch hat sich unter dem Strich die Wohlstandsposition im Durchschnitt der Bevölkerung deutlich erhöht, wozu insbesondere auch die Arbeitseinkommen beigetragen haben. Wo immer Arbeitseinkommen nicht erzielt werden konnten, haben öffentliche Transferzahlungen, zu denen auch Versicherungsleistungen wie das Arbeitslosengeld oder die gesetzlichen Renten zählen, zu einer Sicherung des Wohlstands beigetragen.

Abbildung 5-3: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen und Haushaltsnettoeinkommen

In Euro. Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200). Bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala. Inklusive geschätzter Mietvorteile.



Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

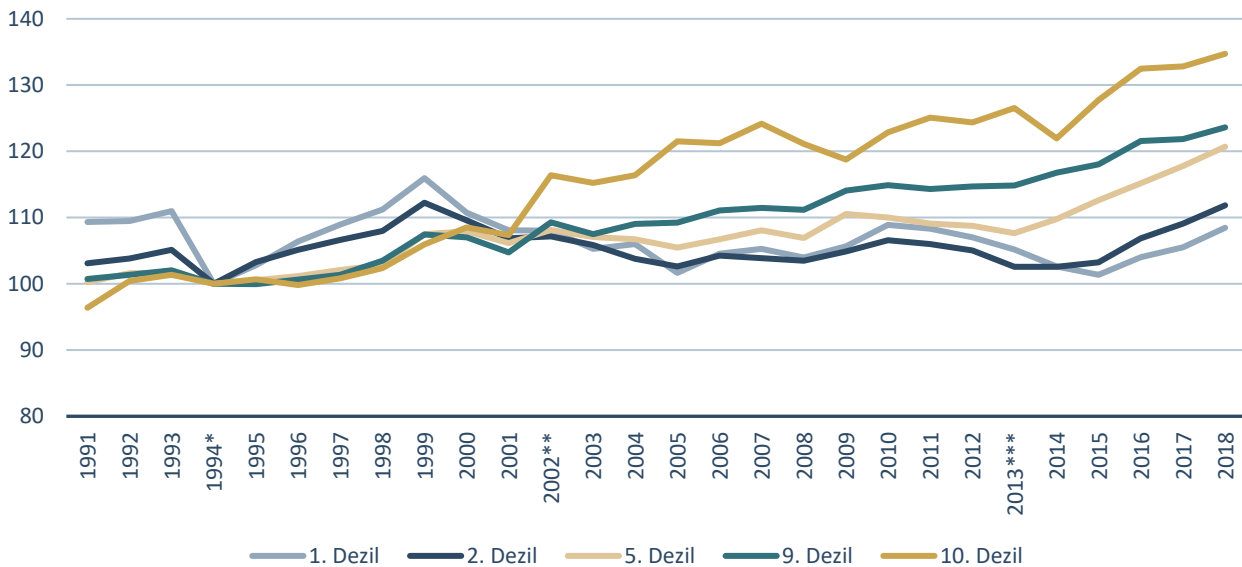
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

5.2 Unterschiede nach Einkommensdezilen

Die Betrachtung der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen nach Nettoeinkommensdezilen der jeweiligen Jahre zeigt ebenfalls, dass das wirtschaftliche Wachstum seit 2015 tatsächlich inklusiv war, da alle Einkommensgruppen ihre realen Nettoeinkommen in ähnlichem Umfang erhöhen konnten (Abbildung 5-4). Durch strukturelle Veränderungen der Gesellschaft und des Arbeitsmarktes gab es seit der Wiedervereinigung jedoch auch Phasen, in denen dieses Ziel nicht erreicht werden konnte. Durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit bis in die 2000er Jahre und mit zunehmender Teilzeitbeschäftigung ergaben sich in den unteren Nettoeinkommensdezilen zum Teil größere Rückgänge der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen. Allerdings bedeutet dies nicht automatisch, dass bestimmte Personen dauerhaft sinkende Einkommen zu verzeichnen hatten, da Auf- und Abstiege zwischen den Einkommensgruppen jeder Zeit möglich waren, beispielsweise durch temporäre Arbeitslosigkeit.

Abbildung 5-4: Entwicklung der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen nach ausgewählten Dezilen

Index: 1994 = 100. Reale Größen in Preisen von 2015. Bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala. Inklusive geschätzter Mietvorteile.



Anmerkung: Dezile der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen des jeweiligen Jahres.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

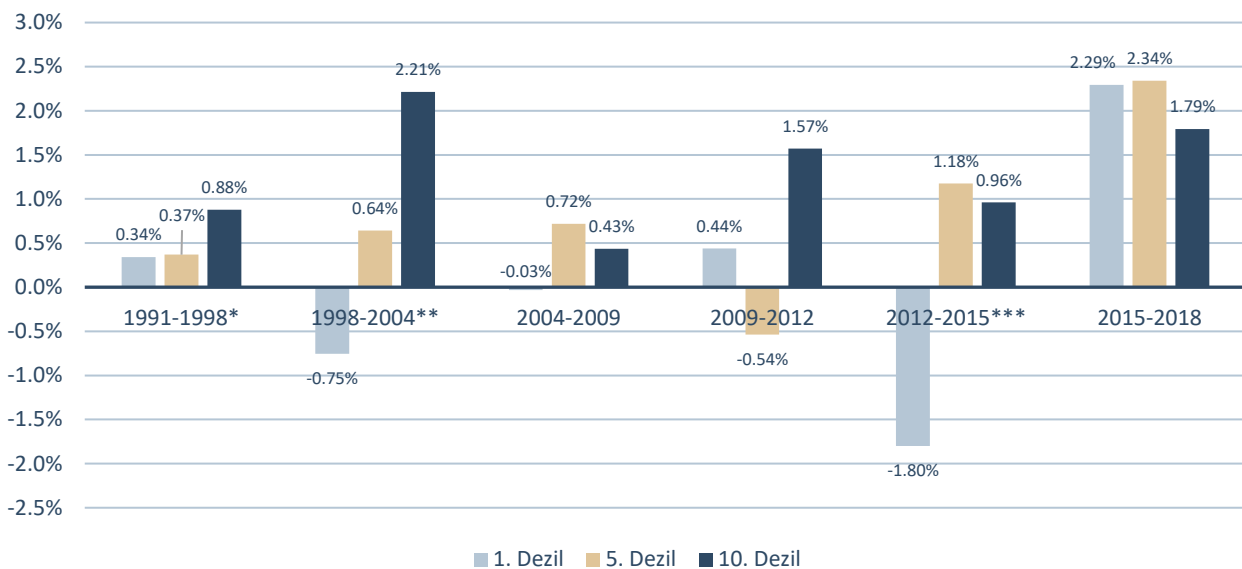
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Von 2015 bis 2018 waren die Einkommensunterschiede leicht rückläufig, wobei die durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen im 1. Dezil um jahresdurchschnittlich 2,29 Prozent gewachsen sind, im 5. Dezil um 2,34 Prozent und im 10. Dezil um 1,79 Prozent (Abbildung 5-5). Hinzu kommt, dass in keiner der vorherigen Perioden die Nettoeinkommen der unteren 10 Prozent im Jahresdurchschnitt stärker gestiegen sind als in der aktuellen Periode und sie zuvor auch nie stärker gestiegen sind als für die oberen 10 Prozent. In der Nachwendezeit von 1991 bis 1998 sind zwar die durchschnittlichen realen Nettoeinkommen aller drei Gruppen gestiegen, in der Einkommensspitze jedoch am stärksten. Zwischen 1998 und 2004 ist hingegen das erste Mal eine negative Wachstumsrate der unteren 10 Prozent zu beobachten, während die Einkommen der oberen 10 Prozent weiterhin deutlich angestiegen sind. Die Unterschiede verringerten sich in der Folge, wobei die Periode von 2004 bis 2009 den höchsten Zuwachs für das 5. Dezil brachte, jedoch auf einem moderaten Niveau und bei gleichzeitig leicht negativer Entwicklung für die untersten 10 Prozent. Zwischen 2009 und 2012 kann wieder ein verstärktes Wachstum an der Spitze beobachtet werden. Anders als in der Vorperiode sanken jedoch die Einkommen des 5. Dezils, während es einen Zuwachs für die unteren 10 Prozent gab. Der Zuwachs war jedoch nur von kurzer Dauer und drehte sich in der Folgeperiode ins Negative um, sodass das durchschnittliche reale bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen der unteren 10 Prozent in der Periode von 2012 bis 2015 um jahresdurchschnittlich 1,80 Prozent

schrumpfte. Hingegen zogen die Einkommen des 5. Dezils deutlich an, was sich in der eingangs bereits beschriebenen Entwicklung in der letzten Periode fortsetzte.

Abbildung 5-5: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen nach ausgewählten Dezilen

Reale Größen in Preisen von 2015. Bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala. Inklusive geschätzter Mietvorteile.



Anmerkung: Dezile der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in jedem Jahr einzeln ermittelt und anschließend den Mittelwert der Dezile für eine Periode bestimmt.

Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

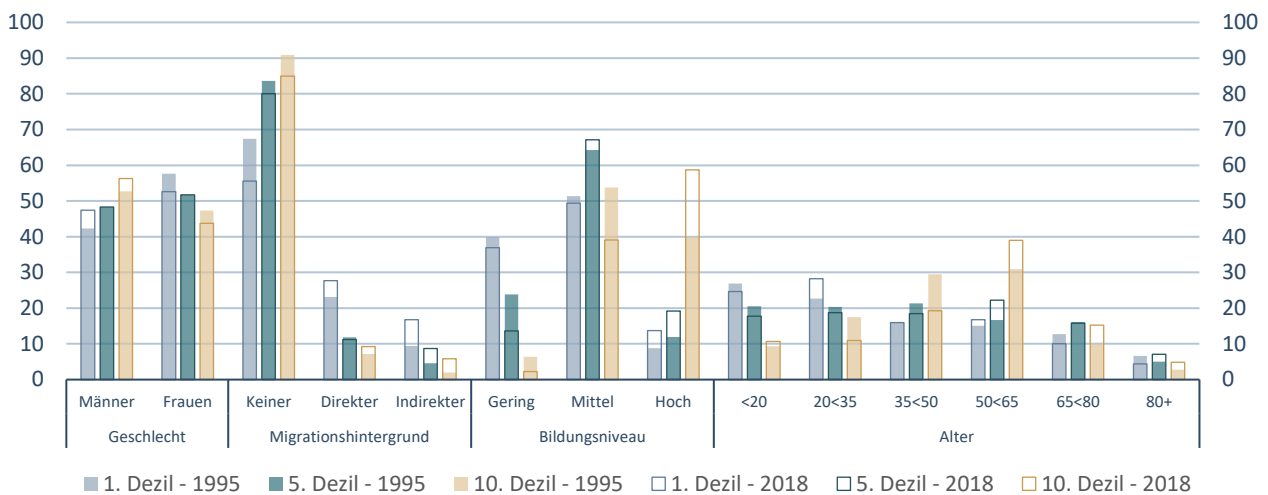
Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Ein Vergleich der Jahre 1995 und 2018 zeigt neben den zuvor betrachteten Einkommensveränderungen zum Teil auch Verschiebungen der sozio-ökonomischen Strukturen in den drei betrachteten Dezilen, die stellvertretend für die unterschiedliche Entwicklung entlang der bedarfsgewichteten Nettoeinkommensverteilung stehen (Abbildung 5-6). Dabei ist der Anteil von Männern im 1. Dezil von rund 42 Prozent im Jahr 1995 auf 47 Prozent im Jahr 2018 gestiegen, gleichzeitig aber auch ihr Anteil im 10. Dezil. Dort stieg er von rund 53 Prozent auf 56 Prozent. Im 5. Dezil fand hingegen nahezu keinerlei Veränderung statt. Starke Verschiebungen zeigen sich bei einer nach Migrationshintergrund differenzierten Betrachtung: In allen drei Dezilen nahm der Anteil von Personen mit einem direkten oder indirekten Migrationshintergrund deutlich zu, wobei der betragsmäßig größte Anstieg im 1. Dezil für Menschen mit einem indirekten Migrationshintergrund zu beobachten ist. Diesem Trend steht jedoch auch ein erhöhter Anteil von Personen mit indirektem Migrationshintergrund im 5. und 10. Dezil gegenüber, der bei einem direkten Migrationshintergrund nur im 10. Dezil ebenso vorliegt. Dennoch bleibt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den oberen Dezilen insgesamt vergleichsweise gering und

in den unteren Dezilen überproportional hoch. Insgesamt zeigen die Veränderungen auch eine grundlegende Veränderung der Bevölkerungsstruktur mit einem zunehmenden Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, der sich nach 2010 noch einmal deutlich erhöht hat (Stockhausen/Calderón, 2020, Kapitel 1).

Abbildung 5-6: Veränderung der sozio-ökonomischen Zusammensetzung ausgewählter Dezile zwischen 1995 und 2018 – Teil 1

In Prozent. Dezile der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen. Bedarfsgewichtung mithilfe der neuen OECD-Skala. Inklusive geschätzter Mietvorteile.



Anmerkung: Dezile der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen im jeweiligen Jahr gebildet.

Geringes Bildungsniveau = Hauptschule, Realschule, kein Abschluss, anderer Abschluss

Mittleres Bildungsniveau = Abitur, Fachhochschulreife, Lehre, Berufsfachschule

Hohes Bildungsniveau = Fachhochschule, Universität, Schule des Gesundheitswesens, Technische Universität, Beamtenausbildung

Quelle: SOEP v36; eigene Berechnungen

Die wohl gravierendsten Strukturveränderungen ergeben sich aber mit Blick auf das Bildungsniveau. So ist der Anteil von Menschen mit einem hohen Bildungsniveau in allen Dezilen deutlich gestiegen, was Ausdruck der voranschreitenden Bildungsexpansion ist; im 10. Dezil war der Anstieg ausgehend von rund 40 Prozent im Jahr 1995 auf 59 Prozent im Jahr 2018 jedoch besonders stark. Gleichzeitig ist der Anteil von Menschen mit einem vergleichsweise geringen Bildungsniveau in allen drei Dezilen gesunken, besonders deutlich aber im 5. und 10. Dezil. Etwas anders verhält es sich für Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss, deren Anteil im 1. Dezil nur leicht sank, im 10. Dezil deutlich zurückging und im 5. Dezil leicht anstieg.

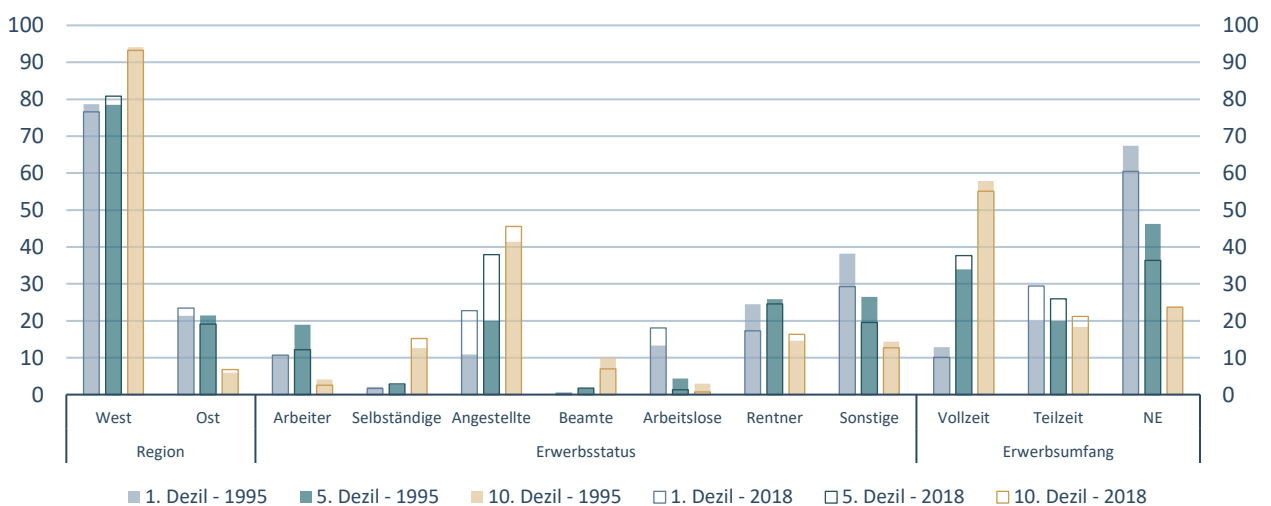
Mit Blick auf die Alterszusammensetzung zeigt sich ein heterogenes Bild, wobei der Anteil jüngerer Menschen im unteren Bereich grundsätzlich größer ist. Im 1. Dezil sank dabei zwischen 1995 und 2018 der Anteil der unter 20-Jährigen leicht, während der Anteil der 20- bis unter 35-Jährigen zunahm. Dies könnte mit längeren Ausbildungszeiten, beispielsweise durch ein Studium, in Verbindung stehen. Gleichzeitig hat sich dabei der Anteil der 50- bis unter 65-Jährigen im untersten Dezil erhöht. Allerdings ist auch deren Anteil im 5. und 10. Dezil merklich gestiegen,

was im Wesentlichen mit dem demografischen Wandel und der Größe der Babyboomer-Generation zusammenhängen dürfte. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der 20- bis unter 50-Jährigen im 10. Dezil zugunsten der älteren Jahrgänge deutlich zurückgegangen. In ihrer Begleitforschung zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht zeigen Kleimann et al. (2021, 267) mithilfe von kontrafaktischen Verteilungsanalysen für den Zeitraum von 2005/06 bis 2014/15, dass Kompositionseffekte wie die Alterung der Bevölkerung oder ein erhöhtes Bildungsniveau, die sie gemeinsam mit weiteren Haushaltscharakteristika betrachtet haben, tendenziell zu einer ungleichmäßigeren Verteilung der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen beigetragen haben.

Relativ geringe Veränderungen zeigen sich bei einer regionalen Unterscheidung nach Ost- und Westdeutschland (Abbildung 5-7). So hat sich der Anteil der Ostdeutschen im untersten Dezil zwischen 1995 und 2018 um wenige Prozentpunkte erhöht, gleichzeitig ist aber auch der Anteil der Ostdeutschen im obersten Dezil leicht gestiegen. Im 5. Dezil ist ihr Anteil rückläufig gewesen. Dabei ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass der Anteil der Westdeutschen allein aufgrund ihres größeren Anteils an der Gesamtbevölkerung in allen Dezilen deutlich höher ist als der der Ostdeutschen. Größere Verschiebungen zeigen sich hingegen bei einer Differenzierung nach Erwerbsstatus, wobei insbesondere die Angestellten herausstechen. Deren Anteil ist in allen Dezilen (auch in den hier nicht dargestellten) sehr deutlich gestiegen, was sowohl mit einer Verschiebung von Arbeiter- zu Angestellten-Tätigkeiten als auch grundsätzlich mit dem starken Anwachsen sozialversicherungspflichtiger abhängiger Voll- und Teilzeitbeschäftigung zu tun haben dürfte, welche bereits zu Beginn näher diskutiert wurde.

Abbildung 5-7: Veränderung der sozio-ökonomischen Zusammensetzung ausgewählter Dezile zwischen 1995 und 2018 – Teil 2

In Prozent. Dezile der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen. Bedarfsgewichtung mithilfe der neuen OECD-Skala. Inklusive geschätzter Mietvorteile.



Anmerkung: Dezile der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen im jeweiligen Jahr gebildet.

Quelle: SOEP v36; eigene Berechnungen

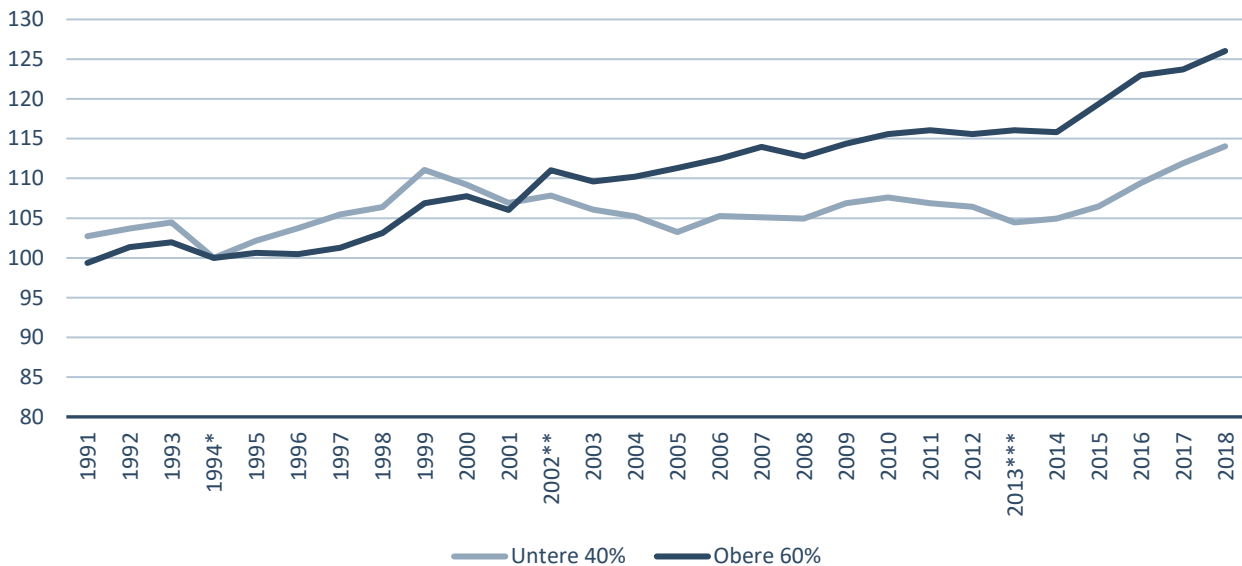
Daneben ist der Anteil der Arbeitslosen im 1. Dezil ebenfalls deutlich gestiegen – im Jahr 2018 fanden sich fast die Hälfte aller Arbeitslosen im untersten Dezil, weitere 19 Prozent im zweiten. 1995 betrug der Anteil jeweils 25 Prozent im 1. Dezil und 13 Prozent im 2. Dezil. Hingegen machten Rentner im Jahr 2018 einen kleineren Anteil am untersten Dezil aus und fanden sich etwas häufiger im 2. bis 6. Dezil wieder. Zu der Gruppe der Sonstigen gehören vor allem Nicht-Erwerbstätige im erwerbsfähigen Alter sowie Kinder. Dabei zeigt sich, dass deren Anteil in allen Dezilen rückläufig gewesen ist, was, wie der Anstieg bei den Angestellten, sicherlich mit der positiven Arbeitsmarktlage zu tun haben dürfte. Die in diesem Zusammenhang ersichtliche Ausdehnung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen hat ebenfalls zum Anstieg ihrer relativen Bedeutung in allen Dezilen beigetragen. Allerdings sind auch hier die betragsmäßig größten Anstiege in den unteren 4 Dezilen zu beobachten.

5.3 Entwicklung der unteren 40 Prozent und der oberen 60 Prozent

In Anlehnung an die von der OECD im Jahr 2015 durch den Report „In it together: Why less inequality benefits all“ angestoßene Debatte über die zunehmenden Einkommensunterschiede zwischen den unteren 40 Prozent und den oberen 60 Prozent zeigt Abbildung 5-8 sehr eindrücklich, dass die durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der unteren 40 Prozent bis 1999 zunächst stärker gestiegen sind als für die oberen 60 Prozent, allerdings auf einem geringeren Niveau. Ein einschneidender Wendepunkt zeichnet sich auch bei dieser Betrachtung für das Jahr 1999 ab. Zwischen 1999 und 2005 gingen die durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der unteren 40 Prozent deutlich zurück, während sich die Einkommen der oberen 60 Prozent im Durchschnitt weiterhin positiv entwickelten. In dieser Phase findet eine wesentliche Spreizung der Einkommen zwischen beiden Gruppen statt. Mit kleineren Schwankungen verharrten die Einkommen der unteren 40 Prozent im Durchschnitt in der Folge bis zum Jahr 2014 auf nahezu konstantem Niveau. Die Realeinkommen der oberen 60 Prozent stiegen hingegen bis zum Jahr 2010 weiter und verharrten anschließend bis 2014 auf diesem Niveau. In den letzten vier Jahren der Betrachtung ist dann jedoch ein starkes reales Einkommenswachstum sowohl für die unteren 40 Prozent als auch für die oberen 60 Prozent zu beobachten.

Abbildung 5-8: Entwicklung der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der unteren 40 Prozent und der oberen 60 Prozent

Index: 1994=100. Reale Größen in Preisen von 2015. Bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala. Inklusive geschätzter Mietvorteile.



Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

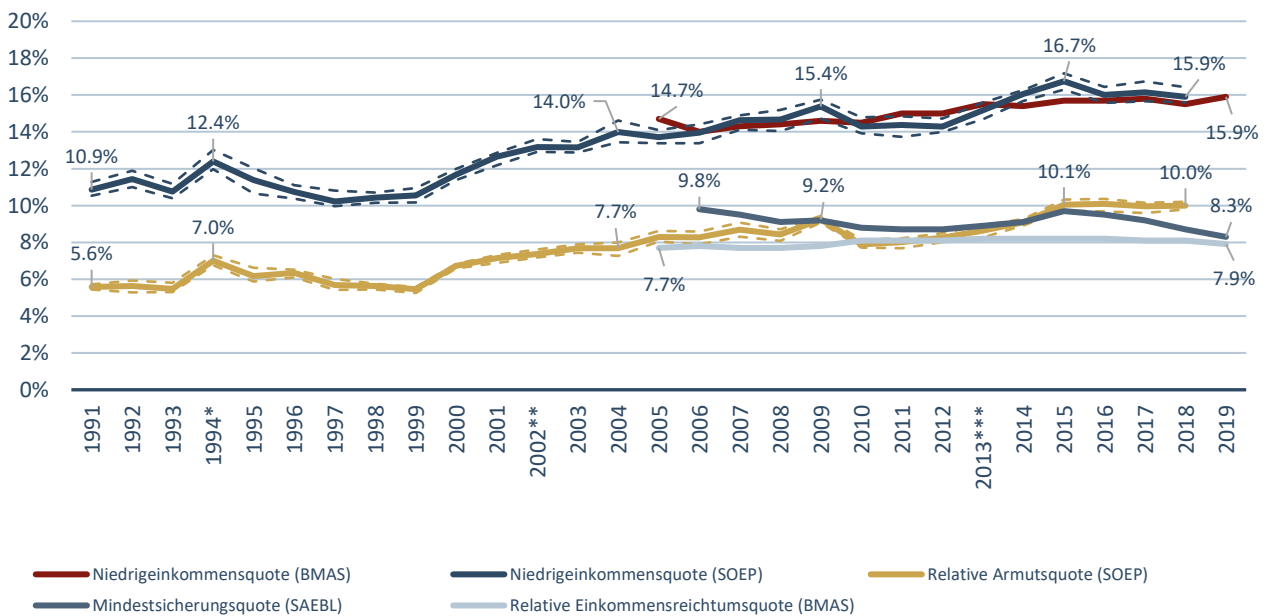
Unter dem Strich sind für beide Einkommensgruppen auch an dieser Stelle reale Einkommenszuwächse über den Zeitraum von 1991 bis 2018 festzustellen. Insbesondere in den Jahren nach 2013 haben sich deutliche Steigerungen für die unteren 40 Prozent ergeben. Die Einkommenslücke, die sich insbesondere zwischen 1999 und 2005 aufgetan hat, konnte dadurch zwar nicht geschlossen werden, allerdings hat inklusives Wachstum zuletzt zu realen Wohlstandsgewinnen für breite Bevölkerungsteile geführt. Zudem sind die zeitlichen Veränderungen wie zuvor aufgrund der potenziellen Zeitreihenbrüche in den hervorgehobenen Jahren mit einiger Vorsicht zu betrachten. Durch die drei hervorgehobenen Zusatzerhebungen konnten zwar die entsprechenden Teilpopulationen deutlich besser abgebildet werden, aber es kommt zu sichtbaren Niveauverschiebungen, die die Einkommensränder am stärksten betreffen und nicht rückwirkend eingebracht werden können. Würde man diese Niveauverschiebungen rückwirkend in die Befragungsdaten der Vorjahre integrieren können, dürften sich gerade für die unteren Einkommensgruppen höhere Wachstumsraten und reale Einkommensgewinne zeigen und damit auch geringere Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. Dies ist jedoch nicht möglich, sodass an dieser Stelle nur auf die eingeschränkte Vergleichbarkeit der Zeitreihenergebnisse für die genannten Zeiträume mit ihren Eckdaten hingewiesen werden kann (siehe dazu auch Niehues, 2017).

5.4 Niedrigeinkommensquote und relative Armut

Die Spreizung der Einkommen zwischen den unteren 40 Prozent und den oberen 60 Prozent zu Beginn der 2000er Jahre drückt sich auch in einer Zunahme der Niedrigeinkommensquote (auch bekannt als Armutsgefährdungsquote) in diesem Zeitraum aus (Abbildung 5-9). Diese wird relativ zum Median der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen gebildet (inklusive geschätzter Mietvorteile), wobei die Schwelle 60 Prozent des Medians der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen beträgt. Nachdem die Niedrigeinkommensquote in den 1990er Jahren zunächst um einen Wert von rund 11 Prozent schwankte, nahm sie zwischen 1999 und 2005 deutlich zu und erreichte dabei ein Niveau von 14 Prozent. In Folge der Finanzkrise nahm sie erneut leicht zu und stieg im Zuge dessen auf knapp über 15 Prozent, um kurze Zeit danach wieder auf rund 14 Prozent zurückzufallen. Aufgrund der erhöhten Zuwanderung aus Osteuropa nach 2010 und dem hohen Zuzug von (zumeist) mittellosen Kriegsflüchtlingen aus dem Nahen Osten, der 2015 seinen Höhepunkt erreichte, stieg die Niedrigeinkommensquote bis auf ihren vorläufigen Höchstwert von 16,7 Prozent im Jahr 2015 an. Dank des gesamtwirtschaftlich günstigen Umfelds Ende der 2010er Jahre ging der Anteil der Menschen im Niedrigeinkommensbereich zuletzt jedoch wieder leicht zurück beziehungsweise konnte sich um 16 Prozent herum stabilisieren (siehe auch Grabka (2021) zum sich seit Beginn der 2010er Jahre abzeichnenden langsamen Rückgangs des Niedriglohnsektors). Unter Verwendung von klassierten Einkommensdaten des Mikrozensus zeichnet sich eine sehr ähnliche Entwicklung ab (BMAS, 2021).

Abbildung 5-9: Niedrigeinkommensquote, relative Einkommensarmutsquote, relative Einkommensreichumsquote und Mindestsicherungsquote

Reale Größen in Preisen von 2015. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200).



Zeitreihenbrüche SOEP: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SAEBL (2021a); BMAS (2021); SOEP v36, eigene Berechnungen

Zudem geht aus Abbildung 5-9 die Entwicklung der relativen Einkommensarmutsquote hervor, die sich aus dem Anteil der Personen mit einem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 50 Prozent des Medians der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen ergibt (nicht zu verwechseln mit der Armutsgefährdungsquote). Sie folgt damit ebenfalls einer relativen Messung materieller Armut, fasst den Bereich einer materiellen Mangellage jedoch enger. Grundsätzlich zeigt sich eine nahezu identische zeitliche Entwicklung wie bei der Niedrigeinkommensquote. Allerdings findet diese auf einem deutlich geringeren Niveau statt, das in jedem Beobachtungsjahr rund 4 bis 7 Prozentpunkte niedriger lag. Tendenziell ist die relative Einkommensarmutsquote etwas langsamer über die Zeit gestiegen als die Niedrigeinkommensquote.

Darüber hinaus zeigt sich für den Zeitraum von 2006 bis 2019 auf Grundlage der Sozialberichterstattung von Bund und Ländern (SAEBL, 2021a), dass die Mindestsicherungsquote, die ein Einkommen auf Höhe des sozio-ökonomischen Mindestniveaus gewährleisten soll, auf einem vergleichbaren Niveau wie die relative Einkommensarmutsquote lag. Im Gegensatz zur Einkommensarmutsquote ist sie jedoch von rund 10 Prozent im Jahr 2006 auf knapp über 8 Prozent im Jahr 2019 gesunken. Die Mindestsicherungsquote umfasst dabei den Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung, die entweder Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII) oder Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Vergleich der drei Messkonzepte soll deutlich machen, dass die in Debatten über Armut oft bemühte Niedrigeinkommensquote (oder auch relative Armutsgefährdungsquote) tatsächlich eher ein Maß für prekäre Einkommenssituationen, das heißt, für eine unsichere Lage ist, aber selbst noch keine materielle Armut anzeigt. Die relative Einkommensarmutsquote scheint hierfür ein geeigneteres Maß zu sein, identifiziert sie doch einen ähnlich großen Anteil der Bevölkerung als von relativer Einkommensarmut betroffen. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls der Blick in die Vergangenheit interessant, da die EU im Rahmen der Sozialberichterstattung ursprünglich relative Armut bei einem Einkommen von weniger als 40 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens definierte und den Bereich materieller Armut damit noch enger fasste (siehe unter anderen Sinn, 2008).

Unabhängig von dieser methodischen Diskussion und der Frage, wie viele Menschen in Deutschland von Armut betroffen sind, ist die Gesamtzahl der Mindestsicherungsbezieher zwischen 2006 und 2011 zunächst kontinuierlich gesunken, wobei insbesondere ein starker Rückgang in Ostdeutschland zu beobachten war (von 15,6 Prozent im Jahr 2006 auf 9,9 Prozent im Jahr 2019; siehe SAEBL, 2021b). Mit Zunahme der Migration aus Osteuropa seit 2010 und später aus Syrien und anderen Drittstaaten nahm die Zahl der Asylbewerberleistungsbezieher bis zu ihrem Höhepunkt 2015 deutlich zu und so auch die Gesamtzahl von Mindestsicherungsbeziehern (BA, 2021). Jedoch zeigt sich für die Zeit nach 2015 auch wieder ein deutlicher Rückgang, der unter anderem ein Zeichen für eine voranschreitende Integration der Geflüchteten und Zuwanderer in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft ist. Allerdings bleibt die Arbeitslosen- und Mindestsicherungsquote unter Menschen mit einem direkten Migrationshintergrund weiter deutlich überdurchschnittlich hoch (BA, 2021).

Zudem zeigt sich seit Beginn der Datenerfassung im Jahr 2006 eine stetig steigende Zahl von Beziehern von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung, auch wenn die Zahl der Bezieher mit knapp einer Million und einer Bezugsquote von knapp über 3 Prozent an allen Rentnern gering ist und zuletzt weitestgehend stabil war (SAEBL, 2021c). Mit einer steigenden Zahl von Altersrentnern durch den voranschreitenden demografischen Wandel dürfte die absolute Zahl älterer Menschen mit Grundsicherungsbezug in Zukunft jedoch weiter steigen. Die Gefahr einer zunehmenden Altersarmut sollte daher nicht verkannt werden, auch wenn die relative Einkommensarmutsquote unverändert bliebe, und in der Politik Berücksichtigung finden, auch wenn die Altersarmutsgefährdungsquote heute noch dem Bevölkerungsdurchschnitt entspricht. Systematisch ist dabei aber auch die Vermögensverteilung in den Blick zu nehmen, da im Alter Wohlstand nicht ausschließlich über das Einkommen zu definieren ist, wenn während der Erwerbsphase Kapital mit dem Ziel gebildet wurde, für das Alter vorzusorgen (zu den Effekten einer integrierten Einkommens- und Vermögensbetrachtung auf die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen siehe Calderón et al., 2020).

Neben der Mindestsicherungsquote wird ebenfalls die Einkommensreichumsquote auf Basis des Mikrozensus abgebildet und somit ein Blick auf das andere Ende der Verteilung geworfen. Zu den Einkommensreichen gehört eine Person nach amtlicher Definition mit einem Einkommen von mehr als 200 Prozent des Medians der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen. Somit handelt es sich ebenfalls um ein relatives Konzept wie bei der Niedrigeinkommensquote oder der relativen Einkommensarmutsquote. Für einen Single lag die Schwelle bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.580 Euro im Jahr 2019. Ein Paarhaushalt hätte über ein monatliches Einkommen von 5.370 Euro verfügen müssen, um zu den Einkommensreichen zu gehören. Auch wenn viele Menschen diese Schwelle in Haushaltsbefragungen oftmals viel höher schätzen und Reichtum sicherlich nicht ausschließlich durch das Einkommen definiert wird, so ist der Anteil der einkommensreichen Personen nach dieser Definition seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2005 nahezu unverändert hoch und liegt bei rund 8 Prozent. Unter Verwendung von SOEP-Daten, die hier aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht abgebildet sind, zeigt sich eine nahezu identische Entwicklung auf annähernd gleichem Niveau. In den 1990er Jahren fiel die Quote mit rund 6 Prozent noch etwas geringer aus (BMAS, 2021).

5.5 Entwicklung der relativen Ungleichheit der Haushaltseinkommen

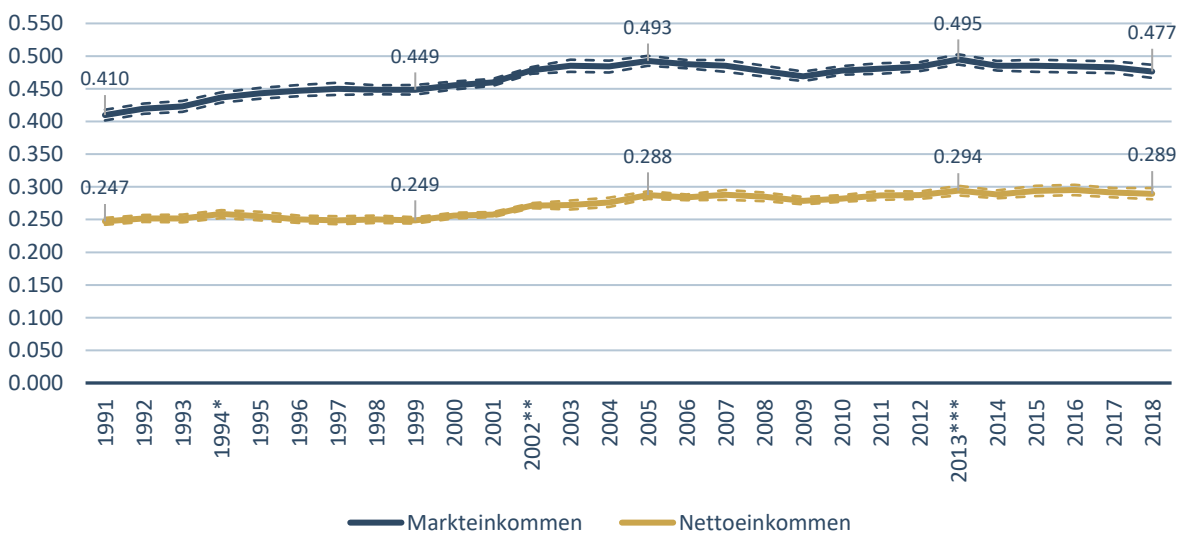
Ebenso wie die Niedrigeinkommensquote hat sich auch das Niveau der Ungleichheit in den bedarfsgewichteten Haushaltmarkt- und Haushaltsnettoeinkommen gegenüber den 1990er Jahren erhöht (Abbildung 5-10). Allerdings kann seit dem Jahr 2005 eine bemerkenswerte Stabilität beider Verteilungen beobachtet werden.⁹ Eine stetige Zunahme relativer Ungleichheit ergibt sich aus diesen letzten Betrachtungen nicht, auch dann nicht, wenn andere relative Verteilungsmaße aus der Familie der Entropiemaße oder Perzentilverhältnisse herangezogen werden. Der 6. Armuts- und Reichtumsbericht kommt zu ähnlichen Ergebnissen (BMAS, 2021). Zudem zeigen Kleimann et al. (2020) für den Zeitraum von 2005/06 bis 2016, dass die positive Beschäftigungsentwicklung isoliert betrachtet zu einer Verringerung der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen geführt hätte. Andere Faktoren haben diesem Effekt jedoch entgegengewirkt,

⁹ Auch die Nettovermögensverteilung erweist sich seit Ende der 2000er Jahre als beachtlich stabil (siehe Niehues/Stockhausen, 2020a; Niehues/Stockhausen, 2020b oder Stockhausen/Niehues, 2019).

beispielsweise die erhöhte Migration nach 2010, sodass die relative Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten trotz der positiven gesamtwirtschaftlichen Situation insgesamt nahezu unverändert blieb. Hinzukommen kleinere Schwankungen im Zeitverlauf, die sich auch aufgrund von Unsicherheiten in den Befragungsdaten und Änderungen im Stichprobendesign ergeben können. Fest steht jedoch, dass seit dem Höhepunkt der Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 die real verfügbaren Einkommen im Durchschnitt in allen Einkommensschichten deutlich zugenommen haben und somit das absolute Wohlstandsniveau aller Gruppen gestiegen ist (inklusive Einkommenswachstum). Entsprechend der aber prozentual recht ähnlichen Einkommenssteigerungen in den einzelnen Einkommensbereichen zwischen 2015 und 2018 (siehe Abbildung 5-5), die im unteren und mittleren Einkommensbereich jedoch etwas stärker ausgeprägt waren als in der Spitze, ergibt sich eine kleine Verringerung des Gini-Koeffizienten nach 2015 (Abbildung 5-10), die jedoch statistisch nicht signifikant ist. Dennoch zeigt die jüngste Entwicklung das Funktionieren der bestehenden Arbeitsmarktmechanismen, der sozialen Sicherungssysteme und die Integrationskraft der deutschen Gesellschaft eindrucklich auf.

Abbildung 5-10: Entwicklung der relativen Ungleichheit der realen bedarfsgewichteten Haushaltsmarkteinkommen und Haushaltsnettoeinkommen

Gini-Koeffizient. Gestrichelte Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar (Bootstrap, n=200). Bedarfsgewichtet mithilfe der neuen OECD-Skala. Inklusive geschätzter Mietvorteile.



Zeitreihenbrüche: * Integration von Subsample D (Migration 1984-1994) und Änderung der Einkommensabfrage/-erfassung; ** Integration von Subsample G (Hocheinkommensstichprobe); *** Integration von Subsample M1 (Migration 1995-2011).

Quellen: SOEP v36; eigene Berechnungen

Darüber hinaus ist die Entwicklung der Ungleichheit in den realen bedarfsgewichteten Haushaltsmarkteinkommen beachtenswert: Auch ohne staatliche Eingriffe zur Umverteilung hat sich das Einkommensgefüge in den vergangenen Jahren nahezu nicht verändert und zeigt am aktuellen Rand eine leicht abnehmende Ungleichheitstendenz auf. Dabei liegt das Ungleichheitsniveau jedoch höher als bei den Haushaltsnettoeinkommen, da hier weder gesetzliche Renten noch staatliche Transferleistungen oder zu zahlende Steuern und Abgaben berücksichtigt

wurden, die zu einer gleichmäßigeren Verteilung beitragen. Die beschriebenen positiven Trends dürften sich trotz der Rezessionstendenzen in der Industrie im Jahr 2019 noch fortgesetzt haben. Von einer sich weiter öffnenden Einkommensschere kann nach Begutachtung der relativen Ungleichheitsmaße somit nicht gesprochen werden.

Die Corona-Krise dürfte hingegen negativ auf das allgemeine Lohn- und Einkommensniveau gewirkt haben, wenngleich sich die empirische Evidenz dahingehend verdichtet, dass wegen der heterogenen Betroffenheit unterschiedlicher Berufsgruppen und Sektoren die relative Ungleichheit der Haushaltseinkommen gewachsen ist. Jedoch könnte die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen durch ausgleichende staatliche Hilfszahlungen und automatische Stabilisatoren der Sozialversicherungssysteme sogar gleichmäßiger ausfallen, da die zunächst relativ höheren Verluste im unteren und mittleren Einkommensbereich stärker abgefedert wurden. Allerdings wäre dies kein erfreuliches Verteilungsergebnis, da es mit Wohlstandsverlusten zahlreicher Betroffener einherginge, wozu sowohl geringfügig Beschäftigte als auch Selbständige in besonderer Weise zählen. Dennoch haben sich die Institutionen des Sozialstaats insgesamt als effektiv in der Bewältigung der Corona-Krise gezeigt und größte Härten in sehr vielen Fällen abwenden können (siehe zu den Effekten der Corona-Pandemie auf die Verteilung der Haushaltseinkommen unter anderem Beznoska et al., 2020; Bruckmeier et al., 2020, oder Grabka, 2021).

6 Fazit

Der IW-Verteilungsreport hat auf unterschiedlichen Ebenen gezeigt, dass das oft bemühte sprachliche Bild einer sich immer weiter öffnenden Einkommensschere zwischen Arm und Reich wenig stichhaltig ist. Durch inklusives Wirtschaftswachstum ist es in der vergangenen Dekade in Deutschland gelungen, nahezu alle Einkommensgruppen gleichermaßen am realen Einkommenswachstum zu beteiligen und für ein stabiles Einkommensgefüge zu sorgen. Zudem zeigen Begleitstudien von Kleimann et al. (2020) im Rahmen des 6. Armuts- und Reichtumsbericht für den Zeitraum von 2005/06 bis 2016 auf, dass die positive Beschäftigungsentwicklung isoliert betrachtet zu einer Verringerung der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen geführt hätte. Andere Faktoren haben diesem Effekt jedoch entgegengewirkt, beispielsweise die erhöhte Migration nach 2010, sodass die relative Einkommensungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten trotz der positiven gesamtwirtschaftlichen Situation insgesamt nahezu unverändert blieb.

Ein wesentlicher Faktor für die positive Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen liegt nicht zuletzt in einem hohen Beschäftigungsgrad bei steigenden Arbeitseinkommen begründet, wobei die Arbeitseinkommen noch immer die wichtigste Einkommensquelle für die allermeisten Haushalte darstellen. Zwischen 1991 und 2018 stiegen die nominalen Arbeitseinkommen im Durchschnitt um 76 Prozent. Nach Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerungen bleibt ein reales Plus von rund 12 Prozent bestehen. Allein zwischen 2015 und 2018 stiegen die realen Arbeitseinkommen um über 5 Prozent. Dabei konnten die Arbeitseinkommen in eher unterdurchschnittlich entlohnten Branchen mit hohem Teilzeitanteil wie der Gastronomie oder dem

Gastgewerbe besonders deutliche Zuwächse verzeichnen – Branchen, die durch die Corona-Pandemie besonders häufig und hart betroffen waren und sind.

Insgesamt haben sich die Einkommen der Teilzeitbeschäftigten – eine Gruppe, die über die Jahre zunehmend an Bedeutung gewonnen hat – zuletzt ähnlich positiv entwickelt wie die der Vollzeitbeschäftigten. Auch andere Gruppen mit vergleichsweise geringen Arbeitseinkommen, wozu zum Beispiel Personen mit einem Migrationshintergrund oder mit einem geringen Bildungsniveau zählen, konnten nach 2014 deutliche reale Einkommenszuwächse erzielen, die prozentual ähnlich hoch ausfielen wie in höheren Einkommensgruppen. Allerdings bestehen teilweise deutliche Niveauunterschiede in den Einkommenshöhen fort, die sich vornehmlich zwischen Ende der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre herausgebildet haben. Aber auch Unterschiede im Erwerbsumfang, der (regionalen) Produktivität, Arbeitszeitpräferenzen oder Haushaltsstrukturen sind maßgebliche Faktoren für die veränderten Einkommensverhältnisse.

Die Verteilung der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen, das heißt, der Einkommen vor Steuern, Abgaben und öffentlichen Transferzahlungen, wozu beispielsweise die gesetzliche Rente gehört, zeigt sich seit 2005 nahezu unverändert und weist in den Jahren nach 2014 eher eine sinkende Tendenz auf – gegenüber den 1990er Jahren liegt das Ungleichheitsniveau allerdings höher. Ähnlich verhält es sich mit der Ungleichheit der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen, welche der beste verfügbare Indikator für die Konsummöglichkeiten und folglich für das materielle Wohlstandsniveau der Haushalte sind. Die Jahre zwischen 2015 und 2018 haben sich dabei als eine Periode eines besonders starken Einkommenswachstums für nahezu alle betrachteten Bevölkerungsgruppen erwiesen. Sie können als Phase des inklusiven Wachstums betrachtet werden – trotz besonderer Herausforderungen in den letzten Jahren. Dazu zählt neben der Integration einer großen Zahl von Geflüchteten nicht zuletzt die Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise. Optimistisch stimmt mit Blick auf die Bewältigung dieser und anderer Herausforderungen wie der ökologischen Transformation der deutschen Wirtschaft, dass sich Deutschland in den Jahren vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie in einer Situation wirtschaftlicher Stärke befunden hat und daher über die besten Voraussetzungen verfügt, die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und die Zukunft positiv zu gestalten.

Abstract

In light of the German federal elections, the *IW-Verteilungsreport 2021* examines whether the claim of a widening income gap between rich and poor, which is often made during election campaigns, stands up to the facts. In addition to the development of the primary distribution, the report looks in particular at the development of annual labour income since reunification. However, labour income is a necessary but not a sufficient measure of prosperity, since disposable income depends not only on household size and structure, but also on taxes, social security contributions, transfers, and other income. Therefore, in addition to labour income, market income and net household income are also considered. The main results can be summarized as follows:

- **In retrospect, the years before the outbreak of the Corona pandemic prove to be a period of inclusive growth, in which similarly high income growth rates can be observed along the entire income distribution.** In particular, after 2015, the wealth of broad segments of the population grew strongly. Overall, the relative distribution of incomes in Germany has already proved remarkably stable at a wide range of levels since 2005, varying only slightly in phases. For the period from 2005/06 to 2016, accompanying studies by Kleimann et al. (2020) in the context of the 6th *Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* show that the positive employment trend alone would have led to a reduction in inequality in disposable household incomes. However, other factors counteracted this effect, such as increased migration after 2010, so that relative income inequality as measured by the Gini coefficient remained almost unchanged overall despite the positive macroeconomic situation. In this regard, it is not possible to speak of steadily increasing relative income inequality, even if the level of inequality is higher today than in the 1990s.
- **The low-income rate (also known as the at-risk-of-poverty rate) and the relative income poverty rate have also remained at virtually unchanged levels of 16 percent and 10 percent, respectively, since 2015.** The increase compared with previous years is attributable to a wide variety of factors, such as increased migration after 2010, which not only led to a significant rise in the number of basic security benefits recipients, but also to an increase in the low-income rate and the income poverty rate. In contrast, the number of basic security benefits recipients without a migration background declined during the same period, although the absolute number of basic security benefits recipients in old age and in cases of reduced earning capacity increased (however, the recipient rate has been around 3 percent for years). However, success in integrating into society and the labour market is also evident among refugees after 2015, which is reflected in a decline in the total number of basic security benefits recipients.
- **The share of people with very high incomes has also remained virtually unchanged since 2005, persisting at a level of around 8 percent.** But here, too, there is a slightly higher level compared with the 1990s, due in particular to the difficult economic years between 1999 and 2005, with relatively high unemployment, underemployment and a high share of involuntary part-time work.

- **Labour income is still by far the most important source of household income and, adjusted for inflation, grew by an average of 12 percent between 1991 and 2018 - 76 percent in nominal terms.** Between 2015 and 2018 alone, real labour income grew by more than 5 percent. This period has also seen a slight convergence of average real labour incomes between East and West Germany again after a prolonged standstill. In 2018, the level was 81.0 percent, compared with 61.3 percent in 1991 and around 77.5 percent in 2015.
- **For the development of the average level of labour income, the increased part-time employment rate is shown to be an important driver.** The steady rise in the share of part-time employment has proved to be a major factor influencing the average decline in labour income at the lower end of the income scale, especially in the 2000s. Part-time employment is often found in lower-paid service industries such as hotels and restaurants. There are also large differences in labour income by educational level, with the share of low-skilled workers in all employees having declined overall as part of the educational expansion of recent decades. Nonetheless, average labour incomes for low-skilled individuals have tended to underperform and, in some periods, have even declined after adjusting for inflation.
- **At the same time, a steady decline in the share of households with positive interest and capital income can be observed over the entire period since reunification.** While the average level of income from interest and dividends has fallen, a steady increase in the share of households with positive income from renting and leasing can be observed. However, this share is still only around 12 percent of the population in 2018, while around 74 percent of households had positive interest and dividend income. In 1991, the figure was 87 percent.

All in all, the years prior to the outbreak of the Corona pandemic turn out to be a period of strong income growth for almost all population and income groups considered, especially after 2015. Accordingly, it can be described as a phase of inclusive growth. In addition to coping with the Corona pandemic and the ecological transformation of the German economy, one challenge for the future is to allow the low-skilled to (continue to) participate in the growth in prosperity and to avoid poverty in old age in the future.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Beitrag zum Lohn- und Einkommensteueraufkommen nach Verteilung des Gesamtbetrags der Einkünfte	6
Abbildung 2-1: Wachstum der Summe der Arbeitnehmerentgelte und Unternehmens- und Vermögenseinkommen und Bruttolohnquote	8
Abbildung 3-1: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen	10
Abbildung 3-2: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren (Median) realen Arbeitseinkommen	11
Abbildung 3-3: Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der durchschnittlichen und mittleren nominalen und realen jährlichen Arbeitseinkommen	14
Abbildung 3-4: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen nach Region	15
Abbildung 3-5: Quotient der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen zwischen Ost und West.....	16
Abbildung 3-6: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren realen Arbeitseinkommen nach Erwerbsumfang	17
Abbildung 3-7: Quotient der durchschnittlichen und mittleren realen Arbeitseinkommen aus Teil- und Vollzeit.....	18
Abbildung 3-8: Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen und Quote der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten an allen Teilzeitbeschäftigten	19
Abbildung 3-9: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Arbeitseinkommensdezilen	21
Abbildung 3-10: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Arbeitseinkommensdezilen – nur Vollzeit.....	22
Abbildung 3-11: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Dezilen der Arbeitseinkommen – nur Teilzeit	23
Abbildung 3-12: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren realen Arbeitseinkommen nach Migrationshintergrund.....	24
Abbildung 3-13: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen nach Bildungsniveau.....	26
Abbildung 3-14: Entwicklung der Ungleichheit der jährlichen realen Arbeitseinkommen nach Erwerbsumfang	27
Abbildung 3-15: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach Sektoren.....	29
Abbildung 3-16: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach Sektoren – nur Vollzeit	30
Abbildung 3-17: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach Sektoren – nur Teilzeit.....	31
Abbildung 3-18: Entwicklung der durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in der Haupttätigkeit nach ausgewählten Branchen – nur Vollzeit.....	32
Abbildung 4-1: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Arbeitseinkommen auf Haushaltsebene	33

Abbildung 4-2: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen Kapitaleinkommen der Haushalte	34
Abbildung 4-3: Durchschnittliche nominale und reale Haushaltseinkommen aus Zinsen und Dividenden sowie aus Vermietung und Verpachtung.....	35
Abbildung 4-4: Anteil der Haushalte mit positiven Einkünften aus Kapital und Arbeit	36
Abbildung 5-1: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren nominalen Haushaltsmarkteinkommen und Haushaltsnettoeinkommen – ohne Bedarfsgewichtung und geschätzte Mietvorteile	38
Abbildung 5-2: Entwicklung der durchschnittlichen und mittleren realen Haushaltsmarkteinkommen und Haushaltsnettoeinkommen – ohne Bedarfsgewichtung und geschätzte Mietvorteile	39
Abbildung 5-3: Entwicklung der durchschnittlichen nominalen und realen bedarfsgewichteten Haushaltsmarkteinkommen und Haushaltsnettoeinkommen	41
Abbildung 5-4: Entwicklung der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen nach ausgewählten Dezilen	42
Abbildung 5-5: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen nach ausgewählten Dezilen	43
Abbildung 5-6: Veränderung der sozio-ökonomischen Zusammensetzung ausgewählter Dezile zwischen 1995 und 2018 – Teil 1	44
Abbildung 5-7: Veränderung der sozio-ökonomischen Zusammensetzung ausgewählter Dezile zwischen 1995 und 2018 – Teil 2.....	45
Abbildung 5-8: Entwicklung der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der unteren 40 Prozent und der oberen 60 Prozent.....	47
Abbildung 5-9: Niedrigeinkommensquote, relative Einkommensarmutsquote, relative Einkommensreichumsquote und Mindestsicherungsquote	48
Abbildung 5-10: Entwicklung der relativen Ungleichheit der realen bedarfsgewichteten Haushaltsmarkteinkommen und Haushaltsnettoeinkommen	51

Literatur

Bach, Stefan / Beznoska, Martin / Steiner, Viktor, 2016, Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv, DIW Wochenbericht, Nr. 51, S. 1207–1216

Beznoska, Martin, 2020, Die Verteilung von Steuern, Sozialabgaben und Transfereinkommen der privaten Haushalte. Dokumentation zum Online-Tool „Wer den Staat finanziert“, IW-Report, Nr. 6, Köln

Beznoska, Martin / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie – eine Mikrosimulationsanalyse, IW-Report, Nr. 65, Köln

Beznoska, Martin / Hentze, Tobias, 2021, Die Steuerlastverteilung der Einkommensteuer und des Soli von 1998 bis 2021, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Köln

Brenke, Karl / Kritikos, Alexander S., 2017, Niedrige Stundenverdienste hinken bei der Lohnentwicklung nicht mehr hinterher, DIW Wochenbericht, Nr. 21, S. 407–416

Bruckmeier, Kerstin et al., 2020, Distributional Effects of Macroeconomic Shocks in Real-Time: A Novel Method Applied to the Covid-19 Crisis in Germany, CESifo Working Paper Series, Nr. 8748, München.

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2021, Migrationsmonitor, Monatszahlen, Juni, Nürnberg

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2021, 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Calderón, Mariano / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Wie verteilt sich der Wohlstand in Deutschland? Eine kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 3, S. 39–60

Destatis – Statistisches Bundesamt / WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung / BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), 2021, Datenreport 2021 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Destatis, 2021a, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung Vierteljahresergebnisse, 1. Vierteljahr 2021, Fachserie 18, Reihe 1.2, Wiesbaden

Destatis, 2021b, Qualität der Arbeit, Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigte, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/unfreiwillig-teilzeitbeschaeftigte.html> [12.07.2021]

Destatis, 2021c, Qualität der Arbeit, Wöchentliche Arbeitszeit, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/woechentliche-arbeitszeitl.html> [17.08.2021]

Frick, Joachim R. et al., 2006, Using Analysis of Gini (ANOGI) for Detecting Whether Two Sub-samples Represent the Same Universe: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) Experience, in: Sociological Methods Research, 34. Jg., Nr. 4, S. 427–468

Glemser, Axel / Huber, Simon / Rathje, Martin, 2020, SOEP-Core – 2019: Report of Survey Methodology and Fieldwork, SOEP Survey Papers, Nr. 900, Serie B, Berlin

Goebel, Jan et al., 2019, The German Socio-Economic Panel Study (SOEP), in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik / Journal of Economics and Statistics, 239. Jg., Nr. 2, S. 345–360

Grabka, Markus M., 2021, Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, in: DIW Wochenbericht, Nr. 18, S. 307–316

Grabka, Markus M., 2020, SOEP-Core v36 – Codebook for the \$PEQUIV File 1984-2019: CNEF Variables with Extended Income Information for the SOEP, SOEP Survey Papers, Nr. 922, Serie D, Berlin

Kleimann, Rolf et al., 2021, Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Bonn

Müller, Steffen, 2021, Der Ost-West Produktivitätsunterschied: Was sagt die mikroökonomische Forschung?, in: Wirtschaftsdienst, 101. Jg., Nr. 13, S. 21–25

Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020a, Steigende Einkommen, sinkende Sorgen – die Zeit vor Corona, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Heft 4, S. 237–241

Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020b, Ungleichheit(en), ein bekanntes Phänomen?, in: ifo Schnelldienst, 73. Jg., Nr. 2, S. 3–6

Niehues, Judith, 2017, Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut – Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 3, S. 117–13

OECD – Organization of Economic Co-operation and Development, 2015, In It Together: Why Less Inequality Benefits All, OECD Publishing, Paris

Piketty, Thomas, 2014, Das Kapital im 21. Jahrhundert, C.H.Beck, München

Rengers, Martina / Bringmann, Julia / Holst, Elke, 2017, Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche: Unterschiede zwischen Mikrozensus und SOEP, in: Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 4, S. 11–43

SAEBL – Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2021a, Sozialberichterstattung, Mindestsicherung, B.1.1 Mindestsicherungsquote, Bundesländer nach Geschlecht, [B 1.1 Mindestsicherungsquote | Statistikportal.de](#) [19.07.2021]

SAEBL, 2021b, Sozialberichterstattung, Mindestsicherung, B.1.3 Empfängerinnen und Empfänger nach Leistungssystemen, Bundesländer, [B 1.3 Empfängerinnen und Empfänger nach Leistungssystemen | Statistikportal.de](#) [19.07.2021]

SAEBL, 2021c, Sozialberichterstattung, Mindestsicherung, B.3 SGB XII - Grundsicherung im Alter, Bundesländer nach Geschlecht, [SGB XII | Statistikportal.de](#) [19.07.2021]

Sagner, Pekka / Stockhausen, Maximilian / Voigtländer, Michael, 2020, Wohnen – die neue soziale Frage?, IW-Analysen, Nr. 136, Köln

Schröder, Christoph / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2019, Analyse der Teilhabechancen und Ausgrenzungsrisiken in Deutschland, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM), Köln

Sinn, Hans-Werner, 2008, Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut, in: ifo-Schnelldienst, 61. Jg., Nr. 10, S. 14–16

SOEP – Sozio-oekonomisches Panel, 2021, Daten der Jahre 1984-2019 (SOEP-Core v36, EU-Edition), Version 36, DOI: 10.5684/soep.core.v36eu

Stockhausen, Maximilian / Calderón, Mariano, 2020, IW-Verteilungsreport 2020. Stabile Verhältnisse trotz gewachsener gesellschaftlicher Herausforderungen, IW-Report, Nr. 8, Köln

Stockhausen, Maximilian / Niehues, Judith, 2019, Vermögensverteilung: Bemerkenswerte Stabilität, IW-Kurzbericht, Nr. 81, Köln